

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Wochen-
 Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1505.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 6. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die F'otten-Denkchrift.

II.

Nicht minder gesucht ist in der Regierungs-Denkchrift die Berechnung des Anteils, den der Seehandel am Außenhandel hat. Genaue, zuverlässige statistische Aufnahmen darüber giebt es nicht. Die „Berliner Korrespondenz“ half sich deshalb vor einiger Zeit, als sie das Blockadegespenst wieder aus ihrem Argumentenkasten hervorholte, damit, daß sie kurzweg den Anteil des deutschen Seehandels an der Gesamt-Ein- und Ausfuhr auf zwei Drittel der letzteren einschätzte. Solche bloßen Schätzungen genügen jedoch für eine offizielle Denkchrift nicht und zudem läßt sich auch leicht, wenn man es nicht gar so ungeschickt anfängt, noch etwas mehr herausrechnen. Die Denkchrift-Bearbeiter stellen deshalb mit deutscher Gründlichkeit eine ellenlange Kalkulation zusammen. Sie teilen alle Länder, mit denen Deutschland Handel treibt, in vier Gruppen: 1. außereuropäische Länder, 2. europäische Länder ausschließlichen Seehandels, 3. europäische Länder überwiegenden Seehandels, 4. europäische Länder überwiegenden oder ausschließlichen Landhandels. Zu der letzten Gruppe rechnet die Denkchrift kurzerhand nur die Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Holland und Frankreich; alle übrigen Länder werden den ersten drei Gruppen beigezählt. Dann stellt die Denkchrift einfach den Wert des Handels, den wir mit der letzten Staatengruppe treiben, der Wertsumme unseres Gesamthandels mit den drei andern Gruppen gegenüber und findet so, unser Seehandel sei mit 70 Prozent an unserm auswärtigen Handel beteiligt. Ein recht niedliches Exempel; schade nur, daß es so ganz auf willkürlichen Suppositionen beruht! Je nachdem man ein Land der einen oder andern Gruppe zuteilt, verändert sich auch das Resultat. Rechnet man z. B. Rußland statt zur dritten, zur vierten Gruppe, sinkt sofort der Anteil des Seehandels am Gesamtaußenhandel auf ca. 58 Prozent. Warum aber soll Rußland nicht der vierten oder Holland nicht der dritten Gruppe beigezählt werden? Die ganze Berechnung ist doch im Grunde nichts weiter, als oberflächliche Schätzung.

Und was soll schließlich der Nachweis, daß der deutsche Handel einen günstigen Ausschlag nimmt; wird dadurch irgend etwas für die Berechtigung der jetzigen Flottenvorlage erwiesen? Daß eine große Schlachtflotte nicht ein notwendiges Requisite der Entwicklung von Handel und Industrie ist, beweist am besten der Umstand, daß Deutschland ohne solche Flotte seine Handelspositionen stetig vergrößert, indes der Außenhandel Englands und Frankreichs, trotz ihrer Flotten und ihrer Kolonialerwerbungen, stehen bleibt. Englands Specialhandel betrug beispielsweise im Durchschnitt der Jahre 1889/91 = 616,7, 1896/98 = 631,4 Millionen Pfd. Sterl.; Frankreichs Außenhandel im Durchschnitt 1889/91 = 8167, 1896/98 nur 7579 Millionen Franks. Und daselbe gilt vom Schiffsverkehr, von der Ausdehnung der Reedereibetriebe usw.

Selbstverständlich fehlt auch in der Denkchrift der Hinweis auf unsere lieblichen Kolonien nicht, einschließlich der um den Spottpreis von 17 Millionen Mark angekauften Karolinen. Sorgsam werden die Ausdehnungen dieser Gebiete in Quadratkilometern, die Einwohnerziffern, die Zahl der Pflanzungen, Handelsfirmen, Kaufläden, der Missionen — letztere ist zweifellos von größter Bedeutung für die Beurteilung der Flottenprojekte — registriert, nur eins fehlt: die Angabe der enormen Summen, die Deutschland für diese Kolonien bisher ausgegeben hat und noch alljährlich zu deren Verwaltungskosten beisteuern muß. Vielleicht erschien die Geldfrage den Ausarbeitern der Denkchrift als Nebenache, oder auch es dünkte ihnen nicht recht ratsam, der Tatsache, daß Deutschland am Handel nach und von seiner ostafrikanischen Besitzung nur mit etwas über 3 Millionen Mark beteiligt ist, die andre noch unangenehmere Tatsache hinzuzufügen, daß es diesen Handel mit über 6 Millionen Mark Verwaltungskosten bezahlen muß, also auf jede Mark des deutschen Handels 2 Mark Verwaltungskosten entfallen. Solche geschäftlichen Ergebnisse waren ihnen anscheinend selbst zu wenig geeignet, eine mehrfache Milliardenforderung zu begründen.

Desto ernsthafter bemüht sich die Denkchrift zu erweisen, daß der Wohlstand des deutschen Volkes zunimmt, speziell, daß der Aufschwung des deutschen Außenhandels in sehr erheblichem Umfang den breiten Massen zu gute gekommen ist (in der Denkchrift ebenfalls seit gedruckt.) Wahrscheinlich hat ihren Verfassern vorgegeschwebt, die Flottenvorlage fordere ja enorme Mittel, und folglich hätten sie auch die Verpflichtung nachzuweisen, daß die Mehrbelastung leistungsfähiger Schulkern trifft. Wie beweist nun die Denkchrift diesen Wohlstand der breiten Massen? Indem sie auf die Zunahme des Konsums verschiedener Nahrungs- und Genussmittel hinweist, z. B. des Bieres, Tabaks, des Roggens, der Kartoffeln u. s. w. Dabei verfährt sie wieder recht merkwürdig. Obgleich bewiesen werden soll, daß der in den letzten Jahren eingetretene Aufschwung des Außenhandels den „breiten Massen“ zu gute gekommen ist, läßt sie sich doch, abgesehen von den beiden Artikeln Baumwolle und Jute, nirgends darauf ein, eine solche Konsumsteigerung für die

letzten Jahre nachzuweisen. Vielmehr wird zu zeigen versucht, daß der heutige Konsum sich gegen den vor 10, 20 oder 25 Jahren gehoben hat, und zwar werden auch hier nicht, wie üblich, bestimmte Jahre oder Jahresfünftel nebeneinander gestellt, sondern für die verschiedenen Artikel, je nach Belieben, verschiedene Vergleichungsjahre gewählt. So werden beim Tabak die Jahre 1881/82, 1885/86 und 1895/98 miteinander verglichen, beim Roggen und Weizen die Jahre 1879/84, 1889/94 und 1894/98, bei gefalzenen Heringen, Kaffee und Thee die Jahre 1876/81, 1881/85, 1896/98 usw. Was eine derartige Konsumstatistik wert ist, bedarf keiner Erörterung.

Und noch eins fällt auf: die Nichtberücksichtigung des Fleischverbrauchs. Wenn irgend ein Konsum als Maßstab für die Lebenshaltung der untern Schichten gelten kann, dann unbedingt der Fleischkonsum. Doch wohlweislich schweigt sich darüber das offizielle Aktenstück aus und beweist lieber die Steigerung des Wohlstandes der Arbeiter an ihrem vermehrten Konsum von Kartoffeln, Petroleum und gefalzenen Heringen. Auch ein Vergleich mit dem Konsum anderer Länder fehlt. In den andern Kapiteln, wo sich irgend ein Vorzug Deutschlands gegenüber seinen Konkurrenten herausstellbar läßt, wird mit Vorliebe auf andre Staaten, besonders England, Bezug genommen. Hier fehlt der Vergleich vollkommen, obgleich doch gerade England eine sehr gute Verbrauchstatistik besitzt. Sollte es dem Marineamt unangenehm gewesen sein mitteilen zu müssen, daß in England der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung um etwa 100 Prozent höher steht als in Deutschland, der Zuckerkonsum um über 200 Prozent, der Roggen- und Weizenkonsum um über 40 Prozent, der Meiskonsum um ca. 50 Prozent?

So bietet die Denkchrift, trotzdem sie eigentlich weder für, noch gegen die Flottenvorlage spricht und sich als einseitiger statistischer Versuch darstellt, doch in dem, wie sie ihre Zahlen gruppiert und was sie verschweigt, manches Interessante zur Beurteilung der geistigen Qualitäten unserer Regierungskreise. Ungenügendes, wie sie geleistet hat, konnte sie nicht gut leisten. Fast möchte man Mitleid mit jenen Professoren empfinden, die im Kampf um die Schlachtflootten-Vermehrung unter diesem Banner streiten.

Aus England.

London, den 1. Februar.

Sie werden mich nicht absehen, um Dich auf den Thron zu bringen,“ soll Karl II. einmal im Streit seinem Bruder und Thronerben Jakob zugerufen haben. Gestern, am zweiten Tage der neuen Parlamentssession, hielt der Unterstaatssekretär des Kriegsministeriums, John Brodrick, dies Wort dem liberal-radikalen Abgeordneten, Sir Robert Reid, entgegen, der die Südafrika-Politik der Regierung scharfer angegriffen hatte als irgend einer seiner Kollegen auf den vorderen Bänken der Opposition. Reid, ein Jurist, der unter der liberalen Regierung Generalanwalt war, hatte unter anderem den Anspruch Englands auf die Oberhoheit über den Transvaalstaat für unberechtigt erklärt und gegen den Ausspruch Minister Valfours, die Regierung sei entschlossen, den Krieg solange fortzusetzen, bis Englands politische Vormacht absolut sichergestellt sei, Verwahrung eingelegt. Er hatte die Voeten verteidigt, den Jameson-Ueberrfall als schimpflich und verächtlich bezeichnet, und die Art, wie die parlamentarische Untersuchung — die berühmte Komödie der Nicht-Untersuchungskommission — über den letzteren geführt worden sei, als den größten Skandal und eine Schande für das Land hingestellt. Kein Wunder, daß die Rede die Regierungspartei in Harnisch brachte und der Regierungsvortrager in die größte Hipe geriet.

Aber recht hatte Mr. Brodrick trotzdem. Die Nation wird die jetzige Regierung nicht stützen, um eine liberale ausrunder zu bringen. Wenigstens nicht im gegenwärtigen Moment. Denn, wie Mr. Brodrick in der gleichen Rede sagte: die Regierung ist über das Fundamentprinzip ihres Strebens in Südafrika einig, wie steht es aber damit im liberalen Lager? Von den Liberalen ist eine Sektion fast noch kriegerischer gestimmt wie die Tories, eine andre schwankt — sitzt auf dem Zaune“, wie das Sprichwort sagt —, und der Rest zerfällt in Anhänger einer Politik des Rückgebens und Parteigänger des Mr. Brad und seiner Bewegung für Friedensschluß auf jeden Preis (Stop the war-movement). Die Liberalen sind kaum in der Regation — der Beurteilung der Chamberlain'schen Politik — einig, geschweige denn in Bezug auf ein positives Programm für Südafrika. Selbst Sir Robert Reid sagte nur, was er nicht wollte. Das aber widerspricht der von Mr. Campbell-Bannerman, dem Parteiführer, vorgestern auf Preston Valfours abgegebenen Erklärung, daß „wir alle darüber einig sind, daß das britische Reich die höchste Behörde in Südafrika zu sein hat“.

Man sieht, auf welche Zerfahrenheit im liberalen Lager man bei genauerer Untersuchung kößt. Ganz einig ist so keine der politischen Parteien und Gruppen Englands hinsichtlich des Kriegs. Es giebt auf der äußersten Rechten einige Gegner des Kriegs und selbst auf der alleräußersten Linken, unter den Socialisten, einige Verleibiger desselben. Man denke sich einen jägrigen Strich von rechts nach links durch die Parteilager gezogen, der jedesmal am äußersten Ende kleine Nests läßt, denke sich die rechten Felder am stärksten und die linken am schwächsten besetzt, und man hat ungefähr ein Bild der gegenwärtigen Gruppierung. In den Mittelfeldern ist die Einigkeit am bedeutendsten untergraben, da ist es, wie die Konservativen gern höhnen, heute Campbell und morgen Bannerman. Kein Mensch kann mit Bestimmtheit sagen, ob im entscheidenden Moment die Politik Rosebery oder die Politik Harcourt-Morley durchbringen würde.

Unter diesen Umständen hat die sogenannte Abredebatte für die brennende Frage des Moments wenig Realität. Ein radikaler Liberaler, Lord Symond, hat das übliche Nichttrauensvotum eingebracht — es bedauert die mangelnde Voraussicht und Umsicht der Regierung bei den Verhandlungen mit dem Transvaal — aber seine

Annahme würde niemand weniger gelegen kommen wie den Liberalen, die alsdann die Regierung zu übernehmen hätten. Indes ist darauf gar nicht zu denken, zumal die Irländer, die gerade jetzt ihre lang ersehnte Einigung vollzogen haben, gegen das Amendement stimmen werden, weil es die Fortführung des Kriegs billigt. Sie haben ein eigenes Amendement eingebracht, das sich gegen diese ausspricht, und der radikale Standhope hat einen Antrag gestellt, der eine Untersuchung des Verhaltens des Kolonialministeriums in der Transvaalfrage und Wiederaufnahme der Untersuchung über den Jameson-Handel als letztes Mittel der Anbahnung einer Versöhnung mit dem Transvaal verlangt. Auf Annahme hat keiner dieser Anträge Aussicht.

Die Meinung der Bevölkerung nach dem ernten und mit so schweren Opfern erkaufte Rückschlag von Spion Kop läßt sich schwer beurteilen. Das vorherrschende Gefühl ist Verdruß. Daneben hat sich eine gehörige Portion Zorn angestammelt, der aber keinen rechten Ausweg, kein Ziel finden kann. Die einen schimpfen auf die Generale, die andern auf die Kriegsverwaltung, die dritten auf Chamberlain, wieder andere auf Salisbury, aber ein konzentrierter Angriffspunkt fehlt. Inzwischen behält die Parole: „wir müssen es durchkämpfen“, vorläufig noch ihre alte Kraft. Das heißt, sie behauptet sich, weil keiner gern als Zurückweichender erscheinen will. Indes merkt man es doch an vielen Zeichen, daß die Sache großen Kreislauf anfängt, etwas zu kippeln zu werden. Kommt nicht bald irgend ein Erfolg, so ist ein Umschwung in der Stimmung der kleinen Geschäftsleute u. s. w. nicht ausgeschlossen.

Die Einigung der Irländer ist für den Augenblick — bei der derzeitigen Verteilung der Parteien im Parlament — von keiner besonderen Bedeutung. Galt sie aber Stand, so kann sie auf die Entwicklung der englischen Politik in den nächsten Jahren von großem Einfluß sein, denn dann wird Somerville wieder auf die Tagesordnung gesetzt, das nur deshalb von ihr verschwand, weil viele Liberale so lange nichts von ihm wissen wollten, als keine geehrte irische Partei da war, mit der darüber bestimmte Abmachung getroffen werden konnte. Eine Anzahl liberaler Blätter sprechen sich sehr befriedigt über die Einigung aus und lassen deutlich ihren Wunsch durchblicken, mit den irischen Nationalisten zur Verständigung zu kommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Februar.

Flotte und Handelsverträge.

Unter allen haltlosen Argumenten, die seit der Kaiserrede vom 18. Oktober 1899 für die Notwendigkeit der Flottenverdoppelung angeführt werden, ist das vom Schutz des Handels das thörichteste. Der Export wird durch Handelsverträge gefördert, nicht durch Rüstungswaffen, das ist eine selbstverständliche Wahrheit, die nur die Unzurechnungsfähigkeit oder das Geschäftsinteresse bestreiten kann. Das Sinnlose dieses Arguments erhält aber dadurch noch eine Steigerung, daß man heute eine Flotte zum Schutz des Handels bauen will, der in wenigen Jahren durch die sicher agrarisch gefärbte Handelspolitik gehemmt werden wird. Wir sollen sechs Milliarden für den Schutz des Handels ausgeben, über den wir dann die agrarische Blockade verhängen.

Hätte das liberale Bürgertum eine Spur von taktischem Gesdick, so würde es mit seiner Zustimmung zur Flottenvorlage wenigstens so lange warten, bis die Handelsverträge unter Dach und Fach sind, damit man sehen könne, ob alsdann überhaupt noch ein Handel da ist, der zu schützen sei. Die politischen Lehren, die das Junkertum im Kanalhandel gegeben, sind bei den Liberalen fruchtlos geblieben. Die Konservativen hatten gegen den Kanal an sich kaum etwas einzunwenden, aber sie sahen in ihm ein geeignetes Kompensationsobjekt, um agrarisch günstige Handelsverträge einzutauschen. Vergebens wiesen sämtliche Autoritäten darauf hin, daß der Mittelkanal schon aus Gründen der Wehrhaftigkeit des Vaterlandes unverzüglich gebaut werden müsse. Die Junker lachten über die Autoritäten. Die Wehrhaftigkeit hat Zeit — erst die Handelsverträge, dann den Kanal. Und die Junker siegten mit dieser Taktik.

Ganz anders die braven Liberalen. Sie bewilligen erst die Flotte zum Schutz des Handels, und werden sich dann vergebens gegen eine Handelspolitik aufbäumen, die nicht durch die Rücksicht auf die exportierende Industrie, sondern durch das entgegengegesetzte agrarische Interesse diktiert ist. Kein Liberaler wird sich erheben und zu den verbündeten Regierungen etwa wie folgt sprechen:

„Mit großer Freude haben wir gehört, wie sehr den verbündeten Regierungen die Interessen der exportierenden Industrie am Herzen liegen. Die Verdoppelung der Flotte wird im wesentlichen mit unsren gestiegenen Handelsinteressen begründet. Gewiß, eine Flotte ist gut, aber Handelsverträge sind besser. Alles was wir durch eine Vermehrung der Kriegsmarine etwa gewinnen könnten, würde durch eine agrarische Handelspolitik wieder geröstet werden. Daraus ergibt sich, daß wir zunächst über die Handelsverträge uns schlüssig werden müssen; erst dann werden wir übersehen können, wie groß unsere überseeischen Handelsinteressen sein werden und wie groß danach unsere Flotte sein muß, die jene Interessen zu schützen hat. Wenn die jetzige Vorlage die Notwendigkeit der Verdoppelung der Kriegsmarine aus der Zunahme unsres Handels ableitet, wenn sie also einen engen Zusammenhang zwischen der Zahl der Kriegsschiffe und der Ziffer des Handelsverkehrs annimmt, so folgt daraus, daß wir erst dann wissen können, wie viel Schiffe wir haben müssen, sobald feststeht, welche Entwicklung durch die neuen Handelsverträge veranlaßt werden wird. Wir sind aus diesem Grunde nicht in der Lage, im gegenwärtigen Augenblick einem Entwurf zustimmen zu können, deren Vorbedingung nicht erfüllt ist: industriefreundliche Handelspolitik. Vertagen wir somit ein-

weisen den Plan. Das kann ohne Gefahr geschehen, wie ja gerade in den besten Jahren unser Handel trotz unserer unzulänglichen Flotte erfreulich empor geblüht ist. Außerdem ist das Flottengesetz von 1898 noch in Kraft. Man warte bis zu seinem Ablauf. Alsdann werden wir die Frage im Zusammenhang mit den Handelsverträgen ernst und gewissenhaft prüfen können."

So ungefähr würde ein Liberaler sprechen, wenn unser liberales Bürgertum jemals gelernt hätte, Politik zu treiben — nach dem erfolgreichen Vorbild des Junkertums. —

Die Lage der Bergarbeiter im Abgeordnetenhaus.

Wie notwendig die endliche Erfüllung unserer Forderung auf Erlass eines Reichsberggesetzes ist, dafür liefert einen neuen Beweis die Debatte, die sich das Abgeordnetenhaus am Montag leistete. Es wurde die zweite Beratung des Etats der Bergverwaltung fortgesetzt und bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Verhütung der Unfälle im Bergwerksbetriebe erörtert oder besser gesagt, gestreift. Denn eine Erörterung ist das, was in dem Bourgeois-Parlament zu Tage gefördert wurde, schwerlich zu nennen.

Auch im vorigen Jahre haben sich die Herren über dasselbe Thema unterhalten. Damals aber haben sie unter dem frischen Eindruck der erschütternden Unfälle nicht gewagt, ihre arbeiterfeindliche Gesinnung zu offenbaren. Sie heuchelten Arbeiterfreundlichkeit und gestanden ein, daß vieles in der Bergverwaltung recht faul sei. Heute war es anders, heute predigten sie wieder den einseitigen Unternehmerstandpunkt, ließen sie wieder einmal ihr wahres Herz erkennen, das nur für den Profit schlägt. Wehe dem, der es wagt, ihnen den Profit zu schmälern dadurch, daß er für Arbeiterforderungen eine Lanze bricht! Wie ein Mann stehen die Grubenbarone, Bergwerksdirektoren, Regierung und all' die andern Arbeiterfeinde zusammen, um ihren Zorn auszulassen an dem Missethäter, der den Versuch macht, die Ruhe des Dreiklassen-Parlamentes durch das Hineinziehen von Arbeiterfragen in die Debatte zu stören.

Das mußte heute der Abg. Dasbach (C.) erfahren, der unter Hinweis auf den Prozeß gegen die Verwaltung der Zeche „Unser Friede“ die skandalösen Zustände schilderte, die auf manchen Gruben herrschen, und scharfe Kritik übte an den äußerst milden Bestrafungen von Unternehmern, die unter Nichtbeachtung der Arbeiterschutzvorschriften mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter ihr Spiel treiben. Nur durch die Hinzuziehung von Arbeiter-Delegierten könne dem jetzigen Zustand ein Ende gemacht werden.

Diese Rede erreichte den Zorn der gesamten Rechten mit Einschluß der Nationalliberalen. Allen voran fühlte sich der Bergwerksdirektor Dr. Schulz-Bodum (natl.) verpflichtet, den Abg. Dasbach herunterzukanzeln. Er warf ihm vor, daß es mit dem Feuer spielen heiße, wenn man angesichts des Streiks in unserm Nachbarlande und angesichts der Bewegung im Ruhrrevier in dieser Weise aufträte. Ja, er brachte es sogar fertig, die Uebertretungen der Arbeiterschutz-Vorschriften zu beschönigen und die „ehrenwerten“ Beamten der Zeche „Dorussia“ in Schutz zu nehmen.

Nicht ganz so scharf war naturgemäß die Erwiderung des Ministers Bressfeld, der nicht leugnen konnte, daß zu Zeiten eines fieberhaften Betriebes die bergpolizeilichen Vorschriften häufiger übertreten würden. Aber anstatt endlich einmal positive Vorschläge für die Verhütung von Unfällen zu machen, schlug Herr Bressfeld die bekannte Taktik aller preussischen Minister in Fragen des Arbeiterschutzes ein: er machte einige schöne Nebensarten, die zu nichts verpflichten, und die im wesentlichen darauf hinauslaufen, man müßte vorläufig weitere Erfahrungen sammeln. Das thut die Regierung nun nachgerade lange genug, sie erwägt und erwägt, kommt aber aus dem Erwägen nicht heraus. Andre Länder, England, Belgien und Frankreich haben uns längst überholt, dort sind längst Arbeiterdelegierte ange stellt, aber in Preußen will man erst sehen, wie sich jene Institution im Ausland bewährt. Inzwischen können noch Tausende von Bergarbeitern infolge der Vernachlässigung der selbstverständlichen Kulturaufgaben durch die Regierung ihr Leben einbüßen. Was thut's? Die Grubenbarone wollen nun einmal vom Arbeiterschutz nichts wissen, und die Regierung, die vor dem Kapitalismus zu Kreuz gekrochen ist, muß ihnen zu Willen sein.

Wie der Minister Bressfeld, so erklärten sich auch die Abgg. Ihmer (fl.), Schmieding (natl.), v. Vogelberg (kons.) und natürlich auch der bekannte Scharfmacher Felisch (kons.) gegen die Hinzuziehung von Arbeiterdelegierten. Allgemein befürchteten die Herren davon ein Hineintragen sozialdemokratischer Agitation unter die Bergleute. Wie kurzschichtig! Als ob nicht das arbeiterfeindliche Verhalten dieser „Volksvertreter“ der Sozialdemokratie weit mehr Anhänger zuführte, als irgend ein andres Agitationsmittel.

Bemerkenswert war es, daß kein einziger seiner Parteifreunde dem Abg. Dasbach zu Hilfe kam, selbst nicht der Socialpolitiker des Centrum, Herr Hise. Unterstützung fand Abg. Dasbach nur bei dem Freisinnigen Dr. Max Hirsch, der jedoch, anstatt energisch für die Forderungen der Bergarbeiter einzutreten und das Gebahren der Grubenbarone beim richtigen Wort zu nennen, sich wieder einmal in der Rolle eines Harmonie-Apostels giefel. Wenn Dr. Hirsch auch durch die heutige Debatte nicht davon bekehrt ist, daß die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern unüberbrückbare sind, dann ist ihm freilich nicht zu helfen.

Dienstag soll die Beratung des Vergelats zu Ende geführt werden, außerdem steht die zweite Lesung des Etats der Handels- und Gewerbe-Verwaltung auf der Tagesordnung. —

Deutsches Reich.

Gegen die Weltpolitik

richtet die „Kreuz-Zeitung“ abermals einen nur leicht modifizierten Angriff. Sie parodiert die famosen Statistiker der Flottenvorlage, indem sie schreibt:

„Die englische Statistiker, die besonders gern mit großen Zahlen umspringen, mitteilen, hat „Groß-London“ gegenwärtig 6 500 000 Einwohner und diese Zahl steigt im Jahr durchschnittlich um 80 000. Gleichzeitig erfahren wir aber auch, daß sich unter dieser riesigen Masse nicht weniger als 220 000, der Polizei als solche bekannte, Wohnungseigentümer befinden und daß unter 100 Wobnoren 31 überhaupt kein gesichertes Dasein besitzen, d. h. im eigentlichen Sinn des Wortes genötigt sind, aus der Hand in den Mund zu leben, sich hinsichtlich ihres äußeren Fortkommens dem Zufall zu überlassen.“

Das ist eine Stichelei gegen die reichsdeutschen Statistiker, die gern mit großen Zahlen umspringen und vom

riesigen Bevölkerungszuwachs schwärmen. Was gemeint ist, zeigt auch die Anwendung des Wortes, die es daraus zieht, daß ein Drittel der englischen städtischen Massen kein gesichertes Dasein haben:

„Das fällt uns so schwer ins Gewicht, als bei den auf die Ausfuhr berechneten Gewerbe- und Handelsverhältnissen des Landes deren augenblicklicher Stand auch für einen sehr großen Teil der „sicherer“ gestellten Bevölkerung maßgebend ist, mit anderen Worten: diese „sichere“ Stellung ist vielfach bloßer Schein, und kann sich in jedem Augenblick in ihr Gegenteil verwandeln. Bei dem Ausbruch eines Weltkrieges z. B. würde dies, selbst wenn Englands Riffen, dank der Ueberlegenheit seiner Seestreitkräfte, unnahbar blieben und die Lebensmittelzufuhr nicht unterbrochen würde, inhaltlich fast unmittelbar geschehen, d. h. es würde ein Notstand ausbrechen, dessen Wirkung mit ein rascher Friedensschluß sein könnte. Schon jetzt, wo ein solcher Notstand wegen des vergleichsweise nicht sehr bedeutenden Einflusses der südafrikanischen Bewiddlungen auf den englischen Gesamtverkehr nicht besteht, zeigt sich die Opferwilligkeit der Nation in keinem sehr glänzenden Licht. Wie also würde es werden, wenn infolge gestörter Geschäftsbeziehungen im großen Stil Hunderttausende, ja vielleicht Millionen von Arbeitern, Gewerbetreibenden und Angestellten ihren Unterhalt verlieren? Der großstädtisch angefaltete „Industriestaat“ ist nur so lange stark, als sich alles in normalen Bahnen bewegt. Auf das Außerordentliche ist er in keinem Fall vorbereitet.“

Die „Kreuz-Zeitung“ spricht von England und meint das Deutsche Reich. Im Gegensatz zu den Flottenphantasten legt sie gar keinen Wert auf den Schuß der Lebensmittelfuhr. Das würde die Katastrophe doch nicht hindern, in die ein Industriestaat durch einen Weltkrieg gestürzt würde.

Welche Feigheit, daß die Agrarier trotzdem für die Flottenvorlage eintreten! —

Gerüchte. Ein Parlamentsberichtersteller teilt mit: Aus Regierungskreisen verlautet, daß die Kanalvorlage Ende dieses Monats, spätestens Anfang März dem Abgeordnetenhaus zugehen soll. Die Verzögerung ist vornehmlich durch Herrn v. Miquel's Krankheit herbeigeführt, wegen deren wiederholt Konferenzen der „Kanalminister“ — v. Miquel, v. Tschirn, Bressfeld, Freiherrn v. Hammerstein — unterbleiben mußten. Auch der Staatsminister für die Angelegenheiten der Kanalvorlage Herr v. Miquel nicht betheiligen.

In parlamentarischen Kreisen wurde mit großer Bestimmtheit eine angelegte Aeußerung des Herrn v. Miquel erzählt, wonach er nach Erledigung der Kanalvorlage beabsichtigt, sich in das Privatleben zurückzuziehen und in Frankfurt a. M. Wohnung zu nehmen, wo der Minister vor einiger Zeit ein Gartengrundstück erworben und das Haus nach seinen Wünschen hat umbauen lassen.

Ein Montagablat deutet an, daß Herr Tixier nicht mehr in die Lage kommen werde, im Reichstag seine Aeußerungen über das Flottengesetz von 1898 zu hören.

Wir würden alle diese Sachverhalte mit Jostung entgegen. — **Zwei heutige Flotten-Telegramme.** Aus Darmstadt wird gemeldet: Der Großherzog hat dem Kaiser die vollzogene Eröffnung der Marine-Ausstellung angezeigt und den Wunsch hinzugefügt, die Ausstellung möge das Interesse für die maritimen Aufgaben Deutschlands in weite Kreise der Bevölkerung tragen und das Verständnis fördern für die auf Kräftigung der Wehr zur See gerichteten Bestrebungen des Kaisers. Auf diese Anzeige ist folgende Antwort des Kaisers eingegangen:

„Meinen Dank für Dein der Marine-Ausstellung in Deiner Residenz betätigtes Interesse! Die weitblickende Sinnlichkeit, mit welcher Deutschlands Fürsten meine auf Kräftigung unserer Wehr zur See gerichteten Bestrebungen teilen, hat den gefunden Sinn des Volkes für das, was seiner Wohlfahrt nicht, auch für Deutschlands maritime Aufgaben geschäft. Die von Dir eröffnete Ausstellung ist ein wesentliches Mittel zur Förderung solcher Verstandnisse.“

Kerner hat der Kaiser, wie aus Weimar gemeldet wird, auf die Mitteilung des Großherzogs, daß sich unter dem Protektorat des Großherzogs ein Flottenverein für das Großherzogtum gebildet habe, folgendes Telegramm an den Großherzog geschickt:

„Es ist für mich eine große Freude, am Abend des heutigen Tages dich zu erfahren, wie auch bei Deinen Landeskindern das Verständnis für die heutigen großen Aufgaben des deutschen Volks sich kund thut durch die Gründung eines „Flottenvereins“, und daß es Dein Enkel, der Großherzog ist, der sich an die Spitze dieses patriotischen Unternehmens gestellt hat. Von ganzem Herzen danke ich Dir für diese Mitteilung.“

Schuldenerhöhung für den Kaiser. Wie die „Berl. Börsen-Zeitung“ erfährt, wird beabsichtigt, die Civilliste für den König von Preußen durch einen Reichszuschuß aufzubessern. Das Gehalt beträgt zur Zeit fast 16 Millionen jährlich, wozu die Einnahmen aus dem Landbesitz kommen. —

Konervative Steuerwünsche. Die „Kreuz-Zeitung“ sagt nun auch ihre Meinung, wie sie sich die Aufbringung der Flotten-Milliarden denkt!

„Daß dieser Weg (nämlich Aufnahme größerer Anleihen) seine Bedenken hat, läßt sich freilich nicht leugnen. Dasselbe gilt aber auch von allen andern Vorschlägen, die bisher gemacht worden sind, wie Erhöhung der Patrimonial-Beiträge, Reichs-Erbischaftsteuer usw. Obwohl sich nun aber alle Welt gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von indirekten Abgaben verwahrt, müssen wir doch zugeben, daß es Massenartikel giebt, die eine gewisse Mehrbelastung sehr wohl zu ertragen vermöchten, ohne die „schwachen Schultern“ in fühlbarer Weise zu drücken. In erster Reihe gehört hierher der Wein und das Bier, und unter gewissen Voraussetzungen wäre ohne Zweifel auch der Tabak zu nennen. Davon wollen die Mehrheitsparteien, vom Centrum bis zur Socialdemokratie, freilich nichts wissen, und wir sind weit entfernt, in diesem Sinne auf einen günstigen Umschwung zu rechnen.“

Die Regierungsbegründung zur Flottenvorlage hätte sich sorgfältig, neue Verbrauchssteuern anzulassen. Die Regierung muß den Schein zu erwecken, als ob neue Steuern überhaupt nicht nötig werden durch die Bewilligung der Marinevermehrungen. Wenn das konservative Hauptorgan dieses Spiel nicht mitmacht, sondern die Unvermeidlichkeit vermehrter Besteuerung von Bier und Tabak ausspricht, so scheint es fast, als sei es bemüht, die Aussichten der Vorlage, die ihm ja bekanntlich gar nicht mehr behagt, zu verfinstern. —

Der Trinkspruch des Erzbischofs. Die „Adm. Volkszeitung“ stellt Betrachtungen darüber an, daß die gefällige Lesart der Kaiserrede des Erzbischofs von Köln überall Glauben gefunden habe. Der Erzbischof sollte zum Glück Wilhelm II., wie die „Mhein. Westf. Zig.“ behauptete, für die Flotte gepredigt und betont haben, daß es „Pflicht“ sei, dem Wahnwitz des Kaisers zu entsprechen.

Jetzt schreibt das rheinische Centrumblatt:

„Welchen Grad muß auf der einen Seite der Byzantinismus selbst, auf der andern Seite die Voraussetzung der Verbreitung byzantinischer Gesinnung erreicht haben, wenn die einen einen Trinkspruch, der solche Theorien ausspricht, ohne jeden Vorbehalt mit Jubel begrüßen, die andern ohne weiteres die Gehör annehmen? Das eine wie das andre ist ein erschreckendes Zeichen, welche Fortschritte der Gedanke des schrankenlosen Absolutismus und Imperialismus bereits in Deutschland gemacht hat. Was immer der Kaiser will, das muß geschehen — das ist die politische Weisheit, welche die einen dem Redner „hoch anerkennen“, während die andern die Proklamation eines solchen Satzes nicht im mindesten auffallend finden. Was ist gegen diese bedingungslose „Zübereifheit“ des Kaisers in allen die Volksseele bewegenden Fragen“ die lehrsamliche Unfehlbarkeit des hl. Stuhles?“

Das byzantinische Unfehlbarkeitsdogma ist in der That gefährlicher und bosartiger als das päpstliche. —

Der fällige Wechsel. Die katholische „Germania“ fordert wieder einmal, wie neuerdings vor jeder größeren Vorlage, die Aufhebung des Jesuitengesetzes:

„Durch ein gegenseitiges Entgegenkommen sind bisher größere Konflikte im inneren politischen Leben vermieden worden. Die Parole „kein Entgegenkommen“ bedeutet aber den ersten Konflikt. Wollen die Verantwortlichen Leiter der Reichsregierung auch die Verantwortung für diese Parole in dem gegenwärtigen Augenblick übernehmen, wo sie mehr als je zuvor auf ein „Entgegenkommen“ seitens des andern Faktors der Gesetzgebung angewiesen sind?“

Die Entscheldung drängt. Der Bundesrat trägt in dieser Beziehung die alleinige Verantwortlichkeit gegenüber den Beschlüssen des Reichstags. Wir haben ein Recht darauf, die Beschlüsse des Bundesrats lernen zu lernen, bevor derselbe abermals ein Entgegenkommen des Reichstags in Anspruch nimmt, während er seinerseits ein Entgegenkommen dem Reichstage gegenüber ablehnt. Nun hat der Bundesrat das Wort!

Wozu das tapfere Possenspiel! Hinter den großen Drohworten steht ja doch nur der Ruf nach zur Kapitulation vor dem Seegepenst. —

Die Sittlichkeitsinsinua. Die Polizei fährt fort, Kunstwerke auf ihren Gehalt an Sittlichkeit zu prüfen. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet: In dem Schaustafel der Kunsthandlung von G. W. Nothlich, Hoflieferanten des Kaisers, Edeleipzigerstraße und Charlottenstraße, waren unlängst unter anderen Dingen aufgestellt Botticellis Venus und die gefesselte Andromache von Rubens (deren Originale in der Berliner königlichen Gemälde-Galerie hängen), sowie Susanne im Bade (Münchener Alte Pinakothek). An einem Donnerstag erschien nun bei der Firma ein Polizist, bezeichnete die drei Bilder als anstößig und verlangte ihre Entfernung aus dem Schaustafel.

Internationale Unternehmersolidarität. Der Verein zur Wahrung industrieller und gewerblicher Interessen für Reichensberg und Umgegend (Söhmen) hat sich beschwerdeführend an den „Centralverband deutscher Industrieller“ gewandt, daß deutsche Unternehmer bei den jüngsten Streiks der Textilarbeiter Nordböhmens die Gesetzmäßigkeit beugt haben, um die Streikenden teils durch Anzeigen in dortigen Blättern, teils durch Agenten für sich angeworben haben. Die böhmischen Textilarbeiter sehen darin eine Unterföhrung der Streikenden. Im Kampf gegen die Uebergriffe der Arbeiter“ (die nichts als geschäftliche Arbeitszeit und ein paar Pfennige Lohnzulage forderten) sollte sich die gesamte Industrie, auch wenn sie verschiedenen Ländern angehört, solidarisch erachten.“

Die Zeitung des Centralverbandes fordert deshalb alle dem Verbande angehörenden Textilindustriellen auf, in Zukunft bei Streiks in Oesterreich keine streikenden Arbeiter mehr aufzunehmen oder anzunehmen.

Diese Praxis der Unternehmer ist nicht mehr neu: in dem Nierenkämpfe der dänischen Arbeiter wurde sie bereits angewendet. Den Arbeitern zur Lehre teilen wir aber auch diesen Fall mit. —

„Schwerkste Strafe.“ Eine überaus harte Strafe hat vor einigen Tagen das Amtsgericht in Jhehose über einen Angeklagten verhängt, der sich während des Streiks der Lederarbeiter in Wliffen zu einer Thätigkeit gegen einen „Arbeitswilligen“ hinreichend ließ. Der Fall wird wie folgt geschildert:

Der Arbeiter H. Tiedemann passierte eines Tages die Rummelstraße, wo ihm Arbeitswillige begegneten. Er will von denselben bedrängt worden sein und versetzte einem einen Stoß, so daß derselbe in den Graben fiel. Verletzt oder mißhandelt wurde der Arbeitswillige nicht. Weiter hat T. in einem Tanzlokal, in dem die Arbeitswilligen ständlierten, einem derselben einen Faustschlag auf den Kopf versetzt. T. hat zwei Jahre Gefängnis erhalten und ist sofort in Haft genommen worden.

Der Fall erinnert in der Härte der Beurteilung an das Vöbtauer Urteil. Es wird niemand das Verhalten des Angeklagten billigen, aber vergebenes sucht man ein Beispiel, wo weit schlimmere Missetheuen aus gebildeten Kreisen mit gleicher Härte bestraft wurden. Man denke nur an den in der letzten Sonntagnummer erwähnten Fall des Jemenser Studenten, der einen Handwerker aufs schwerste körperlich mißhandelt und verletzt hatte, und dennoch nur zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Hier aber geht auf 2 Jahre die Familie, die aus Frau und 4 Kindern besteht, ihres Ernährers beraubt, weil sein Vorgehen unglücklichweise mit einem Streik in Zusammenhang gebracht werden konnte. Wäre dieser Umstand, der für eine socialpolitisch aufgearbeitete Rechtsprechung ein mildernder Umstand sein müßte, nicht vorhanden gewesen, wer weiß, ob es auch nur zu einem Straf Antrag gekommen wäre.

Zwei weitere Angeklagte, die demselben Gericht zur Aburteilung überwiesen waren, erhielten der eine 4 Monate Gefängnis, der andre 14 Tage Gefängnis. Beide hatten „Arbeitswillige“ „beleidigt“ und „belästigt“. —

Des Schweiges des Edlen wert. Die „Kreuz-Zeitung“ berichtet:

Graf Lindowström, Mitglied des Reichstags, welcher sich seit etwa 8 Wochen zur Heilung eines Gliedleids in Aachen aufhält, ist neuerdings von einem heftigen Gliedleiden betroffen, welcher ihn aus Zimmer fesselt. Trotzdem gebaukt Graf Lindowström sich bestimmt an der Mitte Februar beginnenden zweiten Lesung der Fleischhau-Kommission wieder zu betheiligen.

Um der Reichshaus willen überwindet ein pflichttreuer Agrarier selbst die Pein der Podagra. —

Die Sehnsucht nach der Socialdemokratie. Die Freisinnigen und National-Socialen möchten gar zu gern in ihrem Wasserwahn Socialdemokraten als Gefährten haben. So fess, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, ein Redacteur unseres Breslauer Partei-Organs geäußert haben:

„Würde der früher einmal verworfene Antrag Bebel's jetzt vom Reichstage angenommen, daß eine Verlichung der Flotte nur von den hohen Einkommen über 6000 M. getragen werden sollte, dann würde allerdings die socialistische Partei gegen eine Flottenvermehrung nicht viel einzuwenden haben.“

Demgegenüber erklärt Genosse Alß, der gemeint war, daß seine Aeußerung völlig enttellt worden sei: er steht auf dem principielle ablehnenden Standpunkt der Gesamtpartei. —

Socialistenbelämpfung in Opreußen. Aus Königsberg wird uns geschrieben: Wahres Entsetzen tief es Ende 1898 bei unsrem Geiznen hervor, als unser Königsberger Genossen einen vorzüglich reichhaltigen Agitationskalendar in 50 000 Exemplaren auf dem Lande verbreiteten. Andererseits war die Freude der Landarbeiter eine außerordentlich hohe über die Gabe. Sofort wurden Polizei und Gerichte gegen den gefährlichen Kalendar aufgebildet. Aus vielen Hunderten von Hütten wurden die Kalender von Genarmen und sonstigen Beamten herausgeholt, nachdem das Justizbürger Gericht die Beschlagnahme ausgeprochen hatte. Lange, lange Zeit verging, dem Verleger, Genossen Natant, ging aber keine Antogezu. Es ist noch in aller Gedächtnis, wie Graf Lindowström im Herrenhause über den Kalender herfiel und beweglich sagte, daß keine Polizei und kein Staatsanwalt da war, als das Schriftchen verbreitet wurde. Ob die Lindowströmische Rede dazu beigetragen, kann man nicht wissen, jedenfalls erhielt Natant die Antogezu und wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Nur dadurch gelangte das Gericht zu einer Verurteilung, daß es annahm, mit der Bezeichnung „ein Pfarrer“ seien alle ostpreussischen evangelischen Geistlichen gemeint. Die Beschlagnahme der Kalender wurde nicht ausgeprochen.

Kun fühlten sich Graf Altdorff und noch ein paar ostpreussische Großgrundbesitzer durch Säge beleidigt, in denen von „großen Herren“ und „Rittergutsbesitzern“ ganz allgemein gesprochen war. Das Königsberger Gericht erachtete auch wirklich eine Beleidigung der Herren für vorliegend, verfügte die Beschlagnahme der Kalender, sprach aber Akkusat frei, weil er nicht wegen einer Sache zweimal bestraft werden könne. Dieses Urteil ist vom Reichsgericht aufgehoben, weil nach Ansicht des obersten Gerichtshofs in diesem Falle eine zweifelhafte Verurteilung zulässig ist. Am Dienstag, den 6. d. M., hat fünf Vierteljahre nach Verteilung des Kalenders, steht der Verleger desselben abermals vor Gericht.

Zugewiesen ist der Kalender für 1900 erschienen. Von der Landbevölkerung ist derselbe mit Sehnsucht erwartet, mit viel größerer Spannung sah aber die Polizei dem Erscheinen entgegen. Was nur irgend möglich war, geschah, um zu erfahren, wann der Kalender erscheinen würde. Seit Monaten wurden die Expeditionsräume der „Volkstribüne“ von Beamten der Kriminalpolizei aufgesucht, um nach dem Kalender zu sehen oder zu fragen. Daneben kamen andre Personen, um sich Kalender zu holen. Der Hiebe Mühe war natürlich umsonst. Am Donnerstag, den 1. Februar wurde der Kalender in 45 000 Exemplaren verschickt. Dann arbeiteten Polizei und Gericht mit einem Eifer, von dem zu wünschen wäre, daß er auch bei anderen Anlässen einfallend würde. Am Samstagmorgen wurde auf Grund eines Gerichtsbeschlusses der Rest der Kalender beschlagnahmt. Anlaß zur Beschlagnahme ist, daß die Gesinde-Ordnung als „Anordnungsgesetz“ bezeichnet ist; daß gesagt ist, die Behörden machten den Hirschen das Leben schwer, und eine Wendung über die Kolonialpolitik, die durchaus als harmlos zu bezeichnen ist. In den nächsten Tagen wird nun auf dem Lande in den Hütten der Arbeiter, Justizleute, Richter usw. die Jagd auf den Kalender wieder beginnen.

Dah auf diese Art die Socialdemokratie nicht vernichtet wird, sollten freilich auch die Behörden schon einsehen. Aber sie glauben vorläufig an die Ratschläge des Grafen Altdorff, der in jeder Verurteilung eines Socialdemokraten, und sei es mit einer geringfügigen Geldstrafe — natürlich ist ihnen eine hohe Lieber — eine staatsrechtliche That erkennt. Die Zukunft wird lehren, wie tüchtig Graf Altdorff für die Socialdemokratie in Ostpreußen gearbeitet hat.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich Montag die Witwe Geheimen Sanitätsrat Maria Koller, verheiratet gewesene Gräfin Dombösa aus Schöneberg vor der ersten Strafkammer am Landgericht I in Berlin zu verantworten. Frau Koller soll sich im vorigen Jahre zu ihrer Nachbarin, einer Frau Otto gegenüber mit ihren Beziehungen zu hohen Herren des Hofes gerühmt und bei dieser Gelegenheit die beleidigende Meinung geäußert haben. Die Verhandlung, die unter Aufsicht der Öffentlichkeit stattfand, hat nach dem öffentlich verhandelten Urteilstenor ergeben, daß die Angeklagte in Schöneberg Zimmer vermietet. Dabei sieht sie es, sich ihren Chambregarçons gegenüber mit ihren hohen Konnexionen zu brüsten. Das möge sie auch der Frau Otto gegenüber geäußert haben, welche aber ihre Darstellung dermaßen erweiterte, daß, wenn die letztere richtig wäre, eine schwere Majestätsbeleidigung darin liegen würde. Nun ist aber Frau Otto wegen Fehlgerei auf Anzeige der Frau Koller bestraft worden. Es herrsche also bereits eine Feindschaft zwischen den beiden Frauen, bevor Frau Otto die Anzeige wegen Majestätsbeleidigung stellte. Dieser Zengnis sei daher nicht zu glauben, zumal die Angeklagte, die hauptsächlich mit Herrn bei Hofe in Beziehungen gestanden hat, zu einem bei ihr wohnenden Offizier, zu dem sie dieselbe Erzählung gemacht hat, nur gesagt hat, ein Pein habe mit ihr in Beziehungen treten wollen. Mangels ausreichenden Beweises sei daher auf Freisprechung zu erkennen gewesen.

Erinnerungen.

Man schreibt uns: Als Wilhelm II. zur Regierung berufen wurde, besetzten sich einige Leute, die Welt über den neuen Herrn aufzuklären. Allen voran der „Erzieher“ in einer „nach der Natur gezeichneten Skizze“. Der Grundton der Charakteristik, die Hinzupeter von seinem Jüngling, ist der: daß in Wilhelm II. ein ungemein kräftiger Charakter auf den Thron geraten sei. „Aus der Verbindung von weltlichem, leicht in Energie umgewandeltem Starckinn und hochadelnischen, mit Idealismus gepaarten Eigenwillen wurde am 27. Januar 1859 ein menschliches Wesen geboren mit eigentümlich stark ausgeprägter Individualität, welcher, durch nichts wirklich verändert, selbst den mächtigsten äußeren Einflüssen widerstehend, in ihrer Eigenart sich konsequent entwickelt hat.“ Diese einleitenden Worte sind das Thema, das in den folgenden Ausführungen variiert wird. Auch den Einwirkungen der Eltern und des Erziehers entzog sich der junge Prinz; Herr Hinzupeter vergleicht die Enttäuschung der Mutter mit dem Unbehagen der Henne, die ein Entenki ausgebrütet hat. Wiederholt und in gehäufte Ausdrücken vermerkt Hinzupeter Klagen über „Unbotmäßigkeit“ etc. Selbst den Gefühlen der Ehrfurcht und Dankbarkeit, mit welchen der Prinz dem Großvater, dem Vater und dem Kaiser entgegenkam, als diese sich herbeilehnen, ihn einzuweisen in ihre Ideen und Pläne. — selbst dieser Feuerprobe des Entzusehens trotzte das selbständige Wesen des jungen Mannes. „Der in Worten und Demonstrationen in bersprudelede Prinz ist in den Erbschütterungen, die seinem Regierungsantritt vorhergingen, fast tragisch schnell zu einem gelegten, reservierten, würdevollen Fürsten gereift.“ Wilhelm II. ist eine im echten Sinn sanftere Natur, die sich selbst bestimmt und selbst beherrscht.

Dies öffentliche Zeugnis des Erziehers wurde bald von zwei Männern aus den Kreisen des Großgouvernements beglaubigt. Herr Douglas, welchem der Kaiser erlaubt hat, sich für einen Sprossen der berühmtesten Familie der feudalen Welt zu halten, und Herr Dr. Müller, welcher den technischen Großbetrieben eines schlesischen Magnaten vorstand, spannen den Faden Hinzupeters weiter. Douglas fühlte sich an Friedrich II. erinnert. Er erkennt unlänges Gleichmaß, völlige Unzugänglichkeit für Schmeichelei und Liebedienerei, gesunde Wild für richtige Würdigung der an den Kaiser herantretenden Personen, energische Abwehr sich hervordringenden Strebertums; er beglaubigt, daß der Kaiser niemand über Dinge das Wort verleihe oder jemand sein Ohr leihe, der nicht durch sein Amt berufen sei, gerade ihm diese Angelegenheiten vorzutragen. Müller aber schwärmt; er sieht den jungen Kaiser in der Glorie eines großen und majestätischen Soldaten, hoch zu Hof, doch der Ernst der Verantwortung auf dem bronzenen Antlitz, welches doch so sonnig zu lächeln vermag beim Anblick Auserwählter. — „ein fruchtbares Genie, einen tiefen Verstand und einen zugleich erhabenen und angenehmen Geschmack.“ — „Anbeter in der Verfolgung wohlwogener Ideen.“ Hieran knüpft Herr Müller die „goldenen Worte“ des jungen Fürsten gegen Herrn v. Czernin: „Ob wir nun Dank oder Un dank für unsere Bestrebungen für die Verbesserung des Wohlstandes der arbeitenden Massen ernten — in diesen Bestrebungen werde ich nicht erlahmen.“ Müller erkennt schon damals dem Monarchen den Admetstranz zu und erntet ein dänisches Blatt, das am 28. Juni 1890 es für schändlich hielt, den eben zur Regierung gelangten Fürsten „mit den größten Herrschern der Geschichte auf die gleiche Höhe zu stellen.“

Zugewiesen hat die Zeit den Grundton der Hinzupeterschen Charakteristik gründlich zugen gestrafft. Hinzupeter wollte die Welt glauben machen, daß Wilhelm II. eine Coleridge Natur sei, ein „starker Mann“, von unbegrenzter Beharrungskraft. Ein Blick in die Gesichte und in die Erfahrungen der Menschheit über die Temperamente und Charaktere hätte den Erzieher darüber aufklären müssen, daß die Naturanlage seines Jünglings nicht den kollektiven, sondern den sanguinischen Temperamenten beizuzählen sei, die mit leicht entzündeter Energie und Begeisterung vielseitige Reigungen verbinden und deshalb sich nicht auf ein Ziel festnageln lassen. Die Sanguiniker sind weit lebenswürdigere Naturen als die Coleridge, die Virtuosen der Ge-

walt und der Menschenverachtung. Welches von diesen Temperamenten sich am besten für einen Staatsmann eignet, wollen wir schon deshalb nicht entscheiden, weil die Verschiedenheit der Umstände und Aufgaben auch verschiedene Männer fordert, und weil das was die Umstände fordern von uns anders zu beurteilen ist als etwa von Herrn Baron von Stumm oder Herrn von Kröcher.

Wenn Herr von Kröcher die Bismarckschen Memoiren mit Augen gelesen hätte, würde er seine Rede über den starken Mann sich vermindern haben. Denn der oberste Zweck der Memoiren ist der Nachweis, daß das sanguinische Temperament auf dem Throne einem Minister für eine rücksichtslose Gewaltpolitik nicht den nötigen Rückhalt giebt. Wer den ersten Band mit Aufmerksamkeit liest, der weiß ganz genau, was in dem noch fehlenden dritten steht, nämlich etwa: Güte sich jeder Staatsmann unter Wilhelm II. die Aufgabe zu übernehmen, einen Konflikt durchzuführen; er wird ebenso scheitern, wie Graf Brandenburg unter Friedrich Wilhelm IV.

Für die stetige, ruhige und fortschrittliche Entwicklung des neuen Deutschen Reichs ist es ein großer Vorzug, daß für gewalttätige, junkselbige Eingriffe und Uebergriffe, für blutige Heckerheben im Charakter des Herrschers die Vorbedingungen fehlen. Bismarck und Herr von Stumm mögen das für einen Mangel halten — der Bürger und Arbeiter wird anders urteilen und mit um so größerer Zuversicht thätig sein, um den Fortschritt der Nation auf dem sichersten Boden: das Streben und den Willen des Volks zu begründen und auf diesem Boden zu bewirken. —

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Brag, 4. Februar. Auch die heutige Bürgermeistervwahl hat zu keinem Ergebnis geführt. Nach der Wahl fanden Kundgebungen für und wider Podlipny statt. Menschenmengen, die sich auf dem Wenzelsplatz angesammelt hatten, wurden von der Polizei auseinandergetrieben. Vermutlich wird nummehr die Regierung den Gemeinderat auflösen, da eine Majoritätsbildung weder für den alten noch für den junggeschlichen Kandidaten möglich erscheint. —

Frankreich.

St. Mandé, 4. Febr. Auf einem Bankett, das heute hier zu Ehren des Ministerpräsidenten Waldeck-Roussseau und des Handelsministers Miskeraud von den Arbeiterkammern veranstaltet worden war, hielt Waldeck-Roussseau eine Rede, in welcher er zunächst auf die Solidarität hinwies, die zwischen der Entwicklung der Arbeiterkammer und dem republikanischen Gedanken bestehe, und dann ausführte, die jetzige Regierung habe die Gewalt unter schwierigen Umständen übernommen. Sie habe die Republik gegen deren ständige Feinde verteidigen müssen. Es würden noch andre Proben überstanden werden müssen, wo die Gewaltthätigkeit der Link Platz machen werde; diesen Proben dürfe aber ohne Furcht entgegengetreten werden, weil trotz der an ihr geübten Kritik die Republik nicht unsicherbar gewesen sei, und die Demokratie, wenn sie eine Inventur der erzielten Erfolge mache, sich den Preis ihrer Anstrengungen nicht entreißen lassen werde. Die Zukunft sei nicht zu fürchten, denn sie gehöre der Republik. (Lebhafter Beifall.)

Paris, 5. Februar. Im Senat fand heute nachmittags Präsidentenwahl statt. Der frühere Präsident Fallières wurde mit 176 Stimmen wiedergewählt. Der General Bercier erhielt zwei Stimmen.

Spanien.

Madrid, 5. Februar. Vor der Ständekammer fand gestern eine Ansbuchung zu Gunsten der Revision des Montjuich-Prozesses statt, die ruhig verlief. Eine große Volksmenge hatte sich angesammelt, um der Ueberreichung einer Protestnote an den Präsektor beizuwohnen. Der Protest richtet sich dagegen, daß die Strafe der im Montjuich-Prozesse verurteilten Anarchisten nur herabgesetzt wurde. Es wurden die Rufe laut: „Es lebe die Gerechtigkeit! Nieder mit den Tyrannen!“

Amerika.

Washington, 5. Febr. England und die Vereinigten Staaten sind zu einem freundschaftlichen Abkommen betreffend die Nicaragua-Kanalfrage gelangt. Dasselbe läuft darauf hinaus, daß England seine Ansprüche auf die gemeinsame Kontrolle des Kanals ohne Gegenleistung aufgibt. —

Die Unfallversicherungs-Kommission

setzte ihre Beratungen am Montag fort bei § 5b, der bestimmt, wie die Höhe der Rente zu berechnen ist. Dieser Berechnung soll zu Grunde gelegt werden derjenige Arbeitsverdienst, den der Verletzte während des letzten Jahres seiner Beschäftigung in dem Betriebe, in welchem der Unfall sich ereignete, durchschnittlich für den Arbeitstag bezogen hat. Hierbei soll der 4. März übersteigende Betrag nur mit einem Drittel berechnet werden. Die Socialdemokraten beantragten, diesen letzten Satz zu streichen, eventuell der Ablehnung dieses Antrages statt 4 M. 7 M. zu setzen. Sie begründeten diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß seit Erlass des Unfallversicherungsgesetzes die Lebensmittel bedeutend teurer geworden sind und deshalb eine Summe von 4 M. durchaus nicht ausreicht. Die Abg. Köstke, Dessau und Trübner beantragten, daß der Lohn bis 5 M. pro Tag ganz berechnet und der höhere Betrag zur Hälfte angerechnet werde. Auch Abg. Köstke weist auf die Steigerung der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren hin und betont, daß der jetzige Zustand durchaus unberechtigt sei. Die Regierungsbekämpfer bekämpfen sämtliche Änderungsanträge, weil sie zu große Belastungen der Berufsgenossenschaften zur Folge haben würden. Graf Posadowsky kündigt an, daß bei einer derartigen Belastung der Berufsgenossenschaften die Zustimmung der Regierung nicht zu haben sein werde. Der nationalliberale Abg. Müller weist die Änderungsanträge ebenfalls zurück, da ja das Versicherungsgesetz nur eine Abmilderung der Armenlasten sein solle. Sämtliche Anträge werden abgelehnt, so daß es bei dem bisherigen Zustand bleibt.

War der Verletzte in einem Betriebe nicht ein volles Jahr, von dem Unglück zurückgerechnet, beschäftigt, so ist für die Berechnung der Rente der Betrag zu Grunde zu legen, welcher während dieses Zeitraums von einem Arbeiter derselben Art in einem gleichen Betriebe bezogen worden. Hierzu hat die Regierung folgenden Zusatz beantragt: Ist diese Berechnung nicht möglich, so ist der 30fache Betrag des Arbeitsverdienstes zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während der Dauer der Beschäftigung pro Tag bezogen hat. Dieser Zusatz wird ohne Debatte angenommen. — Erreicht der Arbeitsverdienst den ortsüblichen Tagelohn der gewöhnlichen Tagelöhner nicht, so ist der letztere zu Grunde zu legen. Dieses will ein socialdemokratischer Antrag nur für den Fall gelten lassen, daß der ortsübliche Tagelohn 1,50 M. oder mehr beträgt. Beträgt er weniger, so ist 1,50 M. als Tagelohn zu Grunde zu legen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Für jugendliche Personen — so verlangt der Regierungsentwurf — soll die Rente bis zum vollendeten 16. Lebensjahr des Verletzten nach dem für solche festgesetzten Arbeitslohn bemessen und von diesem Zeitpunkt an nach dem ortsüblichen Tagelohn erwachsener Tagelöhner berechnet werden. Die Socialdemokraten beantragen „ortsüblich“ zu streichen. Es soll maßgebend sein nicht der sogenannte ortsübliche Tagelohn, sondern der Tagelohn, welcher in den betreffenden Berufen, denen der Verunglückte angehört, üblich ist. Auch dieser Antrag wird abgelehnt und die Regierungsvorlage unverändert angenommen.

Zu dem Fall, daß der Arbeitsverdienst nicht den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner erreicht, soll bei Berechnung der Rente für Personen, die vor dem Unfall bereits teilweise erwerbsunfähig waren, derjenige Teil des orts-

üblichen Tagelohns zu Grunde gelegt werden, welcher dem Maß der bisherigen Erwerbsfähigkeit entspricht. — Die Socialdemokraten weisen darauf hin, daß diese Bestimmung ebenfalls eine Schädigung desjenigen Arbeiters zur Folge haben müsse, der bereits zum zweitenmale verunglückt sei. Der Vorschlag der Regierung wird jedoch unverändert angenommen.

Der nächste Paragraph handelt von der Befugnis der Berufsgenossenschaften, der Krankenkasse, welcher der Verletzte angehört oder zuletzt angehört hat, gegen Erlass der ihr dadurch erwachsenden Kosten die Fürsorge für den Verletzten über den Beginn der 14. Woche hinaus bis zur Beendigung des Heilverfahrens in demjenigen Umfang zu übertragen, welchen die Berufsgenossenschaft für geboten erachtet. — Die Socialdemokraten verlangen zu diesem Verfahren die Zustimmung des Verletzten. Dieser Antrag wird aber abgelehnt.

Eine angeordnete Debatte entfiel über den § 5c, der den Zweck haben soll, eine Lücke auszufüllen. Der Streit dreht sich darum, welche Lücke hier in Betracht kommt. Es handelt sich nämlich um diejenigen Verunglückten, deren Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen beendet ist. Dieselben erhalten vom Schluß des Heilverfahrens ab kein Krankengeld, Unfallrente beziehen sie unter allen Umständen aber erst von der 13. Woche ab. Die Regierung beabsichtigt nun, daß die Berufsgenossenschaften verpflichtet sein sollen, dem Verunglückten, der innerhalb der ersten 13 Wochen keine Krankentüchtigkeit mehr bekommt, von diesem Zeitpunkt an die Rente auszugeben, die ihm nach Ablauf der 13. Woche zustehen würde. Die Mehrheit der Kommission will, daß auch dem Verunglückten, der innerhalb der 13 Wochen seine volle Erwerbsfähigkeit wiedererlangt, so lange eine Rente ausgezahlt wird, als er infolge des Unfalls erwerbsunfähig ist. Bei der Beratung über die Herabsetzung der Karenzzeit von 13 auf 4 Wochen hatte J. der Staatssekretär zugegeben, daß mit der jetzt in Rede stehenden Abänderung des Regierungsentwurfs der Wunsch der Mehrheit der Kommission erfüllt werde. Heute erklärte die Kommission, daß hier eine irrtümliche Auffassung vorliege, daß die Regierung nur die Lücke für diejenigen Personen auszufüllen beabsichtige, welche nach Ablauf der 13 Wochen eine Rente bekommen. Die große Belastung der Berufsgenossenschaften, welche die Kommission wünsche, könnte die Regierung keinesfalls gutheißen. Die Mehrheit der Kommission blieb aber bei ihrem Standpunkt bestehen, wenn auch die Beschlußfassung nach abgelehnt wurde.

Zu Falle der Tötung ist als Schadenersatz zu leisten: 1. als Sterbegeld das Wache des noch §. 5b Abs. 1—3 für den Arbeitstag ermittelten Verdienstes, jedoch mindestens ein Betrag von 30 M. Die Socialdemokraten wollen das Sterbegeld auf das Wache und mindestens auf 50 M. erhöhen. Mit dem bisherigen Betrag könnten die Sterbekosten nicht bestritten werden. Die Erhöhung auf das Wache wird mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten außer den Socialdemokraten das Centrum und der Abg. Stöder; dagegen auch die Freijüngigen. Die Erhöhung des Mindestbetrags auf 50 M. wurde mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen, da der Vorsitzende, Abg. Köstke, dafür stimmte.

Hinterläßt der Verstorbenen eine Witwe oder Kinder, so beträgt die Rente für die Witwe bis zu deren Tode oder Wiederverheiratung, sowie für jedes hinterbliebene Kind bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahr je 20 Prozent des Arbeitsverdienstes. Die Socialdemokraten beantragen eine Rente für jedes Kind, zu dessen Unterhalt der Verstorbenen gesetzlich verpflichtet war. Nach dem Vorlaut der Vorlage würden uneheliche Kinder eine Rente nicht erhalten, obwohl sie doch für sie gerade am notwendigsten sei. Diese Änderung wird abgelehnt. Ferner verlangen die Socialdemokraten Auszahlung der Rente bis zum 21. Lebensjahr, d. h. bis zur selber Zeit, die auch das Bürgerliche Gesetzbuch für derartige Fälle vorgesehen hat. Da dies abgelehnt wird, beantragen sie Auszahlung der Rente bis zum 18. Lebensjahr entsprechend der minder günstigen Bestimmung für uneheliche Kinder. Auch dieser Antrag wird abgelehnt, so daß die Arbeiterkinder schlechter gestellt sind, als nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die unehelichen Kinder. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag der Socialdemokraten für die Witwen und Waisen die Rente auf 30 Proz. zu erhöhen. Es bleibt bei den 20 Proz. der Vorlage.

Der Anspruch der Witwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen worden ist. Die Berufsgenossenschaft kann jedoch in besonderen Fällen auch dann die Rente gewähren. Die Socialdemokraten wollen diesen Absatz streichen eventuell dahin abändern, daß bei einer solchen Ehe dann die Witwe eine Rente erhält, wenn sie vor dem Unfall mit dem Verstorbenen verlobt war oder in häuslicher Gemeinschaft mit ihm lebte. Diese Änderung beabsichtigt schwere Härten zu vermeiden, wird aber abgelehnt.

Der nächste Absatz bestimmt: Der Anspruch auf die Witwenrente könne ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn die Ehefrau seit mindestens einem Jahre vor dem Unfall ohne gesetzlichen Grund von der ehelichen Gemeinschaft sich ferngehalten und ohne Beihilfe des Ehemanns ihren Unterhalt gefunden hat. Dies ist eine Verschlechterung, die zu den unangenehmsten Unterhaltungen über häusliche Verhältnisse und zu Konflikten mit den Gerichten führen kann. Dem die Berufsgenossenschaft soll selbst entscheiden, ob ein gesetzlicher Grund für das Verhalten der Ehefrau vorlag oder nicht. Die Socialdemokraten beantragen daher die Streichung des ganzen Absatzes. Der Absatz wird jedoch unverändert angenommen.

Die Weiterberatung wird sodann auf Dienstag verlag.

Partei-Nachrichten.

Das kommt davon! Aus der Wahlbewegung im Kreise Calbe-Merseburger wird der „Halberstädter Arbeiter-Zeitung“ aus Schönebeck geschrieben:

Bei der Geburtstagsfeier des Kaisers forderte ein Lehrer die Schulkinder auf, den Vätern zu sagen, sie möchten Plade wählen! Die Kinder machten sich auf der Straße darüber lustig und sagten: „Den hat man quasselt wat er will, mien Voder, der wählt doch Albert Schmidt und wenn er ool in Gommern sitt.“

Die Ordnungsbücher — nationalliberal-konservativ-antisemitisch — scheinen sich jetzt auch für die politische Gleichberechtigung der Frauen zu erwärmen. Als unsrer Parteigenossen kürzlich auf dem Lande Flugblätter verbreiteten, begegneten sie Frauen, die Flugblätter für Plade austragen. Sollte sich Herr Plade verpflichtet haben, im Falle seiner Wahl einen Antrag auf Erteilung des Reichstags-Wahlrechts an die Frauen zu stellen?

Gemeindevahlen. Bei den Bürgerauswahlgewahlen in Königsbad (Waden) wurden in der dritten Klasse 14 Parteigenossen mit übergroßer Mehrheit gewählt.

Für Oeffen-Nassau hat eine damit beauftragte Kommission den Entwurf eines Gemeinde-Wahlprogramms ausgearbeitet und stellt ihn jetzt zur Diskussion. Der Entwurf lehnt sich an die schon bestehenden Programme dieser Art in andern Landesteilen an.

Partei-Presse. Die Hamburgischen Parteigenossen beschäftigten sich am 2. Februar in einer gemeinschaftlichen Versammlung der socialdemokratischen Vereine mit der Frage der Verbilligung des „Hamburger Echo“. Das Blatt kostet gegenwärtig 36 Pf. pro Woche. Die Schlanderkontrolleure der billigen „parteilosen“ Klatschblätter, die schon für 50 Pf., ja für 40 Pf. pro Monat frei ins Haus geliefert werden, hat bewiesen, daß das „Echo“ seit 1893 keinen Zuwachs an Abonnenten erlangt hat, obwohl die Einwohnerzahl des Verbreitungsgebietes seit dieser Zeit um circa 80 000 gewachsen ist. Die Parteigenossen glauben deshalb, durch Herabsetzung des Abonnementspreises einen Fortschritt zu erzielen. Von den Kreisvorständen ist der Vorschlag gemacht worden, den Preis auf 30 Pf. die Woche herabzusetzen. Da aber dabei gleichzeitig eine Reform des Kolportagegesetzes in Frage kommt, wofür die Vorstände ebenfalls detaillierte Vorschläge gemacht haben, so wird die Angelegenheit kompliziert und konnte daher auch in der ersten Versammlung nicht erledigt werden. Es wird deshalb demnächst eine zweite Versammlung veranstaltet werden.

Partei-Organisation. Der sozialdemokratische Wahlkreis für den ersten hamburgischen Wahlkreis hatte im vorigen Jahre eine Gesamtannahme von 17 224 W., worunter jedoch 5470 W. für „Wahren Jakob“ und Kalender sind. Die Ausgabe betrug 15 140 M.

Totenliste der Partei. In Pölnitz im sächsischen Erzgebirge starb im 79. Lebensjahre der Genosse Wilhelm Köpke, der seit Anfang der sechziger Jahre in der Parteibewegung gestanden hat. Freiwillig aus dem Leben geschieden ist in Glaucha in Sachsen der Genosse Julius Dieck. Er war Fabrikarbeiter und infolge schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse schwerkränkt geworden. In Forchheim (Waden) starb das Bürgerauschussmitglied Genosse Joseph Kastner. Alle drei waren wackere Kämpfer, die stets ihre Kräfte in den Dienst der Partei stellten.

Die Folgen des Unfalls, den der Abg. Kollentz auf dem Reichstag erlitten hat, haben sich leider so verschlimmert, daß er sich ins Krankenhaus begeben mußte und daß eine Heilung vor mehreren Wochen nicht zu erwarten ist.

Die Stichwahl in Varemme (Belgien) ist zu Ungunsten unserer Parteigenossen ausgefallen. Gen. Mahmans wurde mit 760 Stimmen Majorität von dem Kandidaten der Liberalen geschlagen. Dies Resultat konnte nur erzielt werden durch das Eintreten der Liberalen für den liberalen Kandidaten.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— **Zu 50 M. Geldstrafe** wurde in Dessau Genosse Günther, Redacteur des „Volkblatts“, verurteilt, weil er eine schmutzige Handlung, welche der verabschiedete Lieutenant v. Opper-Dronowki eines Nachts im „Hofjäger“ zu Veraburg nach eigenem Geständnis vornahm, in Worten den Lesern mitteilte, welche wörtlich so in der Anklageschrift standen, ja mehr noch, welche er, um Kindern und Mädchen die Sache unverständlich zu machen, durch Bezeichnung des Hauptbegriffs durch den bloßen Anfangsbuchstaben B. abgeschwächt hatte.

Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 4. Februar geschrieben: Es scheint, daß es der Regierung nun gelungen ist, den Widerpruch der Ostrauer Unternehmer zu biegen. Nachdem sich der gestern abgehaltene Ministerrat sehr eingehend mit dem Streik beschäftigt hatte, berief Herr v. Körber die Ostrauer Gewerke zu sich. Von den da „maßgebenden“ Personen erschienen Herr v. Gutmann, dann Hofrat Jaisfels für die Nordbahn, Herr Walcher für die erzherzoglichen Gruben und ein Graf Deym für die Lärtschischen Werke. Herr v. Körber hatte nun die Proben in seinem Zimmer und er schied ihnen da ersichtlich ins Gewissen geredet zu haben. Denn die Gewerke lassen ihren abweichenden Standpunkt fallen. Bekanntlich wurden die Verhandlungen vor dem Einigungsamt vorige Woche abgebrochen, weil die Gewerke erklärt hatten, erst dann in sachliche Verhandlungen eintreten zu wollen, bis die Arbeiter die Arbeit aufgenommen haben werden. Diesen ebenso absurden wie perfiden Standpunkt verließen nun die Herrschaften und erklärten sich bereit, in sachliche Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter zu treten. Das Einigungsamt dürfte also bereits Dienstag neuerlich zusammentreten, und die Verhandlungen — die ersten in diesem grandiosen Kampfe! — werden beginnen. Freilich, zu einer Einigung ist der Weg noch weit. Die Gewerke lassen erklären, daß sie wohl in der Lohnfrage zu Konzessionen geneigt seien, aber die Achtstundensicht und Minimallohn verwerfen. Mit ein paar Kreuzer Lohnerhöhung ist aber dieser gewaltige Anstand nicht zu erledigen!

Die Lage des Streiks ist überall dieselbe, und man braucht auch nicht zu fürchten, daß sie sich an dem morgigen Montag, einem für Streiks kritischen Tage, verschlimmern könnte. Die Gewaltmaßregeln der Behörden dauern an; insbesondere in Wöllan werden die Verfolgungen immer ärger. So sind gestern in Wiaz zwei Arbeiter wegen „Bedrohung“ von „Arbeitswilligen“ zu sechs Monaten schweren Kerlers verurteilt worden. Es ist dies das erste Mal, daß man den Widerstand gegen Streikbruch als Expressung deklarirt; bis jetzt hat man sich immer mit dem Koalitionsgebot begnügt. Daß diese — sächsischen Praxis nun auch nach Oestreich hinübergreift, ist sicherlich ein Beweis, wie die Verwaltung und die Justiz gleichmäßig besetzt sind, den Unternehmern zu helfen. Aber über dieses Schandurteil von Wiaz wird man im Parlament schon ein ernstes Wort reden!

Die Vorgänge im böhmisch-mährischen Kohlengebiet rufen das lebhafteste Interesse auch der deutschen Bergarbeiter wach. Vor allem wollen die hiesigen Bergarbeiter verhindern, daß durch Zufuhr deutscher Kohle die Widerstandsfähigkeit der Grubenintendanten in Oestreich gesteigert wird. In diesem Sinn hat der Vorstand des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbands seiner Zeit einen Aufruf an die Bergleute erlassen.

Die Braunkohlenwerke in Zeitz und Weiskensels haben, wie das von deutschen Unternehmern gar nicht anders zu erwarten war, dieser Stimmung ihrer Arbeiter keine Rechnung getragen und die Ausfuhr von Kohlen nach Oestreich fortgesetzt. Infolgedessen droht für diesen Bezirk der Ausstand.

Auch in dem sächsischen Kohlenrevier Oelsnig-Lugau-Zwickau ist eine roge Stimmung für die Geltendmachung einer Lohnforderung vorhanden; die Bergarbeiter wollen allem Anschein nach die günstige Gelegenheit zu einer besseren Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse ausnützen. Wie uns telegraphisch gemeldet wird, haben die Bergarbeiter dieses Reviers am Sonntag beschlossen, folgende Forderungen zu stellen:

Zehn beziehungsweise 20 Proz. Zulage im Schichtlohn, mindestens 40 Proz. höhere Ausbeute im Gedinge (Secordarbeit), Achtstündige Schicht.

Die Sympathie mit der Lohnbewegung der österreichischen Bergarbeiter ist in der deutschen Arbeiterschaft allgemein, der Verband der „Berg- und Hüttenarbeiter“ hat bereits in zwei Heften je 1000 M. abgefordert und es stellt auch den Verband christlicher Bergarbeiter Organisierten ein gutes Zeugnis aus, daß in der letzten Nummer des „Bergknappen“, dem Vereinsorgan dieser Organisation, zum Sammeln freiwilliger Beiträge aufgefordert wird. Diese veränderte Stellungnahme zu Streiks ist beachtenswert, hatte man doch lange Zeit die christlichen Bergarbeiter nur auf eine friedliche Vereinbarung vertrittet. Der Pörsberger Streik hat den Ostrauern eine andre Auffassung eingeprägt und ihnen gezeigt, daß der Ostrauer Unternehmern eine sehr seltene Erscheinung in der Arbeiterbewegung ist.

Wien, 5. Februar. Den Blättern zufolge dürfte der Ausstand im Ostrau-Karwiner Reviere durch weitgehende Konzessionen der Gewerke bald beigelegt sein. Das Einigungsamt tritt heute oder morgen zusammen. Man erhofft einen günstigen Erfolg desselben, da beide Parteien zu einem gütlichen Vergleich bereit sind.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Au die Kieker (Lapezietter). Durch Beschluß einer Versammlung, die am 4. Februar tagte, haben die Kieker Berlins bekundet, daß sie gewillt sind, in eine Lohnbewegung einzutreten. Den Zeitpunkt zu bestimmen, soll der am Donnerstag, den 8. Februar, stattfindenden Versammlung vorbehalten bleiben. In dieser Versammlung erhitzen wir die Beteiligung aller Kieker. Ferner sind, soweit dies noch nicht geschehen ist, die Karten zum Reservofonds zu entnehmen und die erforderlichen Marken zu haben. Der späteste Abrechnungstermin ist der nächste Sonntagabend. Das Bureau ist bei Ringier, Schützenstraße 18/19, geöffnet von 6—7 Uhr abends. Sonntags von 10—12 Uhr werden in den Bahnhöfen Meldungen entgegengenommen. Arbeitslose haben ihre Karte jeden Sonntagabend

morgen von 8—9 Uhr im Bureau bei Ringier, bei Verlust des Schlußstempels, vorzulegen. Auch findet daselbst in dieser Zeit und an Wochentagen abends von 6—7 Uhr Auskunftsverteilung über die Lohnbewegung statt.

Der Streik der Korbmacher in der Grünbranche für Berlin und Umgegend dauert fort. Die Situation der Ausständigen ist eine günstige, so daß ein Mißerfolg vollständig ausgeschlossen ist, wenn die Kollegen außerhalb möglichst darauf achten (besonders gilt dies für Trebbin, Kösthenbroda und die Provinzen Schlesien und Sachsen) keine Arbeiten für Berlin und Umgegend anzufertigen. Eine Einigung hat sich bisher nur mit 3 Arbeitern herstellen lassen und es haben dort die Korbmacher die Arbeit aufgenommen. Im Ausstand befinden sich noch 60 Mann. Es wird deshalb ersehnt, den Zugang fern zu halten.

Die Sattler der Firma Jender, Berlin, Alexandrinenstr. 25, befinden sich in Lohnindifferenzen. Da man aus Breslau und Leipzig Erfolg anzuerkennen trachtet, so werden die Sattler dieser Orte besonders gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Die Sattler haben den Streik bei der Firma Pitter, Dresdenstr. 85, für beendet erklärt, dagegen soll die Sperre über die Werkstatt mit aller Entschiedenheit durchgeführt werden. Es werden deshalb die Sattler gebeten, bei der Firma nicht in Arbeit zu treten.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiter-Streik im Wurmgebiet (Aachen) wird in der bekannten Manier von der „Königlichen Zeitung“ und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ als ein Werk aufhebender Thätigkeit bezeichnet und besonders der Genosse Schröder dafür verantwortlich gemacht, der im Auftrage des „Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes“ diese Thätigkeit angestiftet haben soll. Das Organ des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes, die „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, bemerkt dazu:

„Das ist von A bis Z gelogen! Schröder ist eigens im Wurmgebiet gewesen, um die aufgeregten Bergleute vor dem Ausstande zu warnen. Er hat hingewiesen auf die Schwäche unserer Masse, die nicht für Streikunterstützung eingerichtet sei. Zudem nähmen die österreichischen Bergleute alle Kräfte in Anspruch. Schröder ist 14 Tage lang im Revier gewesen, hat an allen Orten in vertrauten Kreisen Vorstellungen gemacht, nicht zu streiken. Aber es war vergebens!“

Warum war es vergebens? Weil die Forderungen, nachdem die Kandidaten der Berg- und Hüttenarbeiter, „Wahlrecht“, „reinen Tisch“ machen wollten mit den kleinen Anfängen der Arbeiterorganisation. Man ließ die Vertrauensleute der Arbeiter zu sich kommen, schickte sie mit Drohungen ein, ja man entließ 4 Bergleute, die das Verbrechen begangen, sich zu organisieren. Es ist einfach ein Schandtal, wie heute in Deutschland das Vereinsrecht der Arbeiter mit den Füßen getreten wird. Wehren sich die Getretenen dann, so fällt die Preheminenz des Kapitals über und her, behauptet wir hätten gehetzt, wir seien die Schuldigen, wir wollten den Ausstand. Diese Rücksichtslosigkeit finden wir die Verbreitung, der gemahregelte Arbeiter wird bei all' seiner Bedrückung noch ins Unrecht gesetzt, wenn ihm die Gasse überläßt.

Um keiner andern ursprünglichen Ursache willen als wegen der Mahregelung der Organisierten ist der Ausstand entstanden. Eine Schmach ist es für Deutschland, daß seine arbeitende Bevölkerung zur Verteidigung ihrer ärmlichen Rechte zu den äußersten Mitteln greifen muß. Eine Schmach ist es für Deutschland, daß es eine Presse hat, die, anstatt energisch die Vergewaltigung der Arbeiter zurückzuweisen, noch die Vergewaltiger in Schutz nimmt.

So schreibt das große Schmutzloch, die „Königliche Zeitung“: „Mustergütigkeit sind die Wohlthaten der verschiedenen Vereine der Vereinigungsgesellschaft auf den verschiedenen Gebieten, die in dem Bestreben gipfeln, ihren Arbeitern den schweren Versuch unter wie fester Tage möglichst zu erleichtern und auch deren Angehörigen werthvolles Interesse zuzuwenden. Wenn deshalb irgend ein Ausstand unter der Mehrzahl der Arbeiter selbst, ganz abgesehen von der sonstigen Bevölkerung, keine Billigung, sondern strengste Mißbilligung erfährt, so ist es der gegenwärtig durch einige Hepper vom Jaune gebrochene und es steht deshalb zu erwarten, daß sich die Verführten bald auf ihre wahren Interessen besinnen und zur Arbeit zurückkehren werden.“

Damit werden die Thatsachen auf den Kopf gestellt! Lese man doch nur die amtlichen Berichte nach über das Aachener Bergrevier. Es hat schauerhaft hohe Krankenziffern, die höchsten über den Gesundheitszustand der Wurmbergleute. In dem Anapptischen-Kassenverband herrschen die Verberben, Vergewaltigen im wahren Sinne des Wortes giebt es dort nicht. So erhalten verheiratete Kranke ein Krankengeld bis zu 90 Pfennig pro Tag herunter. Gehe man doch hin ins Revier und betrachte die schwächlichen Gestalten der Bergleute, wie sie leben und sterben. Sie bringen den allerschlimmsten Teil der Kaffeineinnahmen auf — und haben nichts zu sagen! Die Löhne sind einfach ungenügend niedrige für die dortigen teuren Verhältnisse. Am besten lehrt uns aber das Herz der Besitzer lernen die Thatsache, daß man, wenn junge Arbeiter ablehnen, auch ihre auf dem Werke alt und grau gewordenen Väter entläßt! Aus mangel der treffende Ausdruck für eine solche „Mustergütigkeit.“

Nach den einlaufenden Berichten dürfte der Streik schon im Rückzuge sich befinden, da auf einigen Gruben die einfahrende Belegschaft sich wieder vergrößert hat. Der Mangel einer Organisation macht sich stark fühlbar.

Die Handschuhmacher in Renholdensleben haben im wesentlichen ihre Forderungen durchgesetzt und sind die Differenzen damit beigelegt.

Der Streik der Konfektionsarbeiter in Speyer ist beendet. Die Arbeiter erzielten eine Lohnzulage von 10 Proz.

Ausland.

Die Pariser Weltausstellung wird auch einen Pavillon erhalten für die Gewerkschaften und Kooperativ-Genossenschaften. Die Kammer hat für Transporthilfe, Aufstellung der Objekte, die von den Arbeitern aufgestellt werden sollen, auf Antrag des Handelsministers 200 000 Fr. bewilligt. Weitere 200 000 Fr. zahlt der Staat zu den Kosten des Pavillons selbst.

Der Krieg.

Die Londoner Sonntagsblätter brachten Nachrichten aus Durban, wonach General Buller in der Nacht zum 2. d. M. den Zugela wieder überdritten habe und auf Ladysmith anrückte. Die vielstimmende „Daily Mail“ erklärte bereits, aus Pietermaritzburg erfahren zu haben, daß Buller sich zweifellos den Weg nach Ladysmith gesichert habe. Diese neuesten Hoffnungen der Engländer werden aber im Entstehen schon gelindert durch ein Londoner Telegramm vom Montagabend:

Das „Neuerische Bureau“ erfährt, daß im Kriegsamt a b s o l u t keine Bestätigung des Gerichts eingetroffen sei, nach welchem General Buller den Zugela wieder überdritten habe und auf Ladysmith marschiere. Es deutet im Gegentheil alles darauf hin, daß die Lage an der Front ruhig sei und keine sofortige Bewegung zu erwarten sei. Bezüglich der Höhe, daß die Geschäfte des Generals Buller in Ladysmith höher gewesen seien, wird angenommen, daß es sich um Schießübungen mit soeben an der Front eingetroffenen neuen Batterien handle.

Ueber ein unbedeutendes Vorkommnis meldet das Neuerische Bureau aus Spearmans Camp vom 3. d. M.: „Der Feind feuerte heute von den Hügel an einige Schwadronen berittener Infanterie, welche relognoszierien. Verluste sind nicht zu verzeichnen. Die Boeren fahren fort, das Gras auf der linken Seite des Mount Alice zu verbrennen, um die Beobachtung des Vormarsches unsrer Truppen zu erschweren.“

Aus Ladysmith

wird vom 4. Februar gemeldet: Gestern wurde hier das Feuer der schweren Geschütze Bullers gehört. (Es waren nur Schießübungen.) Die Boeren stehen wieder in Massen bei Ladysmith und bringen noch eine Kanone nach dem Surprise-Hügel. Man ist hier zum Empfang der Boeren bereit, falls sie einen neuen Angriff wagen sollten; es ist alles wohl.

„Daily Telegraph“ schreibt: Die Beschießung von Ladysmith dauert fort; sie ist aber unerheblich und richtet nur ganz geringen Schaden an. Bei Tag und bei Nacht werden zwischen den Lagern Bullers und Bullers häufig Mitteilungen ausgetauscht. Gemäß den Anordnungen Bullers und der maßgebenden Militärbehörden begleitet eine große für die Truppen in Ladysmith bestimmte Proviantkolonne die Entsatztruppen.

Boeren im Zululande.

Das „Neuerische Bureau“ meldet aus Durban vom 3. d. M.: Die Regierung hat durch einen eingeborenen Käufer die Nachricht erhalten, daß die Boeren Kantu, den Sitz eines Verwaltungsbeamten im Zululand, am 31. Januar angegriffen haben. Die Boeren, welche Artillerie führten, zwangen den Beamten, sich zu ergeben. Wie verlautet, wurde der Beamte und sein Stab gefangen genommen.

Wise Zeichen.

Der „Standard“ meldet aus Durban vom 3. Februar: „Die Durbaner Zeitung „Weekly Review and Critic“ ist auf Anordnung des Kommandanten, Kapitän Percy Scott, wegen eines Artikels, in welchem Bullers Verhalten im Feldzuge scharf kritisiert wird, unterdrückt worden. Die Bureau des Blattes wurden verschlossen und die Schlüssel von den Beamten in Verwahrung genommen.“

In der Nähe von Kapstadt wurde auf eine englische Truppenabteilung geschossen. In englischen Regierungskreisen ruft dies große Besorgnisse hervor, weil dadurch der Beweis geliefert sei, daß die Aufsehung bereits große Dimensionen angenommen habe.

Stellungnahme der Amerikaner?

New-York, 5. Februar. In verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten wurden gestern Versammlungen abgehalten, die sich gegen Englands Politik aussprachen. In der „Academy of Music“ zu New York sprach Wm. Sprague vor einer gemäßigten hauptsächlich aus Iren bestehenden Zuhörerschaft. Sie verurteilte scharf Englands Politik und erklärte, es sei jetzt die Zeit für die Iren gekommen, die Ketten abzuwerfen. In einer Versammlung zu Buffalo bezeichnete der Führer der Heilsarmee Wellington Wood den Krieg in Südafrika als den ungeradeiten, auf den je die Sonne geschienen habe.

In einer behufs einer Sympathieumgebung für die Boeren einberufenen und von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung zu Baltimore hielten Mitglieder des Kongresses und andre hervorragende Persönlichkeiten Ansprachen, die in jeder Hinsicht hundert Dollars gezeichnet.

Der frühere Sekretär des Kriegsdepartements Alger erklärte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter, daß er die Einmischung namhafter amerikanischer Persönlichkeiten in die südafrikanischen Angelegenheiten mißbillige. Er gedachte ferner mit größter Dankbarkeit der wertvollen Freundschaft Englands während des spanisch-amerikanischen Krieges und machte Oben den Vorwurf, daß er zur Förderung seiner eigenen politischen Interessen eine antibritische Stimmung im Lande hervorzurufen suche.

Letzte Meldungen.

Kapstadt, 5. Februar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus.“) Nachfolgendes Telegramm ist hier aus Kapstadt eingegangen: Hier in Kensburg und Hanover Road herrscht große Thätigkeit wegen der Thatsache, daß eine starke Abteilung Infanterie abgeschickt wurde, um von Nordvals Fort Besitz zu nehmen. Die Kavallerie, welche die Aufklärung durchgeföhrt hat, ist zurückgezogen worden, um die früheren Verluste wieder einzubringen. — In Kapstadt sind ferner Nachrichten eingegangen, daß die Boeren Coloberg thatsächlich eingeäschert haben.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 5. Februar.

William Redmond fragt an, ob Balfour irgend welche Schriftstücke vorzulegen oder Mitteilungen zu machen habe, betreffend die Unterhandlungen über eine Tripelallianz zwischen England, Amerika und Deutschland, von der Chamberlain zu Leicester im November vorigen Jahres gesprochen. Balfour erwidert, daß eine derartige Mitteilung niemals von Chamberlain gemacht worden sei.

Chamberlain wendet sich gegen Harcourt's Rede, deren Ton und Art er in der gegenwärtigen Lage unangebracht findet. „Die Lage“, fährt Redner fort, „ist zweifellos ernst, aber ich glaube nicht, daß das Land in Gefahr ist. Auf Seiten der überwältigenden Mehrheit im Lande besteht der Wunsch, daß jeder Nerv angespannt werden soll, um den Krieg zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Harcourt, der sich an alle gewandt hat, die sich in diesem Krieg gelitten haben, aber auch an die Zuschauer im Ausland, hat eine kritische Prüfung vorgenommen, bei der er alles, was wir für wichtig halten, beiseite gelassen hat, um allen klar zu machen, daß dieser Krieg unmoralisch (Weißall bei den Iren) und ungerecht sei (erneuter Beifall bei den Iren), daß alle Opfer weggeworfen seien, und er findet Argumente für jene, die sich am Mißgeschick Englands weiden. (Weißall bei den Ministerien).“

Das Haus nimmt alsdann die Debatte über das Amendement Harcourt zum Abbruch zurück wieder auf. Sir William Harcourt führt aus, der Krieg sei eine Folge der Politik der Jahre 1881 bis 1895. Das große Unheil sei, daß man Leute um Rat gefragt habe, die auf der Seite der von den Unternehmern des Jameson'schen Einfalls bewohnten Straßeständen. Chamberlain unterbricht den Redner mit der Frage, ob er sagen wolle, daß die von ihm erwähnten Personen vom Kolonialamt befragt worden seien. Harcourt erwidert, er habe gefragt, ob die besten Beurteiler Afrikas gefragt worden seien und habe gesagt, es seien nicht die besten Beurteiler gewesen, die man befragte. (Gelächter.) Harcourt fährt sodann fort, die militärischen Vorbereitungen hätten sich auf die Mißachtung des Charakters und der Hilfsquellen der Boeren gegründet.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Stet, 5. Februar. (W. L. S.) Die hiesige Handelskammer beschloß einstimmig, eine Eingabe an den Reichstag zu richten, in welcher um Annahme der Flottenvorlage gebeten wird.

Kraußheim, 5. Februar. (W. L. S.) Vier Anaben aus Lautenbach brachen beim Schlittschuhlaufen im nahen Storchweier ein und ertranken.

Wien, 5. Februar. (W. S.) Die heutige Verständigungskonferenz unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Körber dauerte von 2 bis 4 Uhr und hatte lediglich einen informativen Charakter. Vertreten waren alle gemäßigten Parteien aus beiden Lagern.

Wien, 5. Februar. (W. S.) Meldungen polnischer Blätter zufolge wurden sämtliche Landesherren angewiesen, alle Vorkommnisse zu treffen, daß erforderlichenfalls die Reserven für den Reichsrat binnen sechs Wochen gänzlich durchgeföhrt werden können.

Paris, 5. Februar. (W. S.) Ein Telegramm vom Senegal berichtet, daß der Gouverneur von Westafrika einen Automobilwagen-Dienst für den Transport von Reisenden und Waren inaugurirt hat. Die Wagen legen 15 Kilometer in der Stunde zurück.

Buenos Aires, 5. Februar. (W. L. S.) Gestern kamen hier 219 Fälle von Sonnenstich vor, von denen 134 einen tödlichen Ausgang nahmen.

Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 5. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Bressfeld.

Ohne Diskussion werden zunächst in zweiter Lesung bewilligt die Etats des Kronstifts-Fonds, der Landesvermessung und des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten.

Dem

Etat der Lotterie-Verwaltung

regt Abg. Dr. Krenndt (fl.) erneut an, die preussische Verwaltung möge doch endlich dahin wirken, daß der Vielgestaltigkeit des Lotteriewesens im Deutschen Reich ein Ende bereitet werde. Der richtigste Weg wäre der Uebergang aller einzelstaatlichen Lotterien auf das Reich. Er persönlich zweifelt nicht an der Durchführbarkeit dieser Idee.

Unterstaatssekretär Lehnerz erkennt an, daß der heutige Zustand viele Unannehmlichkeiten mit sich bringe, aber es sei sehr schwierig, Abhilfe zu schaffen. Den Versuch dazu habe die preussische Regierung wiederholt gemacht, sie sei aber immer auf Widerstand gestoßen. Gegenwärtig schwebten wieder Verhandlungen mit dem Reich, aber er könne nicht sagen, ob der Erfolg diesmal ein anderer sein werde.

Abg. Biesch (C.) [sehr schwer verständlich] tritt für Abschaffung aller Lotterien ein.

Abg. Richter (fr. Vg.) will den Gedanken der Schaffung einer Reichslotterie nicht unwiderprochen lassen. Er hoffe, der Reichstag werde zu einem solchen Projekt niemals seine Zustimmung erteilen.

Abg. Dr. Frh. v. Heereman (C.) kann bei der Aufhebung aller Lotterien keine richtigen Ausweg sehen; es würde dann nur um so mehr dem geheimen Spiel geföhrt werden.

Der Etat wird hierauf bewilligt.

Nach Erledigung einiger weiterer Etatstitel wird die am Donnerstag abgetroffene zweite Beratung des

Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung

fortgesetzt. — Die Diskussion über das Kapitel „Bergwerke“ dauert noch fort.

Abg. Dabach (C.)

benämelt es, daß nicht überall die Verrieselung der Bergwerke in ausreichendem Maße vorgenommen werde. In dem jetzt vorliegenden Bericht über die Untersuchung der Ursachen des Grubenunglücks auf der Zeche „Vorussia“ bei Dortmund sei wieder einmal hervorgehoben worden, daß die Verrieselungsanlage mangelhaft gewesen sei. — Auf der Zeche „Unser Frey“ seien bei einer Revision fündalödie Ueberfahrungen der bergpolizeilichen Vorschriften konstatiert worden; man habe dort jugendliche Arbeiter bis zu achtzehn Stunden täglich beschäftigt und das durch Maderungen auf den Arbeitszetteln nachträglich zu kaschieren gesucht. Eine wirksame Kontrolle der Durchführung der bergpolizeilichen Vorschriften lasse sich nur durchführen, wenn die Arbeiter durch Delegierte dabei beteiligt würden. Der Minister befürchte, damit würde die sozialdemokratische Agitation gefördert werden; aber wie sich in der Industrie dies bei den Arbeiterauswüchsen nicht bewahrheitet habe, so werde es auch bei den Bergarbeitern nicht zutreffen. Auch Sozialdemokraten könnten übrigens ganz vernünftige Ansichten haben, wo es sich um Verhütung von Unfällen handle. Gerade die Grubenbesitzer sollten sich der Einstellung von Arbeiterdelegierten nicht länger widersetzen, denn heute würde vielfach behauptet, es unterblieben viele Schutzmaßnahmen lediglich, um höhere Lantienmen für die Direktoren und Aufsichtsräte zu erzielen.

Abg. Dr. Schulz-Vohum (natl.)

(auf der Tribüne sehr schwer verständlich) hält im Interesse des Friedens unter den Bergleuten die Zuziehung von Arbeiterdelegierten zur Bergaufsicht nicht für ratsam. Man möge nicht mit dem Feuer spielen. Die Ueberfahrungen auf der Zeche „Unser Frey“ seien durch den Wagenmangel notwendig geworden, die Arbeiter selbst hätten die verstärkte Förderung gewünscht, um höhere Löhne zu erzielen. Ein sozialdemokratischer Redakteur habe behauptet, daß die Bergbeamten sich Unregelmäßigkeiten hätten zu Schulden kommen lassen. Das Gericht habe aber in dem Erkenntnis ausdrücklich als erwiesen angenommen, daß in allen in Frage gekommenen Fällen ein Verschulden der Arbeiter vorgelegen habe. Nach seiner eigenen Erfahrung komme man bei den Bergarbeitern im Allgemeinen nicht die nötigen Kenntnisse in der Physik und Chemie voraussetzen, die sie zur Teilnahme an der Berginspektion befähigen können. Diese Arbeiter-Delegierten könnten weder für den Arbeitgeber, noch für die Arbeiter von Nutzen sein.

Minister Bressfeld

gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß immer noch Uebertretungen der bergpolizeilichen Vorschriften vorkommen. Es gelte das vor allem in den Zeiten gesteigerter Produktion, bei Kohlennot usw. Die Regierung sei aber bestrebt, alle solche Uebertretungen zur Verstrafung zu bringen. Das sei auch bei den auf der Zeche „Vorussia“ und „Unser Frey“ konstatierten Uebertretungen geschehen, und er habe eingehende Vorschriften erlassen, um für die Zukunft solche Unordnungen auszuschließen. Speziell habe er für die ausreichende Verrieselung der Gruben Sorge getragen. Der betreffende Regierungsbeamte aber, dem die Aufsicht über die Zeche „Vorussia“ oblag, sei inzwischen durch einen andern ersetzt worden. Auch der Betriebsleiter, der für die Unordnungen verantwortlich war, ist entlassen worden. Eine Aenderung in dem System der Bergaufsicht sei vor der Hand nicht möglich; zunächst müsse das jetzige System der verjüngten Aufsicht durchgeführt werden, und erst dann könne man über die Zuziehung von Arbeiterdelegierten schlüssig werden. In Belgien habe man mit solchen zunächst wenig günstige Erfahrungen gemacht, die Arbeiter fanden sich aber allmählich besser in die Sache hinein. Bis abschließende Erfahrungen vorliegen, habe Preußen gar keine Veranlassung, die Sache zu überhätzen. (Weisfall rechts und bei den Nationalisliberalen.)

Abg. Lohmann-Dttweiler (natl.) [schwer verständlich]

erkennt an, daß die Regierung alles getan habe, was in ihren Kräften stand, um die Bergaufsicht wirksam zu gestalten. Bis in die kleinsten Einzelheiten könnten aber die Polizeiverordnungen nicht festgelegt werden. Wegen einer Beteiligung der Arbeiter an der Grubenaufsicht wolle er sich nicht grundsätzlich ausdrücken. Aber es müsse eine Institution nach dem Muster der Gewerbegerichte geschaffen werden, in der ein Arbeiter neben einem Arbeitgeber unter einem unparteiischen Vorsitzenden sitzen könnte. Damit würde verhütet werden, daß die Einrichtung agitatorisch ausgenutzt werde.

Abg. Dr. Dirsch (fr. Vg.)

hält es für ganz unbedenklich, Arbeiter bei der Grubenaufsicht zu beteiligen. Die Bedenken der Gegner seien einfach dadurch zu widerlegen, daß es ja nicht lauter Arbeiter seien, welche die Aufsicht führen sollen, sondern in Gemeinschaft mit den Beamten. Erfahrene Arbeiter, die mit den Verhältnissen der Bergbau hinreichend vertraut seien, seien jedenfalls überall vorhanden. Man sollte endlich diesen Wunsch aller Bergarbeiter erfüllen, und man werde sehen, daß die Einrichtung zum Segen der Bergarbeiter nicht nur, sondern auch des deuth Bergbaues ausfallen werde. Aber auch ein anderer Wunsch der Arbeiter müsse möglichst bald erfüllt werden: Die Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem die Beschränkung der Ueber- und Nebenarbeiten. Wenn in Bestrafung der achtstündigen Schichtdauer möglich gewesen sei, so müsse sie auch in andern Bezirken durchführbar sein. Unter zu langer Arbeitsdauer müsse die Sicherheit des Betriebs leiden, und die meisten Gruben-

unfälle kämen erfahrungsgemäß auch bei zu langer Ausdehnung der Schichten vor. Weiter erlucht Redner die Bergverwaltung, mit dem Bau von Arbeiterwohnungen in der Nähe der Gruben in schnellerem Tempo vorzugehen. Schließlich weist Redner auf Grund der amtlichen Berichte der Staatsbergwerke nach, daß deren Erträge sich im Jahre 1897/98 um rund 25 Proz. gesteigert hätten, die Arbeitslöhne hätten dagegen nur eine Steigerung von 2 bis 6 Proz. erfahren. Man könne es da den Arbeitern nicht verargen, wenn sie weitere Löhnerhöhungen anstrebten.

Abg. Ihmer (fl.)

entnimmt im Gegensatz zum Vortredner den amtlichen Berichten, daß eine ganz wesentliche Steigerung der Löhne für die Bergarbeiter eingetreten sei. Nach seiner Ansicht seien die Arbeiter mit diesen Löhnerhöhungen durchaus angemessen an der Steigerung des Betriebsergebnisses beteiligt. Die Verkürzung der Schichten lasse sich keineswegs überall so leicht durchführen, wie Abg. Dirsch meine; sie liege oft auch gar nicht im Interesse der Arbeiter selbst. Die Verkürzung der Schichten werde nur mit Lohn-Reduzierungen ermöglicht werden können. Da würden die älteren Bergleute jedenfalls lieber eine Stunde länger arbeiten. Was die Bergaufsicht anbetreffe, so gehören dazu beträchtliche theoretische Kenntnisse, die man bei dem einfachen Bergarbeiter nicht voraussetzen könne. Dieselben müßten mindestens einen Kursus an einer Bergschule absolvieren.

Abg. Schmieding (natl.) warnt davor, die Löhne der Bergarbeiter zu sprunghaft zu erhöhen. Schon jetzt habe die Löhnerhöhung zur Folge, daß des Montags viele Arbeiter nicht einfahren.

Abg. v. Vockelberg (konf.) spricht sich gegen die Zuziehung von Arbeiter-Delegierten aus, die doch nur agitatorisch wirken würden.

Minister Bressfeld

legt dar, daß die Mehrzahl der Unfälle auf den sogenannten Steinfall in den Gruben zurückzuführen sei. Er habe eine Kommission zur Untersuchung dieser Erscheinung eingesetzt, diese habe jedoch ihre Arbeiten noch nicht beendet. Er hoffe aber, daß sie damit noch in diesem Jahre zu Ende kommen werde.

Abg. Felsch (konf.)

spricht sich gegen die Einstellung von Arbeiter-Delegierten aus. Auch im Bergwerke agitiert man ja jetzt für solche, aber gerade dort müsse er auf Grund seiner Erfahrungen sagen, daß ein gewöhnlicher Arbeiter unmöglich das Maß von theoretischen Kenntnissen besitzen könne, das zur Ausübung einer sachgemäßen Aufsicht notwendig sei. Die ganze Einrichtung solle nur der sozialdemokratischen Agitation dienstbar gemacht werden. Das wollten seine Freunde verhalten wissen. Zu Controlleuren eigneten sich nur unabhängige Leute mit den gehörigen Kenntnissen. Die Arbeiter seien aber nicht unabhängig, sie hingen von ihrer Organisation ab und würden nur das ausführen, was diese ihnen vorschreibe.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und das Kapitel „Bergwerke“ bewilligt. — Ebenso debattelos die Kapitel „Salzwerke“, „Hütten“, „Wald-Anstalten“ und „Berle“, welche mit andern Staaten gemeinschaftlich betrieben werden.

Sodann wird die Weiterberatung bis Dienstag 11 Uhr vertagt. — (Außerdem Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.)

Schluß 4 Uhr.

Aus Amerika.

New York, 20. Januar 1900.

Unsere Repräsentanten im Kongreß beanden sich mitten in der Philippinen-Debatte, welcher jedoch vom Publikum nur zeitweise eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Form, in welcher dergleichen Dinge im Kongreß erledigt werden, besteht in dem Einreichen irgend eines Antrags oder einer Resolution. Dieselbe kommt nun aber keineswegs sofort zur Erledigung, indem hinter einander darüber diskutiert und dann abgestimmt wird, sondern sie bleibt wochenlang auf der Tagesordnung, wird gelegentlich, wenn der eine oder andre darüber sprechen will, hervorgeholt und dann wieder weggelassen, — während inzwischen fortwährend andre Geschäfte besorgt werden. — bis endlich das Haus sich überzengt, daß genug darüber gesprochen worden ist. Dann wird Tag und Stunde bestimmt, wann eine Abstimmung stattfinden hat. Inzwischen aber hat das Volk Gelegenheit, die Ansichten seiner verschiedenen Vertreter kennen zu lernen. Kommt einer derselben nicht zum Wort, weil vorher „Schluß der Debatte“ in oben beschriebener Form angenommen worden ist, so erbittet er sich oft — und erhält auch — die Erlaubnis, seine nicht gehaltene Rede im amtlichen stenographischen Kongreßbericht zu veröffentlichen, die er dann als privilegierte porto-freie Sendung an seine Wähler versendet.

Die Philippinen-Debatte fördert nur insofern Neues zu Tage, als sich immer deutlicher herausstellt, wie die Eroberung der Philippinen von langer Hand vorbereitet gewesen ist. Was jedoch die Gründe für oder gegen Amerikon der Inseln betrifft, die natürlich mit denjenigen für oder gegen „Expansion“ und „Imperialismus“ zusammenfallen, so ist bisher nichts gesagt worden, was wir nicht schon ein Duzend Mal gehört hätten. Höchstens daß die Freiheit der Jungos, welche die Eroberung der Philippinen aus keinem andern Grunde, als weil sie ein föhliches Raubobjekt bilden, empfehlen, noch größer geworden ist, als früher. Im übrigen weiß jedermann, daß das Problem ganz im Sinne der kapitalistischen Politiker, welche hinter Mac Kinley stehen, gelöst werden wird.

Ein viel größeres Interesse, als die Philippinen-Politik der Regierung, erregt beim Publikum eine andere Angelegenheit, welche sich im Kongreß abspielt und sich jetzt der Entscheidung zuneigt. Ehe das Mormonen-Territorium Utah im Jahre 1896 als Staat zur Union zugelassen wurde, waren schon eine große Anzahl Christen anderer Couleur — von den Mormonen „Gentiles“ genannt — in das von den Mormonen fruchtbar gemachte Gebiet eingewandert.

Damit begann dann eine energische Agitation gegen die Vielehen der Mormonen. Ehe nun Utah Staat wurde, kam man — wenn auch nicht in formeller Weise, weil das einer offiziellen Anerkennung des Instituts der Vielehen gleichkommen wäre — überein, daß alle die Tausende von bereits abgeschlossenen Vielehen, die man doch nicht auflösen oder deren Teilnehmer man doch nicht als Verräther betrachten konnte, stillschweigend gebildet, weitere aber nach dem allgemein gültigen Gesezen behandelt werden sollten. Die Teilnehmer solcher bereits bestehenden Vielehen wurden nun auch keineswegs in ihren politischen Aspirationen geschädigt; im Gegenteile wurden viele von ihnen vom Präsidenten als Vereingigte Staaten-Beamte (also nicht nur als Beamte des Staats Utah) bestätigt. Nun begab es sich, daß bei der letzten Herbstwahl ein rechter und rechter Mormonen, mit drei lebenden Frauen, — allerdings sämtlich vor Eintritt Utahs als Staat in die Union gefreit, — Brigham S. Roberts, als Vertreter Utahs in das Repräsentantenhaus des Kongresses gewählt wurde. Man kann sich denken, daß darob das gesamte kirchliche Element in den Vereingigten Staaten in föhliche Entrüstung geriet. Ein Petitionssturm ohne gleichen wurde in Scene gesetzt, sieben Millionen Unterschriften, „männlichen und weiblichen Geschlechts“, gesammelt und der im letzten Dezember zusammengetretene Kongreß aufgefordert, den vielbewehrten Roberts unter keinen Umständen zuzulassen. Nun sind sowohl Senat wie Repräsentantenhaus in Washington alleinige Richter über Zulassung ihrer Mitglieder, — natürlich gemäß den Vorschriften der Konstitution. Diese letztere schreibt gewisse Qualifikationen vor, welche die Gesezgeber, in diesem Falle die Mitglieder des Repräsentantenhauses, besitzen müssen: ein gewisses Alter, das Vereingigte Staaten-Bürgerrecht und eine Verlaublichung

der betreffenden Behörde des Staates, für welchen der Repräsentant gewählt ist, daß seine Erwählung eine ordnungsmäßige war. Alle diese konstitutionellen Qualifikationen besitzt Roberts, nach einstimmigem Zeugnis des für diese Angelegenheit eingesetzten Untersuchungs-Komitees. Aber Konstitution hin, Konstitution her! Handelt es sich doch um Millionen von Stimmen, welche man verlieren könnte, wenn man der Konstitution folgte. Und so empfiehlt das Untersuchungskomitee mit fünf Stimmen gegen zwei, daß Roberts nicht zugelassen werden solle. Und das Haus wird zweifellos in nächster Woche dem entsprechend entscheiden. Die zwei dissentierenden Stimmen verlangen, daß Roberts zugelassen, dann aber als „Verbrecher“ ausgeschlossen werde. Das Verweigern der Zulassung erfordert nur eine einfache Majorität, der nachherige Ausschluß aber eine von Zweidritteln. Das Komitee will also sicher gehen. Geht es nun das Erwartete, so ist damit ein Präzedenzfall geschaffen, dessen Bedeutung noch nicht abzusehen ist. Denn u. a. mag auch ein Mensch, welcher „die Grundlagen der Gesellschaft“ untergraben will als „Verbrecher“ angesehen und nicht zugelassen werden, trotzdem er alle konstitutionellen Qualifikationen zum Repräsentanten besitzt. —

Neulich ist das Resultat einer eingehenden Untersuchung Sachverständiger über den Anteil, welchen die Arbeiter an der angeblich allgemeinen Prosperität genießen, veröffentlicht worden. Danach sind seit Jahr und Tag die Arbeitslöhne im Durchschnitt um etwa fünf Prozent gestiegen, dagegen die Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse um etwa 15 Proz. Die Arbeiter würden sich also noch schlechter stellen als früher, wenn nicht die größere Stetigkeit der Beschäftigung gegen früher einen gewissen Ausgleich herbeiföhrt.

In New York wird in nächster Zeit die Nachfrage nach Italienern sehr groß sein. Wir werden jetzt nämlich endlich wirklichen Schnellverkehr erhalten, da „Tammany“ durch seine Vertreter bei der Sache interessiert ist. Vor ein paar Tagen ist einem der letzteren der Bau einer elektrischen Untergrundbahn vorgeschlagen worden. Diese Bahn wird das ganze langgestreckte New York auf eine Länge von circa 15 englischen Meilen durchlaufen, im oberen Teile abgabelt auf zwei Routen. Die Arbeiten müssen innerhalb 30 Tagen beginnen, die Kosten werden auf 35 Millionen Dollars veranschlagt und das ganze gigantische Werk soll in drei Jahren vollendet sein. Die Stadt erhält einen gewissen Prozentzins von den Brutto-Einnahmen. Diesmal ist's ernst; und da braucht man denn Erbauer, was hierzulande mit Italienern fast identisch ist. —

Sociales.

Im Zeichen der Barbarei. Ueber die Anwendung der Prügelstrafe für jugendliche Uebeltäter wird der „Social-Dorrespondenz“ geschrieben:

Während bei jugendlichen Verbrechern die Todesstrafe nicht mehr angewendet wird, ist dagegen die Anwendung der Prügelstrafe gerade ihnen gegenüber noch eine ziemlich verbreitete. Ungeleglich ist sie jetzt in Frankreich, Italien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden und der Schweiz. In Norwegen, Dänemark, England, Schottland, Irland und mehreren britischen Kolonien ist sie hingegen strafrechtlich anerkannt. In Norwegen kommt die Peitschung von Kindern zwischen zehn und fünfzehn Jahren sehr häufig vor. In Dänemark dürfen Mädchen bis zum zwölften, Knaben bis zum fünfzehnten, unter Umständen sogar bis zum 18. Lebensjahr gepeitscht werden. Reines Dänisch ist Dänemark das einzige „Kulturland“, dessen Strafrecht das Peitschen von Mädchen ausdrücklich gestattet. 1893 wurden in England rund 3000 Kinder, in Schottland 305 Knaben zur Peitschung verurteilt. In Irland und den britischen Niederlassungen dagegen gelangt die Prügelstrafe höchst selten zur Anwendung; in der australischen Kolonie Victoria z. B. wurden zwischen 1873 und 1890 insgesamt bloß 44 jugendliche Personen gepeitscht, in Neu-Schweden im Jahre 1890 keine einzige.

Es ist kein Ruhm für England, an der Spitze der Kinderprügler zu marschieren.

Im Dredner Kerzestreit hat die Kreisshauptmannschaft zu Ungunsten der Kerze entschieden. Sie hat ausgesprochen, daß die ärztlichen Bezirksvereine nicht berechtigt sind, ihren Mitgliedern bindende Vorschriften über die Honorarföhre zu machen. Da eine ganze Anzahl Kerze schon von vornherein bereit waren, die alten, durchaus anständigen Bedingungen der Offenbahn-Betriebsklasse anzunehmen, so ist der Streit damit auch praktisch beigelegt.

Der Erlaß eines Wochenpflegerinnen-Gesezes mit bindender Kraft im ganzen Deutschen Reich wird von der Vereinigung der deutschen Hebammen angefeindet, weil angeblich eine Anzahl Kerze in Verbindung mit der nach allen Seiten freien Wochenpflegerin die Hebammen aus den zahlungsföhigen Familien verdrängen. Um den Wochenpflegerinnen die Konkurrenz zu erschweren, verlangen die Hebammen in einem dem Reichstage eingereichten Gegenentwurf strengere Vorschriften über die Vorbildung der Wochenpflegerinnen, staatliche Prüfung und Vereingung derselben, sowie Beaufsichtigung durch den Kreisphysikus. Schließlich wird noch der Wunsch ausgesprochen, daß die Stadt- und Landgemeinden für die ärmere Bevölkerung Gemeinde-Wochenpflegerinnen mit einem festen Jahresgehalt anstellen möchten, die dann auch in die staatliche Alters- und Invalidenversicherung aufzunehmen wären. — Leider kann man den Hebammen den Vorwurf nicht erzipen, daß sie ihr berechtigtes Streben nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage mit reaktionärem Weitverstand verquiden. So verlangen sie u. a., daß keine Frau zum Hebammen- oder Wochenpflegerinnen-Beruf zugelassen werden solle, die außerehelich geboren habe, sie mag im übrigen noch so vorzüglich für diese schwierigen Berufe befähigt sein. Das ist ein durchaus ungerechter und kleinlicher Standpunkt.

Ein neues Unfallversicherungs-Gesez ist dem schwedischen Reichstag von der Regierung zugegangen. Der schwedische „Socialdemokrat“ wirft dabei einen Wadstich auf den Siphphus-Stampf, der bisher in Schweden um die Versicherungsgefeze geführt ist. Im Jahre 1888 begann die Regierung aus vielen Drängen aus der Bevölkerung und in der Presse ein Unfallversicherungs-Gesez für Industrie-Arbeiter auszuarbeiten, das sie 1890 dem Reichstag vorlegte. Es wurde — abgelehnt von der konservativen Majorität. 1893 teilte ein zweiter, noch schlechterer Antrag dasselbe Los. Nun hatte die Regierung gutes Recht, die Angelegenheit beiseite zu legen und etwas anderes vorzunehmen, nämlich die Alters- und Invaliditätsversicherung. Dieser Antrag wurde 1895 vorgelegt und abgelehnt. 1898 kam ein ganz klägliches Entwurf, er wurde doch abgelehnt und schließlich wurde ein völliges Nichts, eine Art Armenunterstützung geschaffen. Nun soll wieder die Unfallversicherung an die Reihe kommen, aber in einem Entwurf, der rückwärtschrittlich gegen die früheren ist. Noch 1899 verlangte man obligatorische Versicherung in einer Reichs-Versicherungsanstalt, jetzt handelt es sich nur noch um ein paar Paragraphen von der Erfassungspflicht der Arbeitgeber bei Unfällen, eine Pflicht, die sie durch eine Paratime oder eine Leibrente oder durch Invalidversicherung bei einer Anfall erfüllen können. Schon der Antrag von 1890 liegt große Arbeitermassen unverichert, bemoh die Entschädigung zu gering und machte sie von einem zu langen Ermittlungs-Verfahren abhängig, jetzt bleiben alle Erd-, Wald- und Seefahrts-Arbeiter ohne Schutz, die höchste Jahresunterstützung bei völliger Erwerbsunfähigkeit und höchsten Lohnverhältnissen beträgt 300 Kr., die Paratize 2 Rente. Das ist der Fortschritt in der schwedischen Socialpolitik, und ob dies Brodsamlein noch bewilligt werden wird?

Lokales.

Die hygienischen Vortragskurse, welche die „Centralkommission der Krankenkassen Berlins“ veranstaltet, nehmen unter freigeber Teilnahme der Arbeiterkassen ihren ungehörten Fortgang. Am Donnerstag, den 1. Februar, fanden wiederum in vier Gemeindefchulen Vorträge statt, in welchen von den Herren Dr. Katschowski, Pflüger, Löwensthal und Reiffisch das Thema: Ernährung (Nahrung und Genußmittel) in gemeinverfändlicher Weise besprochen wurde. Die Vorträge waren durchweg gut besucht, zum großen Teil sogar besser, als die ersten Vortragsabende. Erfreulichweise scheint auch gerade bei den Frauen ein regeres Interesse sich geltend zu machen. Die Diskussion bez. Fragestellung kam auch schon besser in Fluß, als das erste Mal.

Die nächsten Vorträge, welche ebenfalls wieder das Thema: Ernährung behandeln, finden Donnerstag, 8. Februar, statt; es sprechen Herr Dr. W. Müllerheim in der 110/174. Gemeindefchule, Schönhauser Allee 166a, Dr. G. Steinitz in der 159. Gemeindefchule, Stephanstr. 27; Dr. G. Wischner in der 40. Gemeindefchule, Sietzenstr. 7. Am folgenden Donnerstag, den 15. Februar, folgen dann vier Vorträge über die „Hygiene des Kindes“; es sprechen über dieses Thema Dr. C. Saulmann (an Stelle des Herrn Dr. Simon, welcher verhindert ist) in der 80. Gemeindefchule, Brangelstr. 128, Dr. A. Huesch in der 84. Gemeindefchule, Reichstr. 31/32, D. H. Fuesch in der 118/127. Gemeindefchule, Vantstr. 8 und Dr. O. Mugden in der 107. Gemeindefchule, Genthnerstr. 4.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Teilnahme an diesen Kursen für alle Krankenkassen-Mitglieder und deren Angehörige unentgeltlich ist, und daß eine Legitimation zum Eintritt nicht erforderlich ist. Auch diejenigen, welche die bisherigen Vorträge verläßt haben, können nichtdefertivenfalls an den folgenden teilnehmen, da jeder einzelne Vortrag ein begrenztes Gebiet der Hygiene behandelt und für sich ein geschlossenes Ganzes darstellt.

Ein städtischer Glaubensdilettant. In der „Mittl. Volksztg.“ berichtet jemand: Am 2. Februar ca., mittags 12 1/2 Uhr, begab ich mich zur Anmeldung eines Geburtsfalls nach dem Standesamt, Nigarisstr. 8. Hier wurde ich von einem Herrn in ein Zimmer geführt, in welchem sich zwei Herren befanden, welche die Eintragung des Geburtsfalls veranlaßten. (Vorweg möchte ich bemerken, daß meine Frau protestantisch war und vor einem halben Jahr zum katholischen Glauben übergetreten ist.) Nachdem der eine Herr mich über die Personalien befragt hatte und von mir erklärt war „Religion beider Eltern katholisch“, sah der Beamte, daß in der Heiratsurkunde die Religion meiner Frau als evangelisch bezeichnet war. Nachdem ich ihm auf fernere Fragen bejahte, daß meine Frau zum katholischen Glauben übergetreten sei, erklärte er in brutalen Worten: „Pflui, da sollte sich Ihre Frau was schämen“. Als ich mir diese Redensart ernstlich verbat und dem Beamten erwiderte, daß dies ihn gar nichts angehe, erwiderte er: „daß er als evangelischer Beamter dazu verpflichtet resp. berechtigt wäre, denn jeder Mensch soll bleiben wie er ist und dies hat doch Ihre Frau nur Ihrer wegen gethan und das wäre ein Religionshandel und dazu sei ihm die Religion zu heilig.“ Es ist in Berlin ein wohl immerhin seltener Fall, daß ein Beamter sich über die nebenfällige Frage, was sein Mitmenschen glaubt, in derart ungebührlicher Weise ereifert.

Mirbachstaben. Wie die „Volks-Zeitung“ hört, waren dieser Tage die Direktoren von dreien der größten Spezialitäten, Bühnen auf das Polizeipräsidium beschieden worden. Es wurde ihnen dort eröffnet, daß es so wie bisher mit der Art gewisser Darstellungen nicht weiter gehen könne. Es wurde dabei auf das Auftreten eines vielgerühmten Sterns des Schauffenstengefängnisses hingewiesen; die Couplets der Dame wurden gleichwie ihre Dekolletierung als zu weitgehend bezeichnet, und es wurde bemerkt, daß von nun ab mit erhöhter Strenge auf die Innehaltung bestimmter Grenzen in der Wahl der Darbietungen und ihrer Form geachtet werden würde. Auch andere Theater, z. B. das Residenz-Theater, sind erwähnt worden. Für die Konzeptionen der Beteiligten, so wurde ihnen eröffnet, konnte es unangenehme Folgen haben, wenn sie nicht den Intentionen der Polizei auf Verstilligung der Bühnen nachkämen.

Wird sich nun aber das städtische Niveau der „besseren Gesellschaft“ heben?

Ueber die Pockenkrankheit, von der, wie noch erinnerlich sein wird, die 3. im Pathologie-Vanopium auftretenden Logo-Regier befallen worden waren, teilt der jetzt erkrankene Verwaltungsbeamte des städtischen Krankenhauses Noabst folgendes mit: Am 23. Mai 1898 wurde auf Veranlassung des königl. Polizeipräsidiums die Regier-Truppe, bestehend aus 9 Männern, 2 Frauen und 23 Frauen im Krankenhaus aufgenommen. Obgleich sämtliche Mitglieder der Truppe bereits in Afrika geimpft und teilweise zum zweitenmal geimpft waren und ein Teil Watternarben aus der Kindheit zeigten, erwiefen sich bei der Entleerung vier Männer und 11 Frauen an Pocken erkrankt. Während des Krankenhaus-Aufenthalts erkrankten noch ein Knabe und ein Mädchen. Die übrigen Mitglieder der Truppe wurden isoliert und blieben gesund. Weitere Ansteckungen im Krankenhaus traten nicht auf. Die Truppe konnte am 18. Juni gesund in die Heimat entlassen werden.

Das Komitee für das Märzdenkmal hat sich mit dem Besuch zur Festsetzung eines Gedenksteins im Pflügerpark auf dem Friedhof bezugehen, nimmere an die Stadtverordneten-Versammlung gewandt, nachdem es vom Magistrat abschlägig beschieden worden ist.

Zur Angelegenheit Sternberg schreibt die „Zeit. Jg.“ Alle Bemühungen, eine Pensionierung des Bankiers August Sternberg zu bewirken, sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben, obwohl sehr beträchtliche Summen, man spricht von 300 000 M., angeboten wurden. Allerdings scheint die Befürchtung einer Verdrängung des Habbestandes nicht grundlos zu sein, sind doch schon viele Jungen, reich mit Geldmitteln versehen, ins Ausland gegangen, so daß die Ueberführung noch manche Schwierigkeiten machen dürfte. — Als ein Versuch zur Verdrängung des Habbestandes ist es jedenfalls auch anzusehen, wenn die Frau in Roumanien als eine abgefeimte Schwindlerin dargestellt wird. Man verbreitet von ihr, daß sie während ihres Aufenthalts in Innsbruck Hotel-Schwindeln begangen haben soll. Nach unren Informationsquellen haben Agenten des Sternberg in Innsbruck sich bemüht, die Frau bei der dortigen Polizei sowohl wie bei dem Wirt, in dessen Hotel sie wohnte, als Diebin und Schwindlerin zu verdrängen. Ginzufügen wollen wir noch, daß neuerdings auch von Leuten, welche der Fälscher nahestanden, der Versuch gemacht wird, diese verdrängte Kupplerin als verfolgte Unschuld hinzustellen.

Das neue Fernsprechnetz ist gestern früh 7 Uhr eröffnet und damit der Betrieb der alten Vermittlungsanstalten 1 und 2 eingestellt worden. Das Amt 1a hat damit aufgehört zu existieren. Das neue Amt ist zugleich die erste der großen Vermittlungsanstalten für über 10 000 Teilnehmer, welche den Dienst von je einem Paar von Doppelämtern übernehmen sollen. Das neue Amt 1 befindet sich in einem neugebauten Saal des Haupt-Telegraphengebäudes an der Jägerstraße.

Vom Fall in den Tod. In der Holmannstraße 29 wohnte seit dem 1. Oktober in einem möblierten Zimmer eine junge Wienerin Marianne W., die den Hausgenossen als etwas absonderlich bekannt war. Sie hatte vor drei Jahren ihre Mutter durch plötzlichen Tod verloren, seitdem zeigte sie ein aufgeregtes Wesen. Ihren Lebensunterhalt erwarb sie sich mühsam durch Sprachunterricht. In der letzten Zeit unterhielt sie ein Liebesverhältnis mit einem jungen Arzte. Mit diesem besuchte sie am Sonnabendabend einen Ball, sobald ein Kaffeehaus. Dort geriet das Paar in Streit, und die junge Dame kam um 6 Uhr morgens in der größten Aufregung in einer Droschke nach Hause. Sie war kaum auf ihr Zimmer gekommen, als ihre Wirtin zwei Schüsse fallen hörte. Sie fand ihre Wirtin im Ballsaal schwer verletzt auf dem Sofa sitzen. Aus

zwei Wunden unterhalb des Herzens quoll das Blut hervor und rieselte über die heißen Kleider herab. Gleichmäßig hat die Verwundete ihre Wirtin, doch den Revolver, der ihrer Hand entfallen war, zu nehmen und noch einmal auf sie zu schießen. Die Frau brach rasch den Revolver beiseite und benachrichtigte die Polizei. Ein Arzt, den diese holte, legte einen Rotverband an und ließ die Schwerverletzte nach dem Krankenhaus am Ullstein bringen. Auch die Begleiter des Wagens hat die Lebensgefahr wiederholt, ihr doch eine Waffe zu holen, damit sie sich selbst den Tod geben könne, wenn andere es nicht thun wollten.

Eine Zwangsdienung für das Töpfer- und Ofenseher-Handwerk tritt am 1. Mai d. J. für Berlin und Umgegend in Kraft.

Ein schwerer Unfall im Vorortbahn-Verkehr ist Sonntag auf der Strecke Berlin-Cranienburg durch das Verfehlen einer Maschine herbeigeführt worden. Der Lokomotivführer Reumann sowie der Heizer Hermann Rudow haben hierbei durch das Ausströmen des Dampfes erhebliche Brandwunden erlitten. Durch das Liegenbleiben des Juges wurde eine große Betriebsstörung herbeigeführt; hervorzuhelien ist, daß sich auch bei dieser Gelegenheit die Vorschriften und Vorkehrungen, welche für den Fall einer im Dienst eintretenden Verletzung von Angestellten der Staatsbahn bestehen, als unzulänglich erwiesen haben. Ueber Einzelheiten ist folgendes zu berichten: Der von dem Unfall betroffene Jug ist der den Stettiner Bahnhof um 9.45 Uhr verlassende Vorortzug. Auf der Fahrt zwischen Reinickendorf und Talldorf hörten die Passagiere plötzlich einen starken Knall; bald darauf kam der Zug zum Stehen. Von den Passagieren aus sah man, daß eine dicke Dampf Wolke die Maschine umgab; das zur Stelle eilende Personal fand die oben genannten beiden Personen, welche sich auf der Lokomotive befunden hatten, nicht unerheblich verletzt vor. Namentlich der Lokomotivführer hatte schwere Brandwunden davongetragen. Es stellte sich heraus, daß während der Fahrt ein Volzen aus Siederrohr aus Gründen, die bis jetzt nicht ermittelt sind, herausgekommen war; die in den Raum, in dem sich beide Beamte befanden, austretenden Dämpfe hatten die Verletzungen zur Folge gehabt. Schwere Verbrühungen hatte namentlich der Lokomotivführer davongetragen, der ohne Rücksicht darauf, daß ihn der Strahl des Dampfes unmittelbar traf, seiner Pflicht entsprechend in selbstmüthiger Anspornung zum Ventill der Maschine vorgezogen war und es geöffnet hatte. Ein Heizergehilfe, der aus der Sanitätswache in der Eichendorffstraße requiriert wurde, legte beiden Verunglückten, die sich noch auf der Maschine befanden, Notverbände an; eine aus Hermsdorf telegraphisch requirierte Maschinen-Schleppbahn fuhr nach dem Vorortzug dorthin. Einem die Station waffierenden, von Straßund kommenden Schnellzug wurde dann das Haltsignal gegeben, damit er Reumann und Rudow nach Berlin mitnehmen konnte. Auffallend ist nun, daß weder auf der verunglückten Maschine Verbandzeug vorhanden war, noch daß in Berlin irgend welche Vorbereitungen für den Transport der beiden im Dienst verunglückten Beamten getroffen worden waren.

Durch einen Sabelhieb ist von einem Schutzmann ein 29 Jahre alter wohnungsloser Arbeiter Hugo Wagner schwer verletzt worden. Dieser griff auf der Wache des 66. Polizeiregiments in der Frankfurter Allee einen Beamten tödlich an und erhielt von ihm einen Sabelhieb über den Kopf. Der Verwundete wurde als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

Arbeiterriß. Von der Staatsanwaltschaft Beschlagnahme worden ist die Leiche des 42 Jahre alten Mannes Friedrich Weinmann aus der Friedrichsstraße 42. Weinmann arbeitete zuletzt auf einem Neubau in der Nigarisstr. 68. Donnerstagsabend befam Frau Weinmann durch einen Polizeibeamten die Nachricht, daß ihr Mann verunglückt und nach dem Krankenhaus Verbrannt gebracht worden sei. Er war infolge eines Festtritts von einem drei Stock hohen Schornsteinfenster herabgestürzt und hatte sich schwere Verletzungen am Kopf und an der Brust zugezogen. Die Verletzungen ist er im Krankenhaus erlegen. Der Verunglückte hinterläßt seine Frau, mit der er 17 Jahre in glücklicher Ehe lebte, mit sieben Kindern im Alter von 2 bis 16 Jahren.

Selbstmordversuch einer Greisin. Infolge von Familienstreitigkeiten stürzte sich die 82 Jahre alte Witwe Wilhelmine E. aus dem Fenster der im ersten Stock eines Hauses der Vossstraße gelegenen Wohnung ihrer Tochter auf den Bürgersteig hinab und zog sich eine Gehirnerschütterung zu. Die alte Frau wurde ebenso wie ihre Tochter, die aus Furcht von einer tiefen Bewußtlosigkeit befallen worden war, auf Anordnung des Arztes in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

In der Angelegenheit des Gutsbesizers Dahl meldet eine Korrespondenz: Leute, mit denen Dahl im Prozeß liegt und die ihm nicht wohlwollen, haben ihn zu Unrecht der Majestätsbeleidigung beschuldigt und dadurch seine Verhaftung herbeigeführt, die nach Entkräftung der Beschuldigung alsbald das Landgericht ohne Bürgerlichkeitsforderung wieder aufgehoben hat. Wie mit der Majestätsbeleidigung verhält es sich auch mit der Verletzung wegen Vertrags und Notzucht.

Zu der Reitbahn schwer verunglückt ist am Sonnabend, nachmittags der Unteroffizier Felsche von der ersten Schwadron des Garde-Muskulier-Regiments. Bei einem Hürdenprung stürzte sein Pferd und Felsche fiel so unglücklich auf den Rücken, daß er sich schwere innere und äußere Verletzungen zuzog. Der Verunglückte wurde mit einem Krankenwagen nach Tempelhof in das Garnisonlazarett 1 gebracht.

Druckfehler-Berichtigung. In dem Artikel „Von den Berliner Wierskauer“ in Nr. 29 am 4. Februar ist zu lesen: „In der Schöneberger Vorstadt 145“ (für: Schönhauser Vorstadt).

Doktor Faust im Circus Schumann. Auf den ersten Blick erscheint es wie eine freche Verhöhnung aller Künsten und Grazien, des größten Meisters Reichthum in die Manege zu zerren. Aber der Circusdirektor hat der Entschuldigungen mancherlei. Er ist geschmackvoll genug, um alles zu vermeiden, was den großen Goethe veranlassen könnte, sich im Grabe umzudrehen. Die Majestät dieses Dichterkönigs bleibt unangefastet. Und was im übrigen von Doktor Faust vorhanden, was aus das alte Volksbuch bietet, ist es nicht Schmutz genug, um in einem Schau-Theater verwertet zu werden, das längst über die engen Grenzen der Pferdedrehscheibe hinaus ist? Die moderne Circuskunst ist nicht mehr auf die Manege beschränkt; ihr steht eine Bühne, ihr stehen Maschinen zur Verfügung — so gut, wie dem Theater. So trat denn in der Ausstattungsaufnahme des Herrn August Siemä der wissenschaftliche Baudekorationen wohlgemut auf das Podium, ergoß sich an Geistesimpul und Fabelgeister und wurde erst ängstlich, als die klassische Verklammerung des feurigen Pluto sich vor ihm aufthut. Der Gott der Unterwelt weiß, was dem verdröhten Gelehrten fehlt, er giebt ihm einen Lebensmann, den Merkur-Helios, und eine Lebensdame, Merkur-Helios, auf den Weg, und nun geht es vom Bühnentanz zur Manege, flott in den Strudel, Strudel „nein.“ Das erste Bild „Im Reiche der Liebe“, das sich vor dem verflügelt Faust aufthut, ist ein Meisterstück der Tanzpoesie und mit zu dem Ueberbesten zu zählen, das in Farbenkomposition und geschmackvoller Gravurierung je auf eine Bühne gebracht worden ist. Weiter bringt das Ausstattungsgesicht ein mittelalterliches Schloß, auf welchem Faust und Merkur-Helios sich als Wunderdoktoren aufstehen und Schabernad betreiben. Nun geht es mit Hullo und Puffa zum Gegenabbat auf dem Blockberg, ein Schauspiel, das seiner Natur nach mehr wild und aufregend als schön zu nennen ist. Den noch wilderen Schluß des Stücks bildet die Höllefahrt des Doktor Faust. Der Teufel läßt sich nicht lumpen und führt seinen werten Gast in das mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattete Hoflager unter gebührendem Aufwand ein. Galleit giebt es in Hölle und Hölle, so daß es um so höher anzuschlagen ist, wenn viele zahlungsfähige Sinder trotz solcher verführerischen Luxur sich auf ihre alten Tage durch Kirchenpenden einen Platz im Himmelreich zu sichern suchen.

Der Beisatz, der die Aufführung begleitete, war wohlverdient; Direktor Schumann kann sich zu einem Poeten, wie er ihn in Herrn Siemä besitzt, gratulieren.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 7. Februar, mittags 12 Uhr, hält Herr Musikdirektor Otto Dienst in der Marienkirche einen Orgelkonzert bei freiem Eintritt unter Mitwirkung der Konzertfängerinnen Frau Marie Lindow und Frau Emma Maria Gumbert, des Organisten Herrn Rich. Tüschel, des Violinisten Herrn Paul Dietze und des Organisten Herrn Paul Geuer. Aufgeführt werden: die G-moll-Messe von Bach, die 4 Sonate von Mendelssohn, das Händel'sche Gebet, das Largo von Händel für Orgel, Violine und Orgel o. a.

Feuerbericht. Durchweg unbedeutende Brände waren es, die am Sonntag und Montag Alarmierungen verurächten. Rottbuserstraße 8 hatte ein Tisch Feuer gefangen, während Rosenfhalerstraße 81 ein kleiner Holzbrand zu beseitigen war. Auf einem Wäscheboden in der Mariannestraße 87 war aus nicht ermittelter Ursache Feuer ausgebrochen, das einen kleinen Teil der Dachkonstruktion beschädigte, jedoch noch rechtzeitig abgelöscht werden konnte, bevor es größere Ausdehnung erlangte. Auf blinden Böden waren Alarmierungen Georgen-Rathhof, Siedingerstraße 41, Waldemarstraße 61, Andreasstraße 64 und Baulstraße 65 zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Berammungen in den Vororten. Rummelsburg-Stralau. Morgen Mittwoch findet im Café Bellevue als Protest gegen die Flottensortlage eine Volksversammlung statt. — Charlottenburg. Die Frauen und Arbeiterinnen, speziell die Genossinnen, werden ganz besonders auf die heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, bei Herrn Bernice, Bismarckstr. 34, stattfindende Versammlung des „Freien Vereins für Naturheilkunde und Gesundheitspflege“ aufmerksam gemacht. — Pankow. Bei Großhirs. Berlinerstraße 27, findet heute Abend 8 1/2 Uhr, Bescheid des hiesigen „Arbeitervereins“ statt. — Tempelhof-Mariedorf. Da uns an Orte keine Versammlungslokale zur Verfügung stehen, werden die Genossen aufgefordert, Mittwoch die Berliner Volksversammlungen, die sich mit der Flottensortlage beschäftigen, zahlreich zu besuchen.

Zum Fall Lindenhan. Auf die Mitteilungen aus Grünau, die wir am Sonntag veröffentlichten, erhalten wir von Herrn Lindenhan folgende Zuschrift:

Auf den Artikel vom 4. Februar habe ich zu erwidern, daß mein Lokal von der Grünauer Lokalkommission gesperrt worden ist, ohne daß mit mir verhandelt worden wäre. Natürlich lehne ich jetzt jede Verhandlung mit den Grünauer Genossen ab, siehe aber den Berlinerern zu jeder Zeit zur Verfügung. Ich werde ihnen alles unterbreiten, damit sie dann ihr Urteil fällen können. Mein Wunsch wäre, daß die Berliner Genossen zu meiner Angelegenheit Stellung nehmen, denn dann würde der Schleier gelüftet werden. Die Klage auf Konfessionsentscheidung ist nicht zurückgezogen. Ich hätte den „Vorwärts“ nicht in Anspruch genommen, er steht mir zu hoch, um ihn mit derlei Sachen zu beschäftigen; ich dachte als Parteigenosse, die Genossen des Kreises würden dazu Stellung nehmen. Da dies nicht geschehen ist, so muß ich allerdings den Raum Ihres Blattes beanspruchen. Was sonst noch vorliegt, kann ich der Öffentlichkeit nicht unterbreiten, bin aber bereit, es jeder Kommission vorzulegen.

G. Lindenhan, Gastwirt.

Nach unrer Meinung ist der Schleier des Geheimnisses ohne große Beschwerlichkeit zu lüften. Die Thatsache, daß Herr Lindenhan den Parteigenossen in Grünau sein Lokal nicht mehr zu Versammlungen zur Verfügung stellt, hat er nicht bestritten. Ist an dieser Thatsache aber nicht zu rütteln, so sind alle schönen Worte zwecklos, denn naturgemäß ist die Lokalfrage von keinem andren Umstand abhängig als von diesem. Im übrigen weiß ja auch Herr Lindenhan, daß in Berlin in der Lokalkommission eine Körperkassette und zwar die einzig zuständige vorhanden ist, der er seine Beschwerde unterbreiten kann. Nebenher bemerken wir noch, daß die positive Behauptung, die Klage auf Konfessionsentscheidung sei zurückgezogen, von uns gar nicht aufgestellt worden ist und ja auch gar nicht aufgestellt werden konnte. Sowie über Herrn Lindenhan.

Nun sind wir noch in der Lage, in dieser ersten Angelegenheit auch dem humoristischen Element ein Plätzchen einzuräumen. Herr Amtsvorsteher v. Oppen in Adlershof beehrt uns nämlich mit einer Zuschrift folgenden Inhalts:

Die Ausführungen unter der Epithete „Zum Fall Lindenhan“ in der Nummer 29 Ihrer vortrefflichen Zeitung habe ich mit großem Vergnügen gelesen, wie dies immer der Fall ist, wenn ich des Vorzugs teilhaftig werde, daß sich der „Vorwärts“ mit mir beschäftigt. Leider muß ich aber eine Verdrängung auf Grund des Beschlusses fordern: Es ist zu meinem Bedauern unklar, daß ich selbst vor die Thür des Lindenhan'schen Lokals gefahren wäre.

v. Oppen, Amtsvorsteher.

Es thut uns leid, daß wir auf diese mehr als liebenswürdigen Zeilen nicht mit der landesüblichen Postel dienen können, daß das Vergnügen ganz auf unserer Seite ist. Im Gegenteile. Der privaten Verbannung des Herrn v. Oppen alle Anerkennung; aber wir sind offenberzig genug, einzugesehen, daß uns die Beschäftigung mit dem Amtsvorsteher v. Oppen bisher sehr wenig Vergnügen gemacht hat, wie es ja für keinen anständigen Menschen eine Freude sein kann, wenn er einem Beamten, und gar einem höheren, wiederholt mit dem unerwiderten Vorwurf begegnet muß, daß er in seinen Amtshandlungen gegen dasselbe Gesetz gefehlt hat, zu dessen Aufrechterhaltung er vom Staate bestellt worden ist.

Und daher wäre es uns auch noch viel lieber gewesen, wenn Herr v. Oppen in seinem Schreiben vom Sonntag statt des ziemlich nebenfälligen Umstandes, daß er nicht bei Herrn Lindenhan vor-gefahren, die bekannten schweren Vorwürfe hätte zurückweisen können, die wir früher gegen ihn erhoben haben, und die sowohl seinem Ansehen als auch dem Ansehen des Staates, dem Herr v. Oppen dient, doch wahrlich wenig förderlich sind.

Rizdorf. Aus dem Bericht der städtischen Spar-kasse ist folgendes zu entnehmen: Im Jahre 1897 betrug die Spareinlagen 196 833 M.; im Jahre 1898 kamen 268 463 M. hinzu. Im Jahre 1899 erhöhte sich der nunmehr vorhandene Bestand von 101 298 M. um 808 857 M., so daß am Jahresabschluss sich der Gesamt-betrag der Spareinlagen auf 1 267 634 M. belief. Dazu kamen im Monat Januar 1900 noch 61 492 M. Die am 1. Februar vorhandenen 1 329 176 M. verteilen sich auf 6082 Sparläuferbücher. Vom 1. April ab gewährt die Spar-kasse für Rizdorfer Grundstücke erst-stellige Hypotheken zu mäßigen Zinsen.

Die Verlegung des Katastrals Berlin VI nach Rizdorf, um die schon die frühere Gemeindevertretung petitioniert hat, ist jetzt vom Finanzminister in Aussicht genommen sein. Sie ist nur noch abhängig von der Beschaffung geeigneter Wiersräume, die möglichst in der Nähe des Amtsgerichts liegen sollen.

Brauenhaft. Ueber einen selbst in heutiger Zeit kaum glaublichen Fall menschlichen Elends berichtet eine Korrespondenz: Ein in einer Erhöhte hausendes Ehepaar hat in der Nacht zum Sonnabend die Schöneberger Kriminalpolizei bei einer Razzia in dem noch unbauten Stadtgebiet zwischen der Heinrich Riepertsstraße und Wilmersdorf umweil der als „Neu-America“ bekannten Laubenkolonie aufgefunden. Als die Beamten jenseits der Laubenkolonie das freie Feld betraten, wurden sie durch das wütende Wollen dreier Hunde auf einen schwachen Feuerstein aufmerksam gemacht. Sie fanden beim Näherkommen einen niedrigen Erdbügel, an dessen Oden je eine Hundehöhle mit einem großen Ruder fand, während der Lichtschein aus einer Spalte hervorstrahlte, die eine in den Hügel führende Thür freiließ. Nachdem die Beamten sich der Hunde erwehrt hatten, öffnete sie die Thür, prallten aber vor dem pestilenzialischen Dunst, der ihnen entgegenstrahlte, zurück. Sie sahen beim Schein einer qualmenden Petroleumlampe in eine in

Die Erde eingegrabene ziemlich geräumige Höhle, in welcher auf einem Haufen Stroh und Lumpen zwei Menschen lagen und neben ihnen vier Schweine nebst einem Ferkel, abgesehen von Matten und sonstigem Ungeziefer. Die Beamten ließen die beiden Leute aus dem entleerten Raum herauskommen und nun ergab sich, daß die beiden ein Ehepaar waren, von dem der Mann 68 Jahre, die Frau aber bereits 83 Jahre alt war. Der Mann ist, wie er erklärte, für einzelne der in „Neu-Kamerun“ erlischten „Lauben-Privatwächter“, er habe in der Höhle seit nahezu zwei Jahren gehaust, den Lebensunterhalt will er sich dadurch beschaffen haben, daß er sich in einem Restaurant Schönebergs die Küchen- und Tischabfälle als Hundefutter erbat. Das Ehepaar wurde von den Beamten zunächst mit zur Wache genommen.

Ein Frommer, der seine Zeit verbringt hat. Auf eine sonderbare Art hat in Lichtenberg bei Berlin der domizillose Arbeiter Albert H. seinen Erwerb geübt; er war vor einigen Wochen von Mahlsdorf, wo er sich vorübergehend aufgehalten hatte, nach Lichtenberg gekommen und hatte mit seiner Ehefrau und zwei Kindern im Alter von 1 1/2 und 3 Jahren im Stalle eines Gasthofs Quartier genommen; seine geringe Habe bestand aus einem Kinderwagen und einigen Bettliden. Nach einander wandte er sich nun an die beiden evangelischen Ortsgemeinden und ließ das jüngere Kind, das, wie sich nachher herausstellte, anderwärts schon katholisch getauft war, evangelisch taufen; auch vom Geistlichen der Samaritergemeinde wurde das Kind noch auf seinen Antrag getauft. Damit die Geistlichen nicht Zeit hatten, Ermittlungen anzustellen, simulirte der Schwindler jedesmal eine Kottaupe unter Hinweis auf den elenden Zustand des Kindes, das dem Tode nahe sei. Bei jeder Taufe verstand er es, seine traurige Lage vor Augen führend, milde Gaben in reichlichem Maße zu erlangen, und darum war es ihm auch nur zu thun gewesen. Einmal wurde Sonntag sogar eine Sammlung in der Kirche für ihn veranstaltet. Dieser Tages kam die Polizei hinter seine Schliche und verhaftete ihn. Die Familie bogabonndierte schon seit längerer Zeit. Die Frau mit den Kindern wurde anderweit untergebracht.

Aus Steglitz wird berichtet: Die Ausgrabung einer Leiche bildet zur Zeit das Tagesgespräch. Es handelt sich um die Person des Branerbesitzer's Feidler, welcher 56 Jahre alt vor zwei Jahren verstorben ist und auf dem Steglitzer Kirchhofe seine Angehörige gefunden hat. Seit geraumer Zeit wollten die Verlebten nicht verkommen, daß J. keines natürlichen Todes gestorben sei. In einer Anzahl an die Staatsanwaltschaft II gerichteter Eingaben wird vielmehr behauptet, daß er systematisch durch Einführung kleiner Dosen Giftes um sein Leben gebracht worden sei. Heute soll die Obduktion lehren, ob an der Demunziation etwas Wahres ist.

Beim Schlittschuhlaufen sind Sonntag auf der Dähme die Kinder des Stations-Assistenten Wilhelm Kerger, Friedrichstraße 10 in Grünau verunglückt. Drei der Kleinen wurden gerettet, der vierte, ein achtjähriger Knabe, ist leider ertrunken.

Gerichts-Beilage.

Ein Fall, der in der Kriminalgeschichte noch nicht vorkommen sein dürfte, beschäftigte gestern die 181. Abteilung des Schöffengerichts. An einem December-Nachmittage des vorigen Jahres bemerkte der Kriminalbeamte Hilprecht im Wertheimischen Bazar eine junge Dame, die sich höchst auffallend benahm. Sie blickte sich fortwährend umher, während sie mit einer Verkäuferin unterhandelte und nahm bald den einen, bald den anderen der vor ihr ausgebreiteten Gegenstände in die Hände, um sie mit unzuförderlicher, nervöser Hast wieder hinzulegen. Endlich sah der sie beobachtende Beamte, wie die junge Dame eine kleine Pelzboa unter ihrem Mantel verschwinden ließ, sich von der Verkäuferin verabschiedete und dem Ausgange zuging. An der Thür hielt der Beamte sie an. Die junge Dame war keineswegs befangen, lächelnden Mundes gab sie die Boa wieder heraus und ließ sich zum Polizeibureau führen. Hier machte sie folgende Angaben: Sie sei die 22-jährige Schriftstellerin Marie G., die sich vorwiegend mit dem Verfassen von Romanen und Sittenbildern beschäftige. Um die Gefühle einer Lebendiebin möglichst naturgetreu schildern zu können, habe sie selbst einen Diebstahl ausführen wollen. Wenn sie mit der Boa dabongekommen wäre, würde sie dieselbe dem Wertheimischen Geschäft wieder zugesandt haben. Der Gedanke, den gestohlenen Gegenstand zu behalten, sei ihr nie gekommen. Diese Angaben wiederholte der Angeklagte im Termine. Sie schienen es interessant zu finden, daß sie nun auch die Gefühle einer Angeklagten kennen lernen konnte. Der Herr Hilprecht hatte den Eindruck gewonnen, daß die Angeklagte tatsächlich nur aus wissenschaftlichem Interesse die That begangen habe. Sie habe sich dabei mit feinsten Unbedenklichkeit benommen und sicher sei sie keine gewerdmäßige Lebendiebin. Der Staatsanwalt hielt es durch das ganze Benehmen der Angeklagten keineswegs für ungläubwürdig, daß sie sich von psychologischen Beweggründen zu der unbesonnenen Handlung habe verleiten lassen, aber als Diebstahl sei ihre That immerhin zu kennzeichnen. Wohin solle es führen, wenn Künstler oder Schriftsteller strafbare Handlungen begehen würden, nur um die Gefühle des Täters nützlich oder durch schriftliche Schilderung möglichst getreu wiedergeben zu können? Er beantragte gegen die Angeklagte einen Tag Gefängnis. Während der Beratung des Gerichtshofes richtete der Staatsanwalt an die Angeklagte die Frage, ob sie sich vielleicht auf ihren Hausarzt berufen wolle. „Nein, ich danke Ihnen, Herr Staatsanwalt, ich bin völlig gesund,“ lautete die Antwort. Der Gerichtshof schenkte der Angeklagten in betreff des angegebenen Beweggrundes Glauben, es sei aber fraglich, ob sie die Absicht, den entwendeten Gegenstand zurückzuschicken, ausgeführt haben würde. Ein Diebstahl sei erwiesen und es müsse auf das zulässig niedrigste Strafmaß — ein Tag Gefängnis — erkannt werden. Der Verurteilten sei anheim zu geben, im Gnadenwege eine Umwandlung der Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe anzustreben.

Zu unüblichen Widersprüchen zwischen den Gutachten zweier Schreibfachverständigen kam es wieder einmal in einer Verhandlung wegen schwerer Urkundenfälschung, welche den Ziegeleibesitzer Kohlmeyer aus Frankfurt a. O. vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I führte. A. hatte im Jahre 1897 in Frankfurt a. O. eine Dampfmaschine und bestellte die erforderlichen Maschinen in der Fabrik von Mor. u. Theb. Müller in Sommerfeld. Der Kaufpreis von 14000 M. sollte im wesentlichen durch Wechsel gedeckt werden, von denen bei jedesmaliger Fälligkeit ein Drittel in bar zu zahlen war, während der Restbetrag jeder fälligen Wechselsumme durch Prolongationsaccepte vom Angeklagten zu beden war. Als in dieser Weise schon mehrere Wechsel des Angeklagten im Umlauf waren, stellten sich heiderseits Zahlungsschwierigkeiten heraus, so daß einerseits die vom Angeklagten acceptierten Wechsel nur sehr schwer disponierbar waren, während andererseits die Gebr. Müller die Gefälligkeit des Angeklagten in der Weise in Anspruch nehmen mußten, daß sie ihn um sein Gefälligkeitsaccept baten. Die Gebr. Müller wurden wegen eines Wechsels über 940 M. von dritter Seite verklagt und verurteilt, sie behaupteten aber nachträglich, daß der Acceptvermerk dem Angeklagten gefälscht sei. Der gerichtliche Schreibfachverständige Sekretär K. trieb begutachtete auch in der That, daß die Worte „Gebr. Müller“ auf dem Wechsel gefälscht seien und daß an zahlreichen Einzelheiten der sichere Beweis dafür erbracht werde, daß nur der Angeklagte diese Worte geschrieben haben könne. Dem gegenüber beriefen sich Rechtsanwält Hauptmann, Frankfurt a. O. und Dr. Schwandt, Berlin als Verteidiger auf das Gutachten des gerichtlichen Schreibfachverständigen Rechnungsrat Junge. Dieser begutachtete mit derselben Bestimmtheit, daß gewisse Anzeichen dafür sprächen, daß der Fabrikant Theodor Müller den Acceptvermerk geschrieben habe, hingegen keinerlei Beweis für eine Täterschaft des Angeklagten aus den Schriftzügen zu entnehmen sei. Trotz dieser Widersprüche hielt der Staatsanwalt den Angeklagten für überführt und beantragte zwei Monate Gefängnis. — Der Gerichtshof schloß sich dem beauftragenden Gut-

achten um so weniger an, als durch die Verteidigung der Nachweis erbracht wurde, daß Gebrüder Müller dem Angeklagten auch Blanco-Accepte gegeben hatten, zu denen sehr wohl auch der angeblich gefälschte Wechsel gehört haben konnte. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen.

Versammlungen.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft. Am 31. Januar lagte eine Versammlung der Maschinenformer, in der die Vertreter der Deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft zum Anschluß an die Organisation aufforderten. Sodann wählte die Versammlung zur besseren Vertretung ihrer besonderen Angelegenheiten innerhalb der Deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft eine aus fünf Personen bestehende Agitationskommission.

Eine öffentliche Versammlung der Kupferschmiede tagte am Sonntag bei Feind, Weinstraße, in der H. Altmann über „Die gute alte Zeit“ referierte. Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Die Einnahmen des Dispositionsfonds betragen nach dem hierauf folgenden Bericht inklusive des alten Bestandes von 1907 M. im letzten halben Jahr 3188,86 M., die Ausgaben, darunter 610 M. für Unterstützung an die Kupferschmiede in Bremen, Flensburg und Wien und an andere Gewerkschaften, insgesamt 719,94 M., so daß ein Bestand von 2468,92 M. verbleibt. Im ganzen verfloßen Jahre wurden samt dem früheren Bestand von 2772,34 M. die Summe von 4267,68 M. vereinnahmt und 1798,71 M., darunter etwa 1500 M. für Unterstützung verausgabt. Auf Anregung der Kommission ist auch in den übrigen Städten die hier übliche Quittungskarte eingeführt worden, so daß diese Karte auch an den anderen Orten benutzt werden kann. Den Ausständigen in Flensburg bewilligte die Versammlung als dritte Rate eine Unterstützung von 30 M. Als Bezirksreferent für den Süden wurde W. Kühne gewählt. Nachdem der Delegierte F. H. in den Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission gegeben hatte, wurde beschlossen, daß dem Innungsstellen-Ausschuß die durch seine Thätigkeit entstehenden Kosten ersetzt werden sollen.

Der Holzarbeiter-Verband (Nahstelle Berlin) hielt am Sonntag eine Generalversammlung im Reenpalast ab. Aus dem vom Kassierer R. K. erstatteten Rechenschaftsbericht für das IV. Quartal 1899 ist hervorzuheben: Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 68366,60 M. (darunter 44522,09 M. Bestand vom vorigen Quartal). Die Ausgabe betrug 6216,07 M., bleibt ein Bestand von 54150,53 M. Unter den Ausgaben befinden sich folgende Posten: Verwaltung 1102,42 M., Agitation 1611,13 M., Streckunterstützung 4566,48 M. (und von der Hauptkasse 7712,05 M.), sonstige Ausgaben 1846,04 M. — Die Mitgliederzahl, die am 1. Januar 1899 8251 betrug, war am Jahresabschluss auf 11317 gestiegen. Dieselben verteilen sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Bäcker- und Feinbäcker 59, Drechsler 644, Korbmacher 107, Ackerarbeiter 10, Stielmacher 207, Fischer 8889, Möbelpolierer 77, Klavierarbeiter 280, Mechaniker 82, Maschinenarbeiter 132, Einseiler 120, Feinmutterarbeiter 62, Bodenleger 100, Modellstecher 77, Diverse 149. — Gl. O. C., der den Vorstandsbericht erstattete, teilte unter anderem mit: Die Organisationen der Holzarbeiter, der Möbelpolierer und der Maschinenarbeiter haben ein Kartellverhältnis auf folgender Grundlage abgeschlossen: Die Möbelpolierer und die Maschinenarbeiter entsenden regelmäßig zu den Sitzungen des Holzarbeiter-Verbandes je einen Delegierten behufs Wahrnehmung der gemeinsamen Vertretungsinteressen. Bei allgemeinen Streiks unterstützen sich die Organisationen gegenseitig, nachdem vorher eine gemeinsame Beratung der Vorstände stattgefunden hat. Bei der Arbeitsvermittlung sind vollberechtigte Mitglieder gleichberechtigt. Bei Wahlen und Vertretungen zu Körperschaften (Gewerbegericht, Innungsausschuß usw.) werden die Kandidaten gemeinsam aufgestellt. Solange das Kartell besteht, sind die Organisationsverpflichtungen in den Werkstellen zu unterlassen. — Weiter teilte Gl. O. mit, daß der Vorstand aus der Reihe der von einer früheren Generalversammlung aufgestellten Mitgliedern für den Innungsausschuß die folgenden bestimmt hat: Als Vertreter: K. K., Engmann, Geppert, Alinger, Lohse, Strauß, Matthes, Rottin, Jimpel (Maschinenarbeiter), Weber (Polierer). Als Ersatzmänner: Geseleph, Eulenkamp, Vorkardt, Jasse. — Den Bericht der Kontrollkommission erstattete Vorkardt: Es haben 41 gefällige und 258 Vertretungen stattgefunden. Zu den letzteren sind 883 Werkstellen eingeladen worden, aber nur 3403 Kollegen aus 409 Werkstellen erschienen. Es habe sich gezeigt, daß ein großer Teil der Organisierten den Einladungen nicht Folge leistet. — Bei der Arbeitsvermittlung im vierten Quartal standen den 1254 Angeboten 807 Nachfragen gegenüber. Während des ganzen Jahres sind 3882 Anfragen nach Arbeitskräften eingegangen. — Aus der Bibliothek sind im vierten Quartal 904 Bücher entliehen worden. — Hierauf berichteten die Vertreter der einzelnen Branchen, dann wurden folgende Wahlen vollzogen: Erster Bevollmächtigter: Gl. O., zweiter Bevollmächtigter: Lohberg; Kandidat: Wiese; erster Schriftführer: Rissen; Beisitzer: König, Jurek, Fetter; Revisoren: Post, Kunze.

Nachdem Gl. O. einen kurzen Bericht des Bauvorstandes gegeben hatte, erfolgte die Wahl dieser Körperschaft mittels Stimmzettel. Das Wahlergebnis konnte in der Versammlung nicht mehr festgestellt werden. Ferner wurde eine Liste von Kandidaten der Delegierten zum Verbandstag aufgestellt. Die Wahl derselben soll in der nächsten außerordentlichen Generalversammlung vollzogen werden. — Jasse teilte mit, daß er auf das Amt eines Ersatzmannes zum Innungsausschuß verzichte.

Die Tapezierer (Kleber) hielten am Sonntagnachmittag eine sehr gut besuchte Versammlung ab, um über die Lohnbewegung zu beraten. Strasser schilderte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie im Verlaufe der letzten Jahre, durch die fortwährende Teilung der Arbeit und der daraus sich ergebenden Abschwächung der einzelnen Berufszweige, sich entwickelten. Gerade in der Kleberbranche im Tapezierergewerbe seien die Zustände noch am schlimmsten, weil der Abgang und die gegenseitigen Lohnunterbietungen zu dieser Beschäftigung, aus einer Anzahl anderer Berufszweige, am stärksten sei. Die ungleiche Arbeitsverteilung bringe es mit sich, daß in letzter Zeit oft bis zu 18 Stunden am Tage gearbeitet werden mußte, während der Jahresverdienst eines Arbeiters bei einer Arbeitverteilung von etwa sieben Monaten höchstens 800—850 M. beträgt. Bei alledem sei es in neuerer Zeit immer mehr üblich geworden, daß der Arbeiter eigenes Rüst- und Werkzeug, sowie Arbeitsmaterialien beschaffen soll.

Diesem unhaltbar gewordenen Nebelhänden ein Ende zu machen, sei gegenwärtig die denkbar günstigste Gelegenheit, da von über 740 Bauten etwa 400 bis zum 1. April fertig sein müssen. Da sich nicht nur eine Anzahl Innungsmeister, sondern sogar der Obermeister der Innung für eine Lohnaufbesserung erklärt habe, sei mit Sicherheit zu erwarten, daß der von den Arbeitern aufgestellte Lohnzettel sowie die übrigen Forderungen: Erhöhung der Löhne, Verkürzung und gleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit, bei möglicher Beilegung der Accordarbeit, alsbald anerkannt werden. An die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine längere und oft lebhaft besprochene, in der u. a. die beiden Innungsmeister Haube und J. jeder die Forderungen der Arbeiter anerkannten. Einige Mitglieder vom Verband der Tapezierer erklärten, daß die kombinierte Versammlung des Tapezierer-Verbandes sich mit dem Vorgehen der Kleber solidarisch erklärt habe. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution des Jubiläums, daß alle Kleber im Einverständnis mit den aufgestellten Forderungen es für ihre Pflicht erachten, die baldige Durchführung derselben zu erstreben und sich der Organisation der Kleber Berlins und Umgegend anzuschließen. Bis zu der am Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, stattfindenden Versammlung werden noch Flugblätter auf allen Bauten verteilt werden. Zur nächsten Versammlung sollen familiäre Meister eingeladen werden.

Vermischtes.

Auf dem Ball erschossen. Aus Kiel wird uns berichtet: Auf verbrecherische Uebermut, Rachsucht oder Eifersucht dürfte die That zurückzuführen sein, der in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ein junges blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Die plattdeutsche Vereinigung „Jungs holt fast“, aus den sog. besten Kreisen, Kaufleuten, Lehrern usw. sich rekrutierend, hatte in den Reichshallen ein Ballfest arrangiert. Gegen 11 Uhr nachts wurde durch einen von außen in den erleuchteten Saal abgegebenen Schuß die 20-jährige Tochter eines Kieler Beamten, die in der Nähe des Feuers gestanden, getroffen, so daß sie nach zehn Minuten den Geist aufgab. Das Fest wurde polizeilich geschlossen. Woher und nach welcher Anhaltspunkte zur Ermittlung des Täters gefunden.

Wie weiter berichtet wird, ist die Getötete die Tochter des Gefängnisverwalters Streich. Als Mörder ist ein in der Hohen-Apothek angelegter Apotheker verhaftet.

Aus Antwerpen wird gemeldet: Mehrere hiesige Diamantenhändler haben durch den Raub der Frankfurter Diamantenhändler Verluste in Höhe von einer Million Franc erlitten.

Ueber eine Feuerbrunst wird aus New York berichtet: Im Geschäftsviertel von St. Louis brach Sonntag früh Feuer aus, welches einen Verlust von mehr als einer halben Million Dollars verursachte. Zwei Feuerwehrleute wurden von einfallenden Wänden erschlagen, man befürchtet, daß ein dritter verbrannt ist. Unter den beschädigten Gebäuden befindet sich das der deutsch-amerikanischen Bank.

Drei Schiffe untergegangen. Nach in Antwerpen eingelaufenen Depeschen sind an der japanischen Küste infolge der letzten Stürme ungefähr 40 Schiffe untergegangen, wobei ca. 200 Personen ums Leben kamen.

Ein internationaler Hausbesitzerkongress soll während der Pariser Weltausstellung in Paris stattfinden, zu dem auch an den Bund der Berliner Grundbesitzervereine eine Einladung ergangen ist.

Aus Tiflis wird berichtet: In drei Dörfern des Kreises Achalalal wiederholten sich vorgefunden Abend starke unterirdische Erdstöße, durch welche mehrere Häuser zerstört wurden. Vier unter den Trümmern verschüttete Bauern konnten gerettet werden.

Der Redacteur der „Deutsch-Ostasiatischen Warte“ in Tsingtau, Eggert, war, wie wir seiner Zeit mitteilten, wegen Verletzung des Gouverneurs des Kiautschou-Gebiets zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die das Blatt jetzt mittelt, hob das kaiserliche Generalkonsulat in Shanghai als Berufungsinstanz das Urteil des kaiserlichen Gerichts in Kiautschou auf und erlaubte gegen den Beklagten auf 50 Dollars Geldstrafe.

Marktpreise von Berlin am 3. Februar 1900

und Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Q. M.	15.20	14.-	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10
Fliegen		14,30	13,70	Rohfleisch	1,80	1,-
Butter-Weisse		14,-	13,-	Sammelfleisch	1,60	1,-
Käse gut		15,-	14,20	Butter	2,60	2,-
mittel		14,10	13,30	Eier 60 Stk	6,-	3,-
gering		13,30	12,50	Karpfen 1 kg	2,20	1,-
Milchroh		4,16	3,82	Kalt	2,80	1,40
gut		7,-	4,70	Heud	2,50	1,-
mittel		40,-	26,-	Rechte	1,80	1,-
gering		45,-	25,-	Barische	1,60	0,80
Wollwolle		70,-	30,-	Salze	2,80	1,40
Kartoffeln, neue		7,-	5,-	Wiese	1,40	0,80
Landbohnen, Aeste 1 kg		1,60	1,20	Rechte per Schod.	12,-	8,-
do. do.		1,20	1,-			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Rotierungsfeste — und ungerichtet vom Polizeipräsidium für den Toppelcentner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 5. Februar. Im Getreidemarkt war das Geschäft heute ziemlich leblos, die Tendenz abgesehen auf milderer Wetter und bedeutendes Weizenangebot aus dem Inlande. Auch russischer Roggen war wiederum stark offeriert. Außerdem veranlaßten matte Auslandsnachrichten, insbesondere aus New York und Chicago, Realisationslust, wobei Weizen 1 M., Roggen 0,75 M. im Preise gemorren wurden. Hafer war 0,50 M. billiger zu haben. Rüböl lag still nominell unermindert. Hafer war 0,50 M. billiger zu haben. Rüböl lag still nominell unermindert. Hafer war 0,50 M. billiger zu haben. Rüböl lag still nominell unermindert.

Kartoffelfabrikate. Feuchte Kartoffelstärke 10,50 M. In reine Kartoffelstärke disponibel und Februar 19,75 M., April-Mai 20,25 M. Abfallende Prima-Qualitäten Stärke und Mehl 17,50—18,50 M. per 100 Kilogramm.

Gier Bericht vom 5. Februar. Rarale Gier je nach Qualität von 4,40—4,60 M. per Schod. Russischer Reine Ware je nach Qualität von 3,80 bis 3,90 M. per Schod. Katteler je nach Qualität von 0,00 bis 0,00 M. per Schod. Tendenz: Still.

Witterungsbüchlein vom 5. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Baromet. stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter		
Eisenme	752,0	O	1	Schnee	0	Dapronda	757,9	2	Rebel	-24	
Damburg	752,0	O	1	wolfig	0	Beiersburg	757,9	1	Schnee	-5	
Berlin	754,0	O	2	Rebel	1	Lort	754,9	0	4	Reiter	-1
Wiesbaden	753,0	W	1	bedekt	3	Aberden	757,9	0	3	Rebel	-3
München	754,0	W	1	bedekt	2	Paris	751,0	0	3	Rebel	-8
Wien	755,0	W	1	bedekt	2						

Weiter Prognose für Dienstag, den 6. Februar 1900. Mild, jedoch vorherrschend wolfig mit leichten Regenfällen und schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Adressenänderung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

Friedrich Schreiner, Richter, früher in München, vermußtlich jetzt in Berlin wohnhaft, wird in seinem eigenen Interesse schleunig um seine Adresse ersucht. Genossen werden gebeten, ihn auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Johann Knapp, München, Unterbachstr. 155/0.
— **Jacob.** Wissen wir nicht; wenden Sie sich an Ihren Vertrauensmann.
— **G. O. 1.** Die gesamte Reichstags-Stempelgebühr beträgt bei einer jährlichen Rente von 300—500 M. nicht eine Mark, sondern eine halbe Mark, 50 Pf. Weigert Ihr Vermieter die Annahme, so machen nicht Sie sich Klags. 2. Rem. 3. Ihr Vertrag enthält die betreffende Bestimmung. — **G. R. 99.** 1. und 2. Richtig ist Paß und Geld. Zweck Ausfertigung des Paßes werden Sie sich an das Polizeipräsidium. 3. Die Beförderungspreise erleben Sie aus dem Kurbuch und aus Hamburger Zeitungen. Wenn Sie nicht etwa 3—400 Mark bei der Raubung vorrätig haben, kann es Ihnen passieren, daß Sie nicht einsteigen werden. — **G. R. 6.** Ihre Ansprüche sind der Vermögenslosigkeit gegenüber geltend zu machen. Sie wenden sich mit dem Antrag an den Vorstand, Ihnen die Ihnen zuzurechnende Rente zu zahlen. Wenn Sie angefordert werden, in ein Krankenhaus sich zu begeben, oder die Voraussetzungen zur gewaltsamen Krankenhausbearbeitung nicht vorliegen, so können Sie gegen die Aufforderung zur Aufnahme auf schiedsgerichtliche Entscheidung eintreten. — **V. R. 50.** Mit volldem M. Jahr kann ein Deutscher ohne Anrecht des Reichsrechts betreten, ohne daß er der Einwilligung des Patens, der Mutter oder des Vormunds bedarf. — **M. R. 937.** Sie sind im Recht. — **Schiedsrichter-Abkommen.** Die Errichtung eines Innungsgerichts erfolgt durch Nebenakt der Innung. Dies Statut muß von der Innungsvorstandung unter Mitwirkung des Gesellschafters beschlossen worden sein. — **G. R. 1900.** Wie errichte ich mein Testament? Es gibt drei Wege für die Errichtung eines Testaments. Man kann es in jeder seinen letzten Willen dem Richter (Amtsgericht) mündlich zu Protokoll erklären oder man kann eine offen oder verschlossen überreichte Schrift mit der mündlichen Erklärung dem Richter oder einem Notar übergeben, daß die

Schrift seinen letzten Willen enthalte oder man kann ein sogenanntes holographisches Testament errichten, das heißt ein Testament eigenhändig unter Angabe des Orts und Tags schreiben und unterschreiben und das Testament bei sich oder einem andern aufbewahren. Ein Testament der letztern Art ist nur gültig, wenn es von Anfang bis zu Ende selbst geschrieben und unterschrieben ist und ferner mit den Angaben des Orts und Tags der Errichtung versehen ist. Einzelne thun gut, ein wechselseitiges Testament zu errichten. Ein Beispiel für solches ist im „Vorwärts“ wiederholt, z. B. im Briefkasten vom 7. Januar gegeben. Die Kosten für ein Testament richten sich nach der Höhe des Objekts. Die Kosten für die drei Arten der Testamente sind verschieden hoch; am teuersten ist in Preußen die protokollarische Sorte. Die Hälfte dieser Sorte kostet die Uebergabe des schon aufgesetzten letzten Willens. Keine Kosten steht der Staat für die Errichtung eines holographischen Testaments ein. — **H. P., Velten.** Rein. Der Betreffende muß nur zur Zeit der Wahl Hausbesitzer sein. — **Steinbrücker.** Versteht im „Vorwärts“ vom 17. Dezember 1899 ist unter „Lokal“ dargelegt, daß eine durch Fabrikordnung verordnete Ausschließung der Gültigkeit des § 616 B. G. ungültig ist. Eine ausdrückliche Vereinbarung mit den einzelnen Arbeitern über Ausschluß des § 616 B. G. ist leider nur dann unzulässig, wenn man annimmt, solch Vertrag verstoße gegen die guten Sitten. Es wäre sehr wünschenswert, daß die Gewerkschaften gegen die Verträge, die wenigen den gewerblichen Arbeitern durch das Bürgerliche Gesetzbuch eingeräumten Rechte durch Vertrag zu beseitigen, energisch und einmütig Stellung nähmen. Die von den Berlinern nicht beachtete Kanjenz der Gewerbeordnung-Berliner hat dieser Notwendigkeit Aufmerksamkeit nicht

geleitet. In Pforzheim, Poggendorf und an andern Orten haben gegen das Vorgehen einer Reihe Unternehmerr öffentlicher Versammlungen stattgefunden. **Wahlberechtigter Zuehrer.** Von der Ausschaffung des erwählten Werks rufen wir dringend ab. Wir rufen vielmehr, sich diejenigen Gelege, deren Sie besonders bedürfen, einzeln anzuschaffen in guten, mit Kommentar versehenen Ausgaben. Wenn am Orte keine zuverlässige Buchhandlung sein sollte, dann wenden Sie sich im Bedarfsfall an die Buchhandlung Bornhardt, Berlin SW. 19, Benthstraße 2. **Goldlauer.** Bitte, um was handelt es sich? **H. J.** Selbstverständlich haben Sie recht, wie es die Frauen immer haben. Die Betreffenden nennt man „Resortiers“ bezw. „Insektoren“. **H. Z.** Eine allgemeine Ausnahme von dem Verbot der Nachtarbeit der Frauen, die ja nach § 137 G. D. in Fabriken nicht in der Zeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens und an Sonntagen der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen, giebt es nicht. Wohl aber enthält ja die Gewerbeordnung selbst eine solche Ausnahme von Ausnahmen, daß die Ausnahmen falls die Regel bilden. So kann die untere Verwaltungsbehörde auf die Dauer von zwei Wochen wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit Ausnahmen zulassen; solcher polizeilichen Ausnahmetage darf die untere Behörde 40 im Jahre zulassen. Ueber 40 Tage im Jahre hinaus darf die höhere Verwaltungsbehörde Ueberstunden zulassen, wenn die jährliche Durchschnitts-Tagesarbeitszeit 11 Stunden nicht übersteigt. Ueberdies gestattet der § 139 G. D. noch Extra-Ausnahmen für „dringende Fälle“. Es ist also die gesetzliche Regel des Verbots ja durchsicherungs-

fähig, daß es wundernehmen müßte, wenn die Ausnahme nicht zur Regel geworden wäre. Die Arbeiterinnen schädigend kommt nach das Mitgeben von Arbeit nach Haus und die vielfach beachtete unbräunliche Praxis hinaus, „Reinigungsarbeiten“ nicht als Arbeiten zu rechnen; es sind das vermuthlich Vergnügungen, die ohne polizeiliche Genehmigung vorgenommen werden dürfen während § 8 das öffentliche bemerkbare Tanzen eine polizeiliche Genehmigung bedürftige Arbeit darstellt. Bei dieser Rechtslage kann es nicht überflüssig sein, daß die Inspektorenberichte ausschließlich aus den betreffenden deutschen Vaterländern werden, daß so viel Ueberarbeit gestattet wird, daß die gekattete Ueberarbeit nicht einmal ausgenutzt wird. Das speciell in Regalbüchern die Ueberarbeit eine dauernde Institution geworden ist, ist aus den Berichten nicht zu ersehen; vielleicht seien Sie höhere Daten darüber baldigst mit, damit das Material noch bei der dritten Uebersetzung der Gewerbeordnung-Rolle Verwendung finde. **Eingegangene Druckschriften.** Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieg Verlag) ist soeben das 19. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Floriansfrage und Reichstag — Der französische Sozialismus und der Pariser Kongreß von Oudert Lagardelle (Hartmann) — Militarismus und Sozialismus in England. Von R. Kautsky. — Die Gewerbe-Konflikte im Deutschen Reich. Von Emanuel Wurm. I. — Literarische Rundschau. — Beilagen: Die Erbschaft von Wasthof-Josef. Antiquarische Uebersetzung von Wilhelm Thal (Schluß).

Achtung, Parteigenossen!

Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 Uhr:

19 öffentliche Volks-Versammlungen.

- 1. Kreis:** Cohns Festsäle, Benthstr. 20.
 - 2. Kreis:** Bickels Festsäle, Hasenheide, 52-53.
Gosmanns Konzerthaus, Kreuzbergstr. 48.
 - 3. Kreis:** Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
 - 4. Kreis, Osten:** Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
 - 4. Kreis, Südosten:** Restaurant zur Prachenburg,
An der Schlesiichen Brücke.
Faussonci, Kottbuserstr. 4a.
 - 5. Kreis:** Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 22-29.
 - 6. Kreis:** Moabit: Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81.
Wedding: Babes Salon, Kolbergerstr. 23.
Oranienburger und Rosenthaler Vorstadt:
Mündner, Bergstr. 12.
Gesundbrunnen: Ballschmieders
Kastanienwäldchen, Badstr. 16.
Schönhauser Vorstadt: Schönhaus. Volksgarten (J. Mierke), Schönhauser Allee 101.
- Friedrichsberg:** Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 120.
- Köpenick:** Kaiserhof, Grünstraße.
- Rixdorf:** Apollo-Theater, Hermannstr. 48-49.
- Schöneberg:** Klubhaus, Hauptstr. 5-6.
- Stralau - Rummelsburg:** Café Bellevue, Hauptstr. 2.
- Weissensee:** Albrechtshof, Parkstr. 13.

Tagesordnung:

Die Forderungen vorlage.

Diskussion.

Referenten:

Bebel, Bruns, Calwer, Fischer - Berlin, Fischer - Sachsen, Gradnauer, Heine, Herzfeld, Kunert, Liebknecht, Metzner, Pfannkuch, Reisshaus, Rosenow, Singer, Schippel, Stadthagen, Wurm, Zubeil.

Die Vertrauensleute.

Politischer Redacteur
wird für den „Vorwärts“ zum 1. April gesucht. Offerten sind bis 15 Februar unter X. Y. Z. an die Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 20/21:
Sitzung der Ortsverwaltung
und der **Werkstatt-Kontrollkommission.**
Die Vertrauensmänner-Versammlung der Möbelschleifer findet Freitag in den Arminhallen statt.
In den Vorstand wurden gewählt: Stuche, Rothke, Gatz und Denzer. Für das 5. Mitglied ist eine Stichwahl erforderlich.

Dienstag, den 6. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in Habrecht's Festsaal, Große Frankfurterstraße 30 (unterer Saal):
Branchen-Versammlung der Sitzmöbel-Tischler
für die Bezirke Osten und Nord-Osten.
Tages-Ordnung: Die gegenwärtige Lohnbewegung.
Die Kollegen werden ersucht, sich von ihrer Arbeitsstelle direkt nach der Versammlung zu begeben. 77/17

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der
Gürtler, Drücker und Berufgen.
im Lokale des Herrn Graumann, Rammstr. 27.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn Rudolf Ahmann über: „Das Krankenkassenwesen.“ 110/16

Achtung, Vertrauensleute!
Die Konferenz für den Westen findet am 7. Februar cr. nicht statt.
Die Zahlstelle 51 ist von Hansen, Wainzerstr. 21, nach Jüngling, Wainzerstr. 23, verlegt.
Am 11. und 18. März finden für die Verbandmitglieder Vorlesungen in der Urania statt und sind Bilets a 70 Pf. inkl. Garderobe durch die Kassierer und das Verbandsbureau, Kienstr. 39, erhältlich.
Die Ortsverwaltung.

Tapezierer.
Dienstag, den 6. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung beider Filialen.
Filiale Nord: Brunnenstraße 188.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul Zahn über: „Die Stellung des Menschen in der Natur.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 177/4
Filiale Süd: Marxgrafenstraße 83 bei Lorenz.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.
Am Sonntag, den 18. Februar, vormittags 11 Uhr, in unserm Comptoir, Neue Hochstraße 18: 368/6
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Umänderung der Statuten des 1898/99. 2. Verschiedenes.
Berliner Genossenschafts-Bäckerei (G. G. m. b. H.).
Der Vorstand:
Richard Kalm, Geschäftsführer. Paul Lenz, Kassierer.

Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen.
Am Dienstag, den 6. Februar, abends 9 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:
Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Wahl der Agitationskommission. 3. Bericht der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 4. Neuwahl derselben. 275/6
Der Vertrauensmann
der Berliner Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen.

Achtung, Bauanschläger!
Am Dienstag, den 6. Februar cr., abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstraße 33:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über Regelung unserer Lohnkommission. 2. Revisionsbericht. 3. Verschiedenes. 33/9
Die Arbeitsberechtigungsfragen sind am Eingang vorzulegen. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht.
Die Lohnkommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Hermann Neyer,
am 3. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Benthstr. 64, nach dem Friedhof der Heilands-Gemeinde (Walden) statt. Um rege Beteiligung ersucht. 77/16 Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
u. anderer gewerblicher Arbeiter
Verwaltung Berlin D.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, Tischler
Hermann Neyer,
wohhaft Benthstr. 64, am 3. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet heute (Dienstag) nach 3 Uhr vom Trauerhause nach dem Friedhof der Heilands-Gemeinde (Walden) statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. 182/2 Die Ortsverwaltung.

Am 3. Februar verstarb nach schweren Leiden mein guter Mann und Vater, der Tischler
Hermann Neyer
im 33. Lebensjahr.
Wir bitten um stille Beiseid
Johanna Neyer und Kind.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. Februar cr., vom Trauerhause, Benthstr. 64, aus statt.

Central-Verein der deutschen Böttcher.
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Albert Assmann
im 37. Lebensjahr am 3. Februar an der Proletarierkrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofs in Hildesf., Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung bittet.
Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Central-Verwaltung Lichtenberg.
Am 3. d. M. starb nach langem Leiden unser langjähriges treues Mitglied
Paul Langer
in Rummelsburg. 265/12
Die Beerdigung findet heute (Dienstag), 6. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Rummelsburg, Schillerstr. 7, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Allen Kollegen und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Steinmetz
Georg Israel
sagen wir unsern besten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Frauen-Begräbnisstätte der Schriftgießer-Gehilfen zu Berlin.
Donnerstag, 22. d. M., abends 6 1/2 Uhr, in Zimmermann, Wilhelmstr. 2,
General-Versammlung
Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht. 2. Jahresabrechnung. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 235/5
Der Vorstand, J. K. v. A. Joh.

Mästen-Garderobe.
Größe Auswahl.
Billigste Preise.
Berein. Wiederherstellung
Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178
11. Albalenstraße 91.
Gde Crantenstraße.

Wein zum Ausschank sehr geeignet! süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack,
garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.—, 100 Ltr. 65.—, Oxhoft M 120.—
Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16. Amt IV. 9676.
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommenes schmerzloses Zahnziehen in 1 M. Plomben 1,50 M. Tellz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Karol Weil* Seifenextrakt
macht Waschtage zum Feiertage.
Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1 (Haus Aschinger).
349ne 2 W. Plomb v. 1,50 W. Zahnziehen 75 Pf. Tellzahlung. Sprechst. 8-6. 3442*

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Gebogene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt
A. Schulz, Reichenbergerstr. 5. Nach Tellzahlung!
Bahnärztliche Poliklinik für Unbemittelte.
Sprechstunde von 8 1/2-9 1/2 und 12 1/2-1 1/2 Uhr.
Chiella, Elisabethstraße 21.

Prozeß v. Kriegsheim und Genossen.

Sechster Tag.

Die Beweisaufnahme des heutigen Tages erstreckt sich zunächst noch auf die vom Angeklagten v. Kriegsheim begründete „Internationale Diskonto-Bank“, namentlich auch auf die Frage, ob v. Kriegsheim seiner Zeit Geldbeseßen habe, um die von ihm behauptete Einzahlung von 25 Proz. bei der Erhöhung des Stammkapitals leisten zu können.

nicht ohne Humor,

daß jemand, der unter Umständen seine Hofen verfehlt, um Mittagbrot essen zu können, unter Mißbrauch bescheidender geschäftlicher Formen eine Bank gründet, die nur Unheil im öffentlichen Leben anrichten konnte, da sie darauf beruht war, die Vertrauensseligkeit zahlreicher Personen zu täuschen.

Zweiter Zeile Cohn

berübten Betrugs schweift der Angeklagte von den präzisen Fragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Köster, wieder fort und fort ab, kommt vom Hundertsten ins Tausendste und geht um die Beantwortung der Fragen immer herum.

Wandschein über den Schmutz zugesandt mit dem Bemerkten: „Der Offizier habe den Schmutz verfehlt.“ Der Verfall war aber auf den Namen v. Kriegsheim erfolgt und Herr Cohn mußte aus eignen Mitteln die Einlösung für 600 M. bewerkstelligen.

Ein gerichtliches Urteil über adlige Namen.

Der Angeklagte stellt die Verbindung mit Herrn Cohn wesentlich anders dar und behauptet, daß er den Schmutz für einen sächsischen Offizier, den er nicht nennen wolle, besorgt, dieser habe ihn sofort verfehlt und er habe den von dem Offizier versprochenen Wechsel nicht erhalten, so daß er gezwungen gewesen sei, den Schmutz mit eigenem Gelde in Leipzig einzulösen und ihn dann hier wieder zu verfehlen.

In der

Nachmittagssitzung

werden mehrere Betrugsfälle erörtert, bei denen hauptsächlich v. Kriegsheim, in einem Falle aber auch der Angeklagte v. Wismann beteiligt ist. Es handelt sich um die Entnahme von Juwelen von dem Juwelier Wolffsohn, um den Bezug von Hausbedürfnissen etc.

Versammlungen.

Im Bericht über die kombinierte Versammlung des Verbandes der Tapezierer am 30. Januar muß es heißen: Der von dem Klebverein ausgearbeitete Tarif wird für vollberechtigt anerkannt und gemeinschaftliches Vorgehen beschlossen.

Arbeiter-Zängerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender: Rich. Dade, Schöneberg, Grunewaldstr. 69. Echter Kaiserer Gotzried Warts, Stallgerstr. 118. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an D. Jasad, Strelitzerstr. 15, Hof II.

weiterer 133. — „Gäthentanz I“, Jean Polkon, Brestlau, Schneidstr. 67. — „Weddinger Harmonie“, Willbrodt, Müllerstr. 7. — „Sonder VIII“ Schurbaum, Marwitz in der Mark. — „Kasie“ (gemischter Chor), Scholz, Rannunstr. 6. — „Sangeslust II“, Kaldhne, Triftstraße 41.

Arbeiter-Männerbund Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Rasche, Rixdorf, Rahlowerstraße 1, IV. Dienstag: Raucha, Eldorado, Grüner Weg 120, Ufering.

Sings- und Gesangsvereine. Dienstag: Gesangsverein „Majestätischer Chor“, Krona, Dunckerstr. 8. — Neuer Berliner Schachklub, Straßburgerstr. 3-6.

Arbeiter-Schwimmerbund. Aufzügen an G. Braute, Schillerstr. 24. Dienstag: Schwimmklub „Vorwärts“, abends 7 Uhr Volkshausanstalt Schillingstraße.

Arbeiter-Turnerbund. Dienstag: Turn- „Richte“, Berlin, abds. 8-10 Uhr: 2. Männerabtl.: Stallgerstr. 15/16; 4. Männerabtl.: Moabit, Sternstr. 20; 5. Männerabtl.: Adersstr. 67; 6. Männerabtl.: Stallgerstr. 54; 1. Lehrlingsabtl.: Friedenstr. 37; 3. Lehrlingsabtl.: Bodestraße 17/20; 8. Lehrlingsabtl.: Reichensbergerstr. 67/70; 1. Damenabteilung: Mariannenstr. 1a. — Turn- „Globe“, Köpenick, Männer-u. Jugendabteilung: Klein's Hotel (Wilmersdorf), abds. 7 1/2-9 1/2 Uhr; Uebungsabteilung: Klein's Hotel Rixdorf, Brigg, Seithe, Brigg, Gausheferstr. 39, 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr; 2. Schillerinnenabteilung, 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr; 2. Frauenabteilung: — Turnerschaft v. B. Rerens (gegründet 1882), Männerabtl., Reichensbergerstr. 131/132, abds. 8-10 Uhr, Damenabtl. Rotensstr. 7, abds. 8-10 Uhr. — Turn- „Froh und Frei“, Groß-Wiesertische, Bagel, Gausheferstr. 104, abds. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. — „Freie Turnerschaft“ in Friedrücksfelde, abds. 8 1/2-10 1/2 Uhr, bei Hube, Bringen-Allee 20.

Arbeiter-Zenographenvereine. „Stolze“ (Einigungsverein), Dultenshäblich's Klubhaus, Annenstr. 16, abds. 8 1/2 Uhr. Gaidy-Vereinigung. Dienstag, den 6. Februar 8 1/2 Uhr abds. Diskussionsabend Riederwallstr. 20. W. v. Gidys Stellung zur Frauenfrage. Referentin Frau Deutsch. Gäste willkommen. Bureau-Angestellte der Gerichtsvollzieher. Dienstag, den 6. d. M., abds. 8 1/2 Uhr. Alte Falschstr. 75 (Fruchtweins Festhalle). Tagesordnung: 1. Die Umgestaltung des Gerichtsvollzieherwesens und ihre Einwirkung auf die Verhältnisse der Angestellten. 2. Diskussion. 3. Beratung und Beschlußfassung über eine an das preussische Abgeordnetenhaus zu richtende Petition.

Wo Kaffee getrunken wird, empfiehlt es sich sowohl aus Gesundheits- wie aus Sparsamkeits-Rücksichten, den wohl-schmeckenden Kathreiners Malzkaffee zu verwenden.
Zähne 2 M. reell und gewissenhaft Plombieren I. W. Zahn-ziehen völlig schmerzlos. Sprechstunden 8-8. R. Lange, Blumenstr. 25, Ecke Markussstraße.
Für Manver- oder Zimmerpoliere. Kleine Banstellen auch Ecken mit genehmigter Zeichnung in Schöneberg mit oder ohne Bausgeld billig zu verkaufen.
Charlottenburg!! Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1. Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer.
Blumenhandlung und Kranzbinderel von Otto Knabe 19a Admiral-Strasse 19a empfiehlt Widmungskränze, Strauß, Kotillons, Topfgewächse aller Art.
Kranzbinderel u. Blumen-handlung von Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Deutsche Kaffee-Mischung einzig in seiner Art, à Prd. 40 Pfg.
Falbe, 44. Elsassstr. 44.
Frauenleiden heilt mit vorzüglicher Erfolge Frau Grundmann, prakt. Naturheilkundige.
Schultze, Wasserthor-Str. 1/2.
Robert Hecht, Berlin S., Craniestr. 142.

Für Magenleidende!
Allen denen, die sich durch Erfüllung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:
Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschlimmerung ausgezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche Wirkung schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte
Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.
Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkräftig be-fundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den Verdauungsorganismus des Menschen, ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von verdorbenen krank-machenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.
Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden Magenleiden meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht scheuen, seine Anwendung anderen (scharfen, ätzenden, Ge-sundheit gefährdenden Mitteln) vorzuziehen. Symptome, wie: Kopfschmerzen, Aufstoßen, Sodbrennen, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen, die bei chronischen (eralteten) Magen-leiden um so heftiger auftreten, werden oft noch einigen Mal Trinken beseitigt.
Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen, Herz klopfen, Schlaflosigkeit, sowie Blutanfauungen in Leber, Milz und Pfortader (Hämorrhoidalknoten) werden durch Kräuter-Wein rasch und gelind beseitigt. Kräuter-Wein bedingt Unverdaulichkeit, verfehlt dem Verdauungssystem einen Aufschwung und eufert durch einen leichten Stoff untaugliche Stoffe aus dem Magen und den Gedärmen.
Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftigung und meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Nahrung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gynärischer Appetitlosigkeit unter nervöser Anspannung und Gemüthsüberreizung, sowie häufigen Kopfschmerzen, Schlaf-lofen Nächten, werden oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein giebt der ge-schwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördert Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt und verbessert die Blut-bildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken Lebenslust. Zahlreiche An-erkenntnisse und Dankschreiben beweisen dies.
Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à 1,25 und 1,75 M. in sämtlichen Apotheken von Berlin und Berlin Vororten, sowie in Preußen, ganz Deutschland und im Auslande in den Apotheken.
Auch verleiht die Firma „Hubert Ulrich, Leipzig, Weidestraße 82“, 3 und mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands portofrei und kostenfrei.
Vor Nachahmungen wird gewarnt!
Hubert Ulrich'schen Kräuter-Wein.
Wein-Kräuter-Wein ist kein Weichemittel; seine Bestandtheile sind: Rosafingewein 440,0, Weinpritt 100,0, Ulycerin 100,0, Rothwein 240,0, Ebereschensaft 150,0, Rischsaft 320,0, Renna 30,0, Fenchel, Anis, Fenchelwurzel, amerik. Krautwurzel, Englanwurzel, Kalmuswurzel an 10,0. Diese Bestandtheile mischt man.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 6. Februar.
Cyperhand, Rignon. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Ein Sommer-
nachtsstraum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probekandidat. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Lelling. Als ich wiederkam...
Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Das Erbe. Anfang
7 1/2 Uhr.
Neues. Rode Kunst. Anfang
7 1/2 Uhr.
Schiller. Der zerbrochene Krug.
Hierauf: Amphitryon. Anfang
8 Uhr.
Weiten. Der Rigeimerbaron. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang
7 1/2 Uhr.
Meldeuz. Die Dame von Maym.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Kon. Anfang 8 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anf.
7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Die Jagd nach dem
Glück oder: Die Diebin. Anfang
7 1/2 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang
8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Im weißen Hölzl oder: Als ich
wiederkam. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung.
Die verkehrte Welt. Anfang
8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung.
Im Reiche des Indra. Anfang
7 1/2 Uhr.
Galasi. Spezialitäten - Vorstellung.
Der selbige Zwiebelmann. Anfang
6 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Vollage-Vonopfflum. Speciali-
täten-Vorstellung.
Urania. Jubalidenstr. 57/62.
Täglich abends von 8-10 Uhr:
Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends
8 Uhr: „Von den Alpen zum
Selva“.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Täglich:
Noch nie dagewesener Posien-
Erfolg!
Im Himmelhof.
Thomos, Thielscher, Helmreiching,
Junkermann, Paulmüller.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im
Himmelhof.
Carl Weiss-Theater
Gr. Krautfurterstraße 132.
Novität! Novität!
Die Jagd nach dem Glück
oder: **Die Diebin.**
Realistisches Lustspiel mit Ges.
in 7 Bildern von Carl Weisk. Musik
von L. Kall. Anfang 8 Uhr.
Vorstellungsbüchlein haben Gültigkeit.
Im Tunnel v. 7 Uhr ab Frelkonzert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-
vorstellung. **Rechtspöden.** Räuber-
spiel mit Gesang und Tanz in sechs
Bildern von Billi Lang. H. Freie.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Bughstr. 22
Großer Erfolg des neuen
Februar-Programms.
Erstklassige Spezialitäten.
Ren! Szenen neu! Neu!
Kriegsschauplatz in Transvaal.
Um 8 1/2 Uhr! Novität! Großer Beifall!
Direktor: Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel
in der vornehmsten Gastmachers-Burleske:
Der selbige Zwiebelmann.
Anf. 7 1/2 Uhr. Vorverkauf p. 11-1 Uhr.
Sonabend nach der Vorstellung:
Tanz.
Mittwoch, den 21. Februar: Benefiz
für die beliebte Conditore Helene
Voss. Einmalige Aufführung „Im
weißen Hölzl“.

Apollo-Theater.
Heute zum 50. male:
Im Reiche des Indra.
Ferner: Schwestern Sorint, Hill
u. Hall, Doll Oro, La Fagette,
Diamantino, Dagmar Hansen.
Acquamarinoff.
Der Kosmograph. Neueste
Aufnahmen vom Transvaalkriege.
Ephraim Thompson.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Behrenstrasse 55/57.
Vollständig neues Februar-
Specialitäten-Programm.
Madle. Sidley. Miss Dejo.
Les Arbras. Les Vincentina.
Allison-Truppe.
Litke Carlsen.
Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
mit der feinsten Truppe - Revue.
Anfang an Wochentagen um 8, an
Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr abends.

Cirkus Busch.
Heute, Dienstag, den 6. Februar,
abends 7 1/2 Uhr: Grande Solero
Equestre. Zum 89. male: **Die**
Camorra. Herr Oskar Ranz als
Schulmeister. Menuette à cheval.
Die weiße Dame, dargestellt von
Madame Maria Doré. Die grandiosen
Specialitäten. Die Reiter: Afro-
baten-Troupe. Der Feuerprinz Mr.
Rivallii etc.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Hörsaal:
Dr. Nass „Die Zuckerfabrikation“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASSTANS
PANOPTICUM
Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armee
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sänger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Anatomisches Museum.
Im
Passage-Panopticum
geöffnet 9 Uhr früh bis 10 Uhr
abends.
Montag u. Dienstag abends 8 Uhr:
Vortrag eines hiesigen Arztes:
„Ueber das menschliche
Auge“.
Montag für Herren, Dienstag
für Damen.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Horn- u. Blasenleiden,
Frauenkrankheit, heilt sicher
ohne Betriebsdrang. [34442*
R. Wagner, Badstraße 23.
9-2-5-9, 21-9-2

Cirkus Schumann.
Heute, Dienstag, den 6. Februar er.,
abends präc. 7 1/2 Uhr:
Gr. Monstre-Vorstellung.
Ganz besonders gewähltes Programm.
Zum Schluß, zum 4. Male:
Dr. Faust.
Eine romantisch-phantastische Hand-
lung in 3 Abteilungen mit feinsten
Benutzung des Heinrich Heineschen
Tanzpoems gleichen Namens und des
Simrock'schen Volksbuches, von August
Siems. In Scene gesetzt vom
Direktor Albert Schumann und Hof-
Ballletmeister Siems. Regie Balllet-
meister Reisinger. Musik von Meyer.
1. Akt: Im Studierzimmer des
Dr. Faust, Schluß des 1. Aktes: Im
Reiche der Liebe. 2. Akt: Ein
Schützenfest im 16. Jahrhundert endet
mit der Entführung des Dr. Faust.
3. Akt: Die Herzogin von Parma;
darauf folgend der Hexensabbath auf
dem Blocksberge.
Fausts Höllenfahrt.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang:
Bischofsstr. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Großartiges Programm!

Fritz Linke, Zimmerstr. 33.
Gr. Frühstücks-, Mittags- u. Abend-
Essen. Französisches Billard. Jeden
Dienstag: Frische Blut-, Leder- und
Grüdwurk. 3429L*

Sanssouci
Kottbuserstr. 1a.
Heute Dienstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Vollorchester.
Sichtige liebe Damm.
Präsident Krüger.
Mittwoch:
Keine Soiree.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Sonnentag:

Norddeutsche Sänger.
Blögler, Wolf, Hohenberg etc.
Entrée 20 Pf. Vorverkauf 15 Pf.

Hausfrauen!
prüft die
SUPEROL
Wasch-
Pastille

Hervorragend schmutzlosend. Bedeutende Erparnis.
Prachtvoll weisse Wäsche. Ueberraschende Erfolg.
Ueberall erhältlich.
Superol-Fabrik, Berlin SW.
Friedrichstrasse 16.
Empfehle jedermann einen Versuch mit
Lösl. Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
Nährhaft, wohlschmeckend, billig, bequem. **Otto Drogies, NW,**
Rostockerstr. 56, Ecke Huttenstrasse.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug.
Lustspiel in 1 Akt v. Heinar v. Kleist.
Hierauf: **Amphitryon.**
Lustspiel in 3 Akten nach Molière
von Heinrich von Kleist.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug.
Hierauf: **Amphitryon.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Freudvoll und leidvoll.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die kleine Excellenz.
Opérette in drei Akten von Richard
Heuberger.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Morgen und folgende Tage: Die
kleine Excellenz.
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben
Preisen: **Der Bettelstudent.**
Opérette von G. Meißner.

W. Noacks Theater,
Bismarckstr. 16.
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Fuchs-Wessely.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzfränzchen.

Bekanntmachung.
Jeder Gaslonjment, der sich ein heißes, ladeloses Licht sichern will,
Leuchtstoff oder Defektwerden der Glühlampen, Springen der Glühbirnen und
ähnliche Uebelstände sind in der Regel auf ungeschickte Handhabung,
mangelhafte Regulierung oder Reinigung der Brenner u. dergl. zurückzu-
führen und lassen sich zuverlässig durch sachgemäße Behandlung beseitigen.
Wir bitten daher, in allen Fällen und derartige Beschwerden zu über-
mitteln, damit durch unser geschultes Personal deren Abstellung erfolgen
kann.
Auergerellschaft (Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft)
Wolfenmarkt 5.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Elegante vorjährige Herrenhosen,
feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf
Sonabend und Sonntag. Versand-
haus Germania, Unter den Linden 21 II.
Zurückgegebene Damenmäntel, an-
geschuldete Reifemäntel, sehr billig.
Damenhüten mit biblischer Hand-
bühnen von 1,20 an, ebenso Damen-
hosen, Regligléd. Wälschfabrik Donig,
Alexanderstraße 30, I, Vorderhaus.
Damenhüten, eleganteste Waden-
hosen, Regale, Hüftstücken, Wälsch-
hosen spottbillig. Galt, Weinberg-
weg 13b. 2089b
Beuten, Stoppbeden, Gardinen,
Reidungsgüter spottbillig. Pfandliche
Reanderstraße 6.
Leppiche, Regulatoren, Remontotr-
nen spottbillig Pfandliche Reander-
straße 6. 5/11*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
ohne Anzahlung, Postkarte. Vindner,
Bernauerstraße 75. 1793*
Nähmaschinen, 3 oder 4, Adler,
Rück- und Vorwärtsnäher, ohne An-
zahlung, Postkarte. Sedner, Duxstraße
36. 763*
Passend für Parteigenossen Reforan-
tation, 7 Jahre in einer Hand, frank-
reichischer sofort zu verkaufen. Aus-
kunft bei Wers, Kottbuserstr. 10a. *

Möbel. bar und Teilzahlung,
billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke
Königsbergerstraße. 2572*
Nähmaschinen ohne Anzahlung,
sämtliche Systeme. Komme sofort,
Böhmer, Gohsied, Georgenstr.
straße 37a. 1217*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
ohne Anzahlung, wäsendlich 1 Mark,
fünfjährige Garantie. Postkarte: Frise,
Kügelstraße 25, Nähmaschinen-
geschäft. 80151
Kanarienvögel, 4, 6, 8, 10, 15
Mark, Kuchweibchen, Kanopie,
Alexanderstraße 8. 1216*
Arbeitsstube, größere, für Damen-
funktion verkauft Dreptow, Schwe-
mänderstraße 86. 12476
Vücheranmietung, socialdemokra-
tischen und anderen Inhalts, darunter
Balkonien und Arbeiterrecht, weg-
zugeben sehr billig, verlässlich,
Wantsig auch für Vereine. Franke,
Schenkendorffstraße 4, IV, bei Junfer,
abends 7 1/2-9 Uhr. 12495
Kaltbrenner, hochlegant, neu,
umhängebbar für jeden Preis, Cho-
rinerstraße 44, Hiertz. 22565
Ordnung! (siehe 3 große
Heftbänder verkauft billig, Dorfstraße
11. 12206
Nähmaschinen aller Systeme ohne
Anzahlung. Bechtelung: Postkarte.
Reumann, Wüchtingstraße 8. 12618

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Buchbinder, seit Jahren in einer
Luxuspapierfabrik tätig, sucht loh-
nende und dauernde Arbeit in einer
solchen Fabrik oder Druckeri. Offerten
Buchbinder Postamt 42. 12195
Referendar a. D., arbeitsam, sucht
Stellung bei sehr bedeutsamen An-
sprüchen am liebsten bei Reichsamtalt.
Offerten unter J. 2 Expedition
„Sonnabend“. 12566
Stellenangebote.
Tischler auf Kopierarbeit werden
verlangt Jakobstraße 130. 22005

Musik-Lehrerin, heilt ein Feld,
Musikdirektor, Zisterhof. 4137
Einen Bäderlehrer verlangt
H. Thiele, Bädermeister, Freienwalde
an Ober. 2183b
Tüchtige Tischler auf gute feur-
nierte Bauarbeit und Möbel, aber
nur solche, verlangt Dresdener-
straße 81. 2245b
Ein Schneider, der etwas mit-
machen kann, verlangt Strauß,
Koppenstraße 48, I. 2243b
Einen Gebläsen auf Nähmaschinen-
teile verlangt Wolf, Rechaniker,
Kottbuserstr. 34. 12122
Ausschmiede, tüchtig, verlangt
Turmstraße 68. 12509
Grundrieger auf Goldbleiben, tüch-
tiger, dauernde Beschäftigung. Wert-
meister, Schmidstraße 5a. 12545
Bäder verlangt Goldbleibenfabrik
Oranienstraße 183. 12538
Geübte Blasenbenden - Näherin
verlangt Räderdorferstraße 66 II. *
Wamsfeld auf gute Damenjacken,
2,50 bis 3,50, verlangt Chorner-
straße 23. 12585
Proletarier, Familie sucht Frau
zur Führung der Wirtschaft. Adressen
M. Z. Postamt 51. 12606
Tüchtige Wamsfeld auf gute
Jacken, zeitweilig auchern Pause,
bei Kaden, Dresdenerstraße 14. 12485
Wamsfeld auf Damen-Jackens
verlangt Kaulbar, Schweinmü-
ndstraße 51. 1245*

Zu Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile
Redacteur
für ein wöchentlich einmal er-
scheinendes Blattorgan
zum 1. April 3684*
Angebote mit Angabe der seitigeren
Tätigkeit erbeten an I. Auer, Berlin,
Kogelstr. 9 oder E. Krumm, Stadt-
verordneter in Wieslau.
Orts-Frankenkasse
der Kürschner und ver-
wandten Gewerbe zu Berlin.
Zum 1. April wird eine
Hilfsarbeiterin
gesucht. Bewerberinnen wollen ihre
Verfugung mit bisheriger Tätigkeit und
Verhaltensangabe schriftlich bis 1. März
an den Vorsitzenden G. Seidenfranz,
Georgenstraße 14, einreichen. Nur
selbstgeschriebene Offerten werden be-
rücksichtigt. Rosenmitglieber haben den
Vorzug. 92/2
Tüchtige Werkzeugmacher und
Zehrauberer suchen 5/14*
Falz & Kannenberg, Leipzig.
Betriebs-Werkstatt.
Wamsfeld auf Jackens, hoher
Lohn, Fahrvergütung, das ganze
Jahr Arbeit, verl. M. Lau, Scharrn-
straße 9a II (Abrahamstraße). 2202b*

Möbelpolierer!
Seit dem 4. Dezember sind die
Kollegen bei Laboreus, Rüdort,
Knebelstraße, im Aufstand. Zugun-
fernhalten bitten 145/5
Der Vorstand des Verbandes
Achtung, Holzarbeiter!
In der Möbelfabrik von
Fränkel & Comp., Bismarckstraße 103,
sind sämtliche Tischler wegen Lohn-
differenzen ausgepeirt. 777
In der Möbelfabrik von
Baumgärtner, Friedrichsberg,
Bismarckstraße 27,
haben sämtliche Tischler wegen Abzüge
die Arbeit niedergelegt.
Zugun fernhalten.
Die Ortsverwaltung.
Achtung! Drechsler!
Von d. Wobastetwarenabriken von
Gahlitz u. Comp., Elisabeth-Str. 29
Gohlitz u. Comp., Ritterstr. 40
Rassel u. Meißner, Brüderstr. 7, ist
Zugun fernhalten.
Die Ortsverwaltung.
Achtung Buntfischer!
Rixdorf!
Wegen des noch nicht bewilligten
Taxis in der Werkstatt von Kurzahn
Mühlentstraße, ist Zugun fernhalten